

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst
3003 Bern
Tel. 031 322 97 44
Fax 031 322 82 97
doc@pd.admin.ch

89.062 Arbeitslosenversicherungsgesetz. Revision



× **188/89.062 s Arbeitslosenversicherungsgesetz. Revision**

Botschaft und Gesetzesentwurf vom 23. August 1989 (BBl III, 377) zur Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

N Kommission für soziale Sicherheit

S Hunziker, Cavadini, Cavelti, Ducret, Flückiger, Hefti, Jaggi, Jelmini, Lauber, Onken, Reichmuth, Seiler, Ziegler (13)

Postulat der Kommission des Ständerates, vom 8. Februar 1990

Schlechtwetterentschädigung

Der Bundesrat wird eingeladen, seine Verordnung zur Arbeitslosenversicherung (AVIV) in Art. 65 wie folgt zu ergänzen:

¹ Schlechtwetterentschädigung kann in folgenden Erwerbszweigen ausgerichtet werden:

j. Skischulen;

k. konzessionierte Seilbahnen des touristischen Verkehrs und Skilifte;

l. Berg- und Pistenrestaurants.

1990 7. März. Beschluss des Ständerates abweichend vom Entwurf des Bundesrates. Das Postulat wird angenommen.

1990 19. September. Beschluss des Nationalrates abweichend vom Beschluss des Ständerates.

1990 26. September. Beschluss des Ständerates: Zustimmung.

1990 5. Oktober. Beschluss des Ständerates: Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

1990 5. Oktober. Beschluss des Nationalrates: Das Bundesgesetz wird in der Schlussabstimmung angenommen.

Bundesblatt III, 590; Ablauf der Referendumsfrist: 14. Januar 1991

Dritte Sitzung – Troisième séance**Mittwoch, 7. März 1990, Vormittag**
Mercredi 7 mars 1990, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Cavelti

89.062

Arbeitslosenversicherungsgesetz.
Revision
Loi sur l'assurance-chômage. RévisionBotschaft und Gesetzentwurf vom 23. August 1989 (BBI III, 377)
Message et projet de loi du 23 août 1989 (FF III, 369)*Antrag der Kommission*
Eintreten
Proposition de la commission
Entrer en matière

Hunziker, Berichterstatter: Als Mitte der siebziger Jahre die Hochkonjunktur zu Ende ging, stand das Anliegen einer zeitgemässen Arbeitslosenversicherung schlagartig im politischen Rampenlicht. Dem Verfassungsartikel folgte das heute gültige Gesetz vom Jahr 1982. Es verwirklichte einen besseren sozialen Schutz gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit. Ganz allgemein wurde es als ein weiteres Instrument der Arbeitsmarktpolitik gewertet, was beispielsweise darin zum Ausdruck kommt, dass Präventivmassnahmen vorgesehen wurden, um bei Stellenverlust andere zumutbare Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Das Ziel der nun laufenden Revision ist es nicht etwa, an diesen Grundsätzen etwas zu ändern, sondern das Ziel ist, neben der Vereinfachung im Vollzug, eine Reduktion der finanziellen Selbstbeteiligung des Arbeitgebers bei Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen, woraus dann auch ein besserer Schutz der Arbeitnehmer vor Entlassungen resultiert. Besondere Aktualität hat die Entschädigung für indirekt wetterbedingte Arbeitsunterbrüche in Härtefällen erfahren. Als wesentliche Revisionspunkte sind zu nennen: die Schlechtwetterentschädigung, die auf Ausfälle beschränkt bleibt, die unmittelbar durch das Wetter verursacht werden, sowie die Härtefallregelung für indirekt wetterbedingte Arbeitsunterbrüche, also für Kundenausfälle. Das soll im Rahmen der Kurzarbeitsentschädigung geregelt werden.

Die Kommission hat vom Entscheid des Bundesrates vom 17. Januar 1990 und der darauf abgestützten Weisung des Biga vom 23. Januar 1990 Kenntnis genommen, wonach Bergbahnen, Skilifte, Skischulen sowie das Gastgewerbe Arbeitsausfälle zufolge des bereits im dritten aufeinanderfolgenden Winter extremen Schneemangels im Sinne von Artikel 51 der Verordnung als aussergewöhnliche, vom Arbeitgeber nicht zu vertretende Arbeitsausfälle geltend machen können. Nach Auffassung der Kommission ist die Frage der Auslegung der genannten Verordnung Sache des Bundesrates, der vorgängig die Frage der Rechtsgrundlage einlässlich hat abklären lassen. Die Kommission sieht demgegenüber ihre Aufgabe in der Beratung der vorgeschlagenen Revisionsvorlage. Während der Kommissionsberatungen sind eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen gestellt worden. Diejenigen, die vom Plenum aufgenommen werden, stehen auf der Fahne. Es

geht bei diesen Anträgen um eine Ausdehnung der Entschädigungsleistungen. Fast alle Anträge – auch die in der Kommission abgelehnten – gingen entweder in diese Richtung oder verfolgten Ziele, die bereits in der bundesrätlichen Fassung anvisiert wurden, weshalb sie teilweise zurückgezogen oder in der Kommission abgelehnt wurden.

Das Ergebnis der Kommissionsberatungen deckt sich weitgehend mit der bundesrätlichen Linie. Wie aus dem Vernehmlassungsverfahren hervorgeht, ist diese auf eine gute Aufnahme gestossen. Von Arbeitgeberseite ist die Zustimmung mit der Erwartung verbunden worden, dass das Parlament an dieser Linie festhalte und dass von extensiven Interpretationen in der Praxis abgesehen werde.

In den Kommissionsberatungen hat ein weitgehender Konsens darüber bestanden, dass die Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen nicht als strukturpolitische Instrumente auszugestalten seien. Es geht um die Deckung wetterbedingter Ausfälle. Die angestrebte Vereinfachung des Gesetzesvollzuges sowie die massvolle Herabsetzung des Arbeitgeberbeitrages wurden begrüsst. Man war sich der Tatsache bewusst, dass seit längerer Zeit keine ins Gewicht fallende Arbeitslosigkeit gegeben ist, dass vielmehr ein Mangel an Arbeitskräften verzeichnet werden muss. Das war mit ein Grund dafür, dass die Mehrheit der Kommission dem Bundesrat in seiner Zurückhaltung gegenüber weitergehenden Wünschen folgte. Sie begrüsst auch den angestrebten Ausgleich zwischen dem Unternehmerrisiko, das voraussehbare Ausfälle zu übernehmen hat, und der sozialen Abdeckung von Risiken, denen nicht ausgewichen werden kann.

Einig ist die Kommission mit dem Bundesrat auch in der Auffassung, dass die Arbeitslosenversicherung nicht Betriebsunterbrüche als solche zu decken hat, sondern dass es darum gehen muss, Arbeitsplätze zu erhalten. Dem Bundesrat darf attestiert werden, dass er eine Revisionsvorlage unterbreitet, die seriös erarbeitet und breit abgestützt ist. Sie ist von der Konsultativ- und der Aufsichtskommission für die Arbeitslosenversicherung beraten worden, beides paritätisch zusammengesetzte Kommissionen.

Unsere Kommission ist einstimmig auf die Vorlage eingetreten, die nach ihrer Meinung die folgenden drei Schwerpunkte umfasst:

1. Vereinfachung des Gesetzesvollzuges im Leistungsbe-
reich;
2. Herabsetzung der finanziellen Beteiligung des Arbeitgebers
bei den Leistungsarten Kurzarbeits- und Schlechtwetterent-
schädigung;
3. Entschädigung indirekt wetterbedingter Arbeitsunterbrü-
che, also Kundenausfälle in Härtefällen.

Mittelpunkt der Diskussion bildete der Antrag, die Bestimmung aus dem Gesetz zu streichen, welche dem Bundesrat die Kompetenz erteilt, diejenigen Erwerbszweige zu bestimmen, denen die Schlechtwetterentschädigung ausgerichtet werden kann – also Artikel 42 Absatz 2. Dieser Antrag wurde mit 7 zu 5 Stimmen in der Kommission abgelehnt. Die Mehrheit der Kommission folgte der Linie des Bundesrates und lehnte weitergehende Anträge ab.

Mit 7 zu 5 Stimmen überwiesen wurde jedoch ein Postulat der Kommission, das den Bundesrat ersucht, Artikel 65 der Verordnung zu ergänzen und die Schlechtwetterentschädigung namentlich auch für Skischulen, konzessionierte Seilbahnen des touristischen Verkehrs, Skilifte, Berg- und Pistenrestaurants vorzusehen.

Die Kommission hatte auch zur Standesinitiative des Kantons Neuenburg Stellung zu nehmen, welche um eine Verdoppelung der Taggelderzahl bei andauernder erheblicher regionaler oder allgemeiner Arbeitslosigkeit oder für besonders hart betroffene Versichertengruppen ersucht. Das wird bei Artikel 27 zu behandeln sein.

Die Kommission beantragt mit 6 zu 5 Stimmen, der Initiative keine Folge zu geben, jedoch die Höchstzahl von heute 250 auf 300 Taggelder anzunehmen. Die Kommission hat in der Gesamtabstimmung die Revisionsvorlage einstimmig beschlossen und empfiehlt sie dem Rat zur Annahme. Gleichzeitig beantragt sie die Abschreibung der auf Seite 12 der Botschaft aufgeführten parlamentarischen Vorstösse.

M. Jelmini: Je partage l'intention du Conseil fédéral de maintenir la conception fondamentale de cette branche importante de la législation sociale qui ne vise pas seulement à remédier aux conséquences du chômage mais aussi à en corriger les causes par des mesures preventives efficaces. Il faut cependant admettre que depuis quelque temps la révision de la loi s'avère indispensable.

Les réponses données à une proposition formulée suite à la procédure de consultation prouvent que la loi avait besoin de quelques retouches plus ou moins importantes. Pour ce faire, on a voulu tenir compte des différentes tendances, quelquefois contradictoires, que la consultation a mises à jour. La révision, qui propose quelques simplifications et améliorations de la législation en vigueur, laisse toutefois filtrer l'impression que, hormis les dispositions relatives à la prévention, un effort remarquable a été accompli en faveur des entreprises, alors que pour les chômeurs on prévoit un peu moins d'avantages. Lors de la discussion relative à l'adoption du régime de l'assurance-chômage actuellement en vigueur, au début des années 80, on avait eu quelque peine à combattre la tendance à vouloir identifier le chômeur à quelqu'un qui n'avait pas envie de travailler. On oubliait et on oublie encore maintenant que l'économie est largement responsable du chômage, qui en soi est un phénomène indésirable, surtout pour le travailleur lui-même. En effet, il en souffre non seulement à cause de la réduction de son revenu mais surtout de par l'inactivité forcée qu'il subit. La perte d'une place de travail sans faute de l'employé – ce qui est d'ailleurs une condition indispensable pour toucher l'indemnité – est un moment extrêmement pénible dans la vie du travailleur qui se sent humilié, frustré et, dans la plupart des cas, incapable de résoudre tout seul les problèmes parfois très difficiles suscités par la recherche d'un emploi. La situation devient encore plus grave lorsqu'il s'agit de personnes âgées ou qui ont une obligation d'assistance; pour elles, la mobilité géographique ou professionnelle ne peut être une solution envisageable. D'autre part, il y a aussi le problème des jeunes qui viennent de terminer leur formation professionnelle, ainsi que celui des personnes qui veulent reprendre une activité après une période d'invalidité ou d'arrêt de travail, comme les ménagères qui peuvent ou qui doivent se détacher de leur occupation familiale. Ce sont de telles situations, et certaines tout à fait exceptionnelles, que la législation en vigueur n'a pas suffisamment considérées et qui, malgré les requêtes pressantes, n'ont pas été retenues dans la révision que nous sommes en train d'adopter.

Il ne s'agit pas cependant, du moins pour le moment, d'un phénomène de masse comme d'ailleurs tout le chômage en Suisse, et il n'y a donc aucune raison d'appliquer des solutions moins équitables là où vraiment le besoin est véritable. Dans le rapport présenté par l'OFIAMT en 1986 à la suite d'une demande que j'avais formulée, on insiste sur le fait qu'en Suisse la protection sociale contre les conséquences matérielles du chômage repose sur un système à trois paliers: l'assurance-chômage de la Confédération, l'aide aux chômeurs des cantons et l'assistance publique des communes. Exceptées certaines régions où l'assistance est concentrée au niveau cantonal, la répartition des tâches dans ce domaine reste toujours un peu arbitraire. Pourquoi d'ailleurs les cantons qui ne participent pas à la distribution des moyens recueillis par l'assurance devraient-ils remédier aux conséquences du chômage résiduel, c'est-à-dire structurel, conjoncturel, dépendant de l'évolution de l'économie et qui peut difficilement être maîtrisé au niveau cantonal?

Si l'on peut admettre que la protection aux chômeurs assurée par le droit fédéral ne doit pas être illimitée, on devrait aussi reconnaître que la délimitation actuelle des compétences, pour autant que cette matière soit réglemantée dans toutes les régions de notre pays, devrait être corrigée, soit pour considérer plus équitablement la situation pénible de quelques chômeurs, soit pour éviter, autant que faire se peut, des disparités de traitement réelles.

Je crois qu'il est inutile d'insister sur la lutte contre les abus que la loi permet de conduire avec tous les moyens nécessaires. Il faudrait admettre une fois pour toutes qu'il ne s'agit pas de permettre et encore moins d'encourager le chômage mais

d'en combattre les causes et de remédier à ses effets nuisibles.

Les modifications proposées en ce qui concerne les indemnités en cas de réduction de l'horaire de travail et d'intempéries semblent raisonnables et permettront de résoudre tous les problèmes en profitant des expériences faites depuis l'entrée en vigueur de la loi. Leur application devra tenir compte de toutes les circonstances, comme l'a fait récemment le Conseil fédéral et comme le propose le postulat de la commission que je vous engage à voter.

Le renforcement des mesures preventives qui est proposé va dans le sens de la véritable lutte contre les causes du chômage qui, à longue échéance, a eu des effets appréciables. La participation des cantons et des organisations professionnelles aux activités qui se développent dans le cadre des mesures preventives mérite d'être encouragée et appuyée. Même si, au niveau fédéral, une certaine coordination paraît nécessaire, il faut assurer un minimum d'autonomie dans le développement des initiatives qui pourront mieux s'adapter aux exigences et à l'évolution économique.

Pour toutes ces raisons, je voterai en faveur de l'entrée en matière.

Ziegler: Ich beantrage Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und der vorgelegten Revision zuzustimmen.

Die Arbeitslosenversicherung hat dem Arbeitnehmer, wie es im Zweckartikel des Gesetzes festgeschrieben ist, einen angemessenen Ersatz für Erwerbsausfälle zufolge Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, schlechtem Wetter und Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers zu garantieren.

Die Arbeitslosenversicherung hat nach wie vor, insbesondere selbstverständlich für den Arbeitnehmer, eine grosse Bedeutung. Die kurze Zeit, während der dieses Gesetz in Kraft ist, hat dies zur Genüge gezeigt. Es ist aber richtig, dass dieses bereits nach kurzer Zeit überprüft wird, auch wenn heute keine Arbeitslosigkeit herrscht, ja die Arbeitslosenquote tief ist und sogar sinkt. Man muss ganz klar von einem ausgetrockneten Arbeitsmarkt sprechen. Im übrigen wurde aber eine Prüfung dieses Gesetzes anlässlich von dessen Einführung ausdrücklich zugesichert.

Mit Befriedigung kann festgestellt werden, dass die Arbeitslosenversicherung durch die bevorstehende Revision nicht abgebaut werden soll. Im Gegenteil wird vom Bundesrat und ganz allgemein erklärt, sie habe sich bewährt und werde im Kerngehalt überhaupt nicht in Frage gestellt.

Die bevorstehende Revision soll erkannte Mängel beheben. Dass Mängel vorhanden sind, dürfte die relativ grosse Zahl von parlamentarischen Vorstössen zeigen, die in dieser Sache in der kurzen Zeit, seit dieses Gesetz in Kraft ist, gemacht worden sind. Diese Mängel wurden vor allem im Bereich des Gesetzesvollzuges, aber auch bei der Selbstbeteiligung des Arbeitgebers bei Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen festgestellt. Diesbezüglich soll nun durch die Revision Abhilfe geschaffen werden. Ich meine aber, dass auch die Flexibilität bei der Ausrichtung von Leistungen erhöht werden soll. Eine solche kann nur durch die Erhöhung der Höchstzahl der Taggelder erreicht werden. Ich verweise auf Artikel 27. Der Rahmen muss weiter gespannt werden. Zweifellos liegt darin eine Erweiterung der Leistung. Wichtig für den Vollzug des Gesetzes ist aber nicht die Höchstzahl der Taggelder, sondern dass die Anspruchsvoraussetzungen, auch eine angemessene Beitragszeit, erfüllt sind.

Allerdings bedaure ich, dass für die Schlechtwetterentschädigung noch keine befriedigende Lösung gefunden worden ist. Wohl sei dem Bundesrat Dank gesagt für die Lösung, die er im Zusammenhang mit der Arbeitssituation im Tourismus in den Skigebieten usw. getroffen hat. Eine rasche Lösung hat zweifellos hier die entsprechende Entlastung gebracht. Ich gehe mit dem Kommissionspräsidenten einig, dass es hier nicht darum geht zu klären, ob die Frage der Gesetzmässigkeit gegeben sei oder nicht. Dies muss der Bundesrat prüfen. Ich meine, sie sei gegeben.

Die Diskussionen im Zusammenhang mit dem Wetter, wobei es sich allerdings meistens um schönes Wetter gehandelt hat, haben die Mängel wieder klar aufgezeigt. Der Vorschlag, die

Erwerbszweige für die Schlechtwetterentschädigungen zu erweitern, kann ja nur als Ausweg, als Notlösung betrachtet werden. Ich meine, der Bundesrat müsse hier – nicht jetzt mit dieser Revision – andere Wege suchen. Die letzten Winter haben ja deutlich gezeigt, dass in solchen Wettersituationen vor allem und generell die Berggebiete betroffen sind. Gerade diese Gebiete sind nicht in der Lage, solche Situationen zu verkraften. Deshalb muss hier eine griffige, eine bessere Lösung gefunden werden. Ich beantrage Ihnen noch einmal, auf die Vorlage einzutreten.

M. Cavadini: Le chômage, cette lépre sociale, représente un phénomène qui est certainement difficile à maîtriser. Il convient, bien sûr, d'abord d'en atténuer les pénibles effets sur ceux qui en souffrent, mais sans dérégler les mécanismes délicats d'une économie qui recherche toujours son équilibre. Les circonstances du moment conditionnent fréquemment les solutions qui ont été apportées à ce problème. 1973 marquait pour notre pays la fin de la haute conjoncture et la nécessité de dispositions légales conduisit, comme nous le savons, en 1976, à l'adoption de l'article constitutionnel relatif à l'assurance-chômage. C'est la loi du 25 juin 1982 qui en développe les modalités: les principes en sont clairs et la révision à laquelle nous procédons aujourd'hui n'en remet pas en cause le bien-fondé. Ces principes nous les rappelons: l'obligation de cotisation pour tous et quatre types de prestations: indemnités de chômage, de réduction de travail, d'intempéries et d'insolvabilité.

Huit ans se sont écoulés. L'outil a montré son efficacité qui peut être encore améliorée nous dit le Conseil fédéral et nous partageons cette analyse dans deux directions: vers la simplification, d'une part, et vers la revalorisation de certaines prestations d'autre part. Dans le premier acte, nous avons constaté des complications administratives qui ont souvent rendu difficile la tâche des responsables des petites et moyennes entreprises. En outre, l'obligation pour l'employeur de payer des indemnités a conduit ce dernier à licencier dans certains cas des travailleurs qu'il aurait certainement préféré garder en d'autres circonstances. Il s'agit donc d'alléger, ici, la part de l'employeur.

Une difficulté centrale de la loi réside dans son application pour les pertes de travail entraînées par les intempéries, au sens étymologique du mot. Il est très difficile de cerner toujours clairement la question, sans admettre de passe-droits et sans commettre d'injustices. Nous sommes d'avis, avec le Conseil fédéral, que la causalité directe doit être toujours établie et la météorologie aberrante que nous avons connue ces trois derniers hivers a conduit à de nouvelles situations difficiles, pour les travailleurs des industries du tourisme en particulier. Nous comprenons ces cas souvent pénibles, mais nous ne souhaitons pas que des dispositions définitives sanctionnent des situations qui devraient rester exceptionnelles. C'est la raison pour laquelle nous ne pouvons apporter notre adhésion au postulat déposé par la commission et qui demande leur inscription dans l'ordonnance.

En résumé, nous proposons, avec la commission, d'entrer en matière sur les propositions de la majorité et nous reviendrons brièvement sur l'initiative du canton de Neuchâtel lorsque l'ordre du jour l'appellera.

Lauber: Die allgemeine Stossrichtung der vorgeschlagenen Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist zu begrüssen. Materiell drängt sich eine Revision auf, weil die geltende Gesetzgebung einerseits neue Probleme geschaffen hat und andererseits gravierende bestehende Probleme, wie die aktuellen Verhältnisse dieses Winters wieder vor Augen geführt haben, nicht befriedigend zu lösen vermag. Aber auch aus administrativen Gründen sind Änderungen erforderlich; denn es hat sich gezeigt, dass der Gesetzesvollzug etwas umständlich und aufwendig angelegt war. Wir werten den Umstand positiv, dass nur ein Minimum auf Gesetzesstufe geregelt werden soll. Dadurch ist es dem Bundesrat möglich, auf Verordnungsstufe eine Anpassung an die jeweilige Arbeitsmarktlage vorzunehmen. Nun hat die Vorlage in jüngster Zeit wieder die Diskussion um

die Notwendigkeit von Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen geweckt. In diesem Zusammenhang wurden Forderungen nach deren Abschaffung geäussert. Ich glaube, dass diese Äusserungen sachlich unhaltbar und politisch verfehlt sind. Sie rütteln nämlich am Grundsatz der Solidarität, an der allgemein als richtig anerkannten Notwendigkeit des regionalen Ausgleichs und vielleicht auch am Gerechtigkeitsprinzip. Man kann meines Erachtens nämlich nicht die Exportrisikogarantie und deren Finanzierung – Instrumente, zu denen wir stehen – als sakrosankt betrachten bzw. diese zur staatspolitischen Notwendigkeit emporheben, jenen Erwerbszweigen aber, welche aufgrund der Witterungsbedingungen Beschäftigungseinbussen hinnehmen müssen, eine Bundeshilfe verweigern wollen.

In diesem Zusammenhang ist nachdrücklich festzuhalten, dass Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen eben kein strukturpolitisches Instrument sind. Es geht nicht darum, schwache Betriebe am Ueberleben zu halten, sondern den Beschäftigten solcher Betriebe den Verdienstaustausfall abzu decken, der ihnen deshalb entsteht, weil sie aufgrund der Wetterverhältnisse nicht arbeiten können. Gleichzeitig muss aber an die Arbeitgeber gedacht werden, denn auch ihnen können nicht unzumutbare Lasten auferlegt werden. Wir verlangen keine Entschädigung für Verdienstaustausfall, sondern Arbeitslosenbeiträge für Lohnbezüger, die ihren Beitrag seit der Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung leisten.

Die vorliegende Teilrevision zielt nun – wie in der Botschaft dargelegt wird – auf eine Vereinfachung des Gesetzesvollzugs und eine Herabsetzung der Arbeitgeberbelastung. Damit wird übrigens auch meiner Motion aus dem Jahre 1984 entsprochen. Ich spreche dem Bundesrat hierfür meinen Dank aus.

Der Bundesrat und die vorberatende Kommission haben sich konzeptionell gegen eine Ausdehnung der Schlechtwetterentschädigung entschieden und damit einen Einbezug der Tourismuswirtschaft generell abgelehnt. Der Bundesrat hat sogar die Bedingungen für den Bezug der Schlechtwetterentschädigung in seinem Antrag an das Parlament noch etwas enger gefasst. So soll die Schlechtwetterentschädigung nur bei dringenden unmittelbaren Witterungseinflüssen ausgerichtet werden.

Der Bundesrat beantragt im Hinblick auf die touristischen Erwerbszweige bei der Kurzarbeitsentschädigung neu die Berücksichtigung von indirekt witterbedingten Arbeitsausfällen, die ausserordentlich sind und nicht dem gewöhnlichen Betriebsrisiko zugerechnet werden können. Hier spricht die Botschaft von einer Sonderkarenzfrist von 14 Tagen. Diese Frist ist lang, insbesondere wenn sich solche Arbeitsausfälle pro Saison wiederholen. Hier erwarten wir vom Bundesrat im Rahmen der Verordnung angemessene Lösungen, insbesondere was die Arbeitsausfälle im Wiederholungsfall in der einen und selben Saison betrifft.

Was die Verbesserungen bei den Präventivmassnahmen betrifft, müssen diese unserer Meinung nach als Minimalpaket im Sinne der Vorschläge des Bundesrats verabschiedet werden. Dagegen ist die Beibehaltung der Abstufung des Höchstanspruchs nach der Beitragsdauer gerechtfertigt. Je länger die Beschäftigung eines Versicherten vor Eintritt seiner Arbeitslosigkeit gedauert hat, um so länger soll er auch Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung beziehen können. Diese Lösung hat sich bis anhin gut bewährt und verhindert nicht zuletzt den missbräuchlichen Bezug von Leistungen.

Noch ein Wort zum Tourismus. Was den Tourismus betrifft, ist festzuhalten, dass dieser aufgrund der ausserordentlichen Witterungsverhältnisse jetzt schon zum drittenmal in arge Schwierigkeiten geraten ist, zumindest in einigen Landesteilen. Wir haben es nicht nur mehr mit saisonalen und strukturellen Risiken zu tun, die Leidtragenden sind die Beschäftigten der entsprechenden Betriebe. Härtefallregelungen, wie sie vor kurzem vom Bundesrat erörtert und beschlossen worden sind und nun auch im Revisionsentwurf vorgesehen sind, vermögen die Probleme nicht befriedigend zu lösen. Insbesondere ist das Kriterium des vollen Geschlossenseins von Betrieben zu hart formuliert und zu wenig flexibel. Dabei ist aber klar festzuhalten, dass dem Bundesrat Dank gebührt, dass er die Notlage dieses Winters sehr rasch erkannt hat und Soforthilfe zu

leisten bereit war. Die Probleme müssen aber im Rahmen der Gesetzesrevision grundsätzlich gelöst werden: zu den Sofortmassnahmen hatte die Kommission nichts beizutragen.

Wir haben Möglichkeiten zu diesen Lösungen, wir haben auch die Mittel dazu. Einmal mehr ist hier Solidarität gefragt: wirtschaftliche, regionalpolitische, vielleicht sogar staatspolitische. Wir haben ja kein Interesse, dass die Leute – insbesondere die Jugend – aus den Bergen in die Städte abwandern, und ich ersuche Sie, hier Hand zu bieten für gerechte, rechtlich saubere und wirtschafts- und auch staatspolitisch sinnvolle Lösungen.

In diesem Sinne bin ich für Eintreten auf die Vorlage.

Onken: Die Arbeitslosenversicherung ist eine Arbeitnehmerversicherung. Sie dient dem sozialen Schutz der Arbeitnehmer. Nach allem, was man im Vorfeld dieser Revision hat lesen können, nach allem, was man auch in der Kommission und heute gehört hat, ist es nicht ganz überflüssig, das in Erinnerung zu rufen. Es geht hier nicht darum, Verluste zu sozialisieren, die im Rahmen des üblichen betrieblichen Risikos liegen, sondern darum, ein Auffangnetz zu knüpfen, das Menschen, die unverschuldet ihre Arbeit oder einen Teil davon verlieren, nicht ins Leere stürzen lässt.

Das ist die Fragestellung, von der auch diese Revision auszugehen hat. Wo hat sich das Gesetz bewährt? Wo bestehen Lücken? Wo ist dieses Netz zu weitmaschig geknüpft? Wo kann mithin die soziale Sicherheit in einem vertretbaren, vernünftigen Mass ausgebaut werden?

Ich stelle fest, dass die Revision, wenn man diese Fragestellung ins Zentrum rückt, ganz einfach zu kurz greift. Es bleiben wesentliche und berechnete Reformpostulate der Arbeitnehmerseite, die seit Jahren immer wieder vorgebracht werden, weiterhin ausgeklammert. Dagegen wehre ich mich.

Wir sollten die Chance nicht verstreichen lassen, im Rahmen dieser Revisionsarbeit notwendige Verbesserungen, wie sie beispielsweise Herr Kollege Jelmini und auch ich mit sehr moderaten Anträgen vorschlagen, zu beschliessen.

Die Abwehrformel lautet, man dürfe den Kerngehalt dieses Gesetzes nicht ändern. Doch das lässt sich bei einer unvoreingenommenen Prüfung nicht aufrechterhalten. Wo sollen denn die Grenzen gezogen werden? Der Kerngehalt des Gesetzes ist auch in anderen Punkten bereits berührt, erweitert und verändert worden, etwa bei der sehr grosszügig angelegten Neukonzeption der Schlechtwetterentschädigung, bei der Härteklausele bei der Kurzarbeit; ein weiss Gott nicht ganz unproblematisches Zugeständnis. Da sollen Leistungen, die bisher die Arbeitgeber zu tragen hatten, von der Versicherung übernommen werden! Gut – ich habe nichts dagegen, ich opponiere dem nicht. Aber man gewinnt doch den Eindruck, dass die Revision – alles in allem genommen – in äusserst wohlwollender Weise arbeitgeberorientiert ist und dass sie dort, wo es um die unmittelbar Betroffenen, um die Arbeitnehmer geht, eher zurückhaltend, eher knausrig ist. Es ist eben durchaus nicht so, dass immer eine Wechselwirkung besteht, wenn der eine Sozialpartner gegenüber dem anderen begünstigt wird, wie das hier der Fall ist. Eine echte Ausgewogenheit wird auf diese Art und Weise jedenfalls nicht erreicht.

Im übrigen trägt die Revision meines Erachtens dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel zu wenig Rechnung. Als man seinerzeit dieses Gesetz geschaffen hat, dachte man vorab an Probleme der strukturellen Arbeitslosigkeit. Man rechnete zwar durchaus mit Entlassungen in bestimmten Branchen, ging jedoch davon aus, dass diesen auf der anderen Seite genügend offene Stellen gegenüberstehen würden.

Die Hauptaufgabe des Gesetzes war es also, gleichsam eine kurze Brücke zu schlagen von der Entlassung an der einen Stelle zum Stellenantritt an einem neuen Arbeitsplatz. Heute wissen wir hingegen, dass dieser Brückenschlag oft nicht gelingt. Dies selbst in der konjunkturell ausgezeichneten Lage, in der sich unser Land heute befindet, und namentlich bei älteren, behinderten Menschen, die trotz guter Konjunktur länger-dauernd arbeitslos sind und von der Arbeitslosenversicherung in das Schicksal der Ausgesteuerten entlassen werden müssen. Wir haben auch in unserem Lande, wenn nicht in

grossen Rahmen, so doch beständig, eine gewisse Langzeit- oder Sockelarbeitslosigkeit. Darauf, meine ich, nimmt diese Revision ebenfalls zuwenig Rücksicht.

Zusammenfassend: Ich bin selbstverständlich für Eintreten auf die Vorlage. Aber ich bitte Sie um eine Anpassung dieses Gesetzes in den genannten Punkten. Ich ersuche Sie darum, den Arbeitnehmerstandpunkt, mithin die Anliegen der unmittelbar Betroffenen, stärker zu gewichten und zu berücksichtigen.

Mme Jaggi: M. Onken vient de dire tout le bien et le très peu de mal que les socialistes pensent de la loi sur l'assurance-chômage et plus précisément de la revision en cause aujourd'hui. Il me suffit donc de revenir sur un point particulier: celui du champ d'application des indemnités en cas d'intempérie.

Sagement, à notre sens, le Conseil fédéral en reste aux branches d'activité bénéficiant traditionnellement de cette indemnité, à savoir les professions du bâtiment et de l'économie forestière. En renonçant ainsi à étendre le cercle des ayants droit, le Conseil fédéral et, je l'espère, les Chambres font preuve d'une belle fermeté et d'une indéniable cohérence.

Fermeté tout d'abord, car les candidats au cercle des bénéficiaires n'ont pas manqué de se manifester avec beaucoup d'insistance ces derniers temps, notamment l'économie touristique et plus précisément les activités liées à la pratique des sports d'hiver, qui connaît une situation difficile après deux ou trois saisons insuffisamment enneigées. Le postulat de la commission, qui correspond à l'écho reçu ou donné par le législateur à ces revendications, reflète assez exactement la puissance des milieux à l'origine des demandes présentées qui, heureusement, n'ont pas abouti au but visé, à savoir une inscription des écoles de ski, des remontées mécaniques et autres restaurateurs de montagne au nombre des branches susceptibles de bénéficier de l'indemnité en cas d'intempérie au sens des articles 42 et suivants de la loi et de l'article 65 de l'ordonnance.

Après la fermeté, la cohérence. Le Conseil fédéral en fait davantage preuve que les défenseurs des branches précitées. Ainsi le veut en effet la dure loi du libéralisme économique, dont se réclament la majorité politique de ce pays et les milieux économiques, notamment les organisations et les professions affiliées à l'Union suisse des arts et métiers qui comptent, entre autres, dans leurs rangs les cafetiers, les restaurateurs et les hôteliers. Toutes ces professions se rangent volontiers dans le camp des partisans du moins d'Etat possible et ne manquent jamais une occasion de réduire les interventions des pouvoirs publics ou de les prévenir dans la meilleure des hypothèses. Dans le cas présent, ces mêmes milieux réclament à cor et à cri l'intervention de l'Etat, par le biais d'une indemnisation en cas d'intempéries, ou plutôt des effets du trop beau temps. En gros, cela signifie «moins de neige, plus d'Etat!» Lorsque maman Nature se montre pas assez (ou trop) clémente, on court vers papa Etat. C'est là un joli thème de réflexion pour quelqu'un qui voudrait observer avec une distance goguenarde la vie politique et les rapports de forces dans ce pays, et méditer ainsi sur les rapports curieux qu'entretiennent la météorologie et l'orthodoxie philosophique. Ce serait une variation nouvelle sur un thème connu, celui de l'auto-limitation de la cohérence idéologique quand des intérêts matériels sont en jeu et paraissent l'exiger.

Je n'ai rien d'autre à ajouter quant à ce projet de révision de la loi, qui va dans le sens voulu, expérience faite et avec le recul de quelques années d'application de cette loi. Je me réserve cependant de soutenir la proposition de minorité relative à la durée de l'indemnisation.

Reichmuth: Ich begrüsse die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes insbesondere deshalb, weil damit unter anderem die Absicht verwirklicht wird, eine Vereinfachung des Gesetzesvollzugs herbeizuführen. Tatsächlich haben sich im Verlaufe der wenigen Jahre, während denen das Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft ist, verschiedene administrative Probleme ergeben. Herr Ziegler und andere haben bereits darauf hingewiesen. Eine Komplizierung hat es namentlich

durch den Ausbau im Leistungsbereich und durch die Aenderung verschiedenster Bestimmungen gegeben. Die kantonalen und kommunalen Arbeitsämter, denen mit der Neuordnung ohnehin vielfältige neue Aufgaben übertragen wurden, sind mit dem Vollzug zusätzlich in erheblicher Weise belastet worden. Eine administrative Vereinfachung ist deshalb überall dort, wo dies als möglich erscheint, anzustreben. Die Vorlage des Bundesrates trägt diesem Grundsatz Rechnung; ich unterstütze sie schon aus diesem Grunde.

Ich glaube auch, dass die Regelung, sich auf Gesetzesstufe auf das Notwendige zu beschränken, richtig ist, damit die Flexibilität gewahrt bleibt und der Bundesrat die Möglichkeit hat, auf Verordnungsstufe der jeweiligen Arbeitsmarktsituation innert nützlicher Frist Rechnung zu tragen und die notwendigen Anpassungen vorzunehmen.

Ich unterstütze besonders die Absicht, die Belastung der Arbeitgeber bei Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen zu reduzieren, aus den Gründen, wie sie der Bundesrat in der Botschaft überzeugend anführt. Die Lösung des Problems betreffend den Einbezug der Tourismusbranche über das Mittel der Kurzarbeitsentschädigung möchte ich grundsätzlich ebenfalls unterstützen.

Ich empfehle Ihnen deshalb ebenfalls Eintreten auf die Vorlage und Zustimmung zu den Anträgen der Kommissionenmehrheit. Ich bitte Sie auch, dem Kommissionspostulat zuzustimmen, womit wichtigen Anliegen der Touristikbranche Rechnung getragen werden kann.

M. Delalay: Que dire d'une assurance qui encaisse des primes et ne verse pas les indemnités pour le même dommage à tous ses assurés? Un tel système peut être qualifié, pour le moins, d'inéquitable. Pourtant, toutes proportions gardées, c'est ce qui se passe dans le projet qui nous est soumis. Pour des motifs de solidarité, les cotisations sont prélevées de façon uniforme auprès des entreprises et des travailleurs. Par contre, dans le chapitre sur les indemnités en cas d'intempéries, cette révision partielle de la loi sur l'assurance-chômage ne prend pas en considération les pertes de travail dues indirectement aux conditions météorologiques. Certaines branches comme celles du bâtiment bénéficient des indemnités en cas d'intempéries, alors que d'autres, comme les professions du tourisme, en sont écartées.

Les raisons invoquées sont le danger d'une généralisation des indemnités pour manque de neige qui irait à l'encontre des principes de prise en charge des risques d'entreprises dans une économie de marché. De difficiles délimitations – je le reconnais – seraient nécessaires et l'opération provoquerait une explosion des coûts de cette assurance sociale, au détriment du but principal, qui est celui de venir en aide aux personnes sans emploi pendant une longue durée. Le manque de neige de ces dernières années a toutefois entraîné une cessation durable de l'activité de certaines entreprises de montagne dans le tourisme. Le Conseil fédéral a d'ailleurs, cet hiver, pris des dispositions spéciales dans ce domaine. La faiblesse des bases légales actuelles pour intervenir dans de telles circonstances a limité très sérieusement le champ d'application de la loi sur l'assurance-chômage. Il demeure donc, malgré la fermeté et la cohérence relevée dans ce débat, une évidente inéquité.

Pour corriger ces insuffisances, le Conseil fédéral propose une nouvelle disposition au chapitre «Indemnités en cas de réduction de l'horaire de travail». Selon le nouvel article 32, le Conseil fédéral aura la compétence de prendre en considération les pertes de travail consécutives à des pertes de clientèle dues aux conditions météorologiques. Les délais d'attente seront alors prévus avant que ne s'applique la loi sur le chômage.

Le Conseil fédéral et la commission ont toutefois décidé que pour permettre aux travailleurs de bénéficier d'une indemnité l'entreprise devait cesser son activité d'une façon complète. J'ai déposé une proposition dans le but d'alléger cette rigueur et de permettre une indemnisation du personnel en cas de réduction importante d'activité – j'y reviendrai dans la discussion de détail tout à l'heure.

Pour le surplus et malgré les imperfections relevées, je voterai

l'entrée en matière. Le projet apporte des simplifications – on l'a dit – et des améliorations pour les salariés et les entreprises. Il décharge les entreprises de certaines prestations sociales, ces changements sont encore supportables pour l'assurance et ne modifient pas fondamentalement la dimension actuelle de l'assurance-chômage. Je souhaite que le Conseil fédéral et notre conseil puissent accepter la proposition formulée à l'article 32 qui ne va rien renverser d'essentiel et qui permettra de rassurer, dans la mesure du possible, les professions qui ont récemment subi des dommages importants dus aux conditions météorologiques.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Dans le cadre de ce débat d'entrée en matière que je vous remercie d'avoir animé, je pourrais me limiter à quelques considérations générales et à des réflexions relatives aux intempéries.

D'un point de vue général, il est bien évident qu'il est dans notre philosophie de tout entreprendre pour que le chômeur cesse de l'être le plus tôt possible et que l'état du chômeur – avec tout ce qu'il peut comporter en détresse morale – soit aussi bref que possible. Il tombe sous le sens que si l'on veut, comme on a réussi à le faire aujourd'hui en Suisse, faire que l'état de chômage soit en dose homéopathique, il faut d'abord s'en prendre à ses sources. Il est bien clair que c'est par les mesures de développement de notre économie, de la création d'emplois, d'une vitalité économique, que l'on parviendra à couper le mal éventuel à la racine et à éviter toute potentialité de chômage.

Il n'empêche que même en cas de situation économique très favorable, il peut y avoir des cas de chômage structurel ou conjoncturel plus ou moins durable ou momentané dans l'ensemble du pays ou dans des régions bien délimitées. Ce cas peut se produire surtout dans une économie aussi dépendante de ses performances à l'étranger – nous en parlions hier matin. Dans ce cas, nous devons prendre des mesures sociales et matérielles pour parer au plus pressé, mais surtout pour mettre incessamment un terme à cet état de chômage. C'est l'essentiel des mesures à prendre, dans le cadre d'une loi de solidarité comme celle que nous voulons améliorer aujourd'hui, que de pouvoir prévenir le retour du chômage, et en cas d'une telle situation, de prendre toutes les mesures qui s'imposent pour éviter que cet état ne dure ou même ne se perpétue. Il y a donc des mesures positives à prendre, plus imaginatives que les seules mesures de l'indemnité, et quand ces mesures d'indemnité doivent être prises, elles doivent être de telle nature qu'elles ne prolongent pas la situation de chômage mais qu'au contraire, elles fassent tout pour l'abrèger.

C'est dans ce sens que nous avons voulu continuer de développer notre philosophie dans le cadre de la transformation de cette loi. Il y eu une ou deux propositions qui enlèvent un peu de rigueur à ce que vous proposait le Conseil fédéral, puisque l'on voudrait étendre la durée d'indemnisation et prendre des mesures un peu plus laxistes à l'égard des chômeurs. Ce ne sera pas catastrophique si on le fait, mais il ne faut pas aller au-delà d'une certaine limite de temps, car au-delà de ces limites, on va précisément à fin contraire car au lieu de réinsérer le chômeur dans le marché du travail, au lieu de tout faire pour qu'il trouve et pour qu'on lui trouve une nouvelle place, on risque de le maintenir dans un état qui n'est satisfaisant ni pour lui, ni pour la société. C'est dans cet esprit qu'il faut comprendre que les dispositions que nous prenons ici sont des dispositions efficaces et de bonne rigueur.

Quant à la question, qui a été posée par MM. Jelmini et Onken, de savoir pourquoi nous n'allons pas plus loin dans les propositions de modification présentes, je dirai que la loi, qui est en place depuis quelques années, a montré qu'elle était un bon instrument, qu'il ne faut réformer que sur les points sectoriels où elle n'a pas bien opéré, mais qu'il faut la laisser intégralement là où elle joue bien.

Il ne faut pas oublier que notre droit en cette matière a pour but d'établir et de préserver un équilibre entre des intérêts sociaux, régionaux, sectoriels qui peuvent être divergents. La révision doit sauvegarder l'élément essentiel du système actuel qui repose sur un compromis équitable entre les partenai-

res sociaux, mais également sur un rapport bien équilibré entre les exigences de la politique sociale au titre de prestations qui doivent être suffisantes et d'impératifs du marché du travail: encouragements à accepter un emploi, placements plutôt qu'indemnités. Ce principe de solidarité que M. Lauber applique au secteur touristique en régions de montagne, je l'élargis en disant qu'il empreint tout le projet de loi et toute la révision de cette loi. Il s'agit de trouver la bonne carburation entre ces différents intérêts. Il me paraît que la formule présentée aujourd'hui est à cet égard une formule d'équilibre. J'en viens aux intempéries. L'idée majeure du Conseil fédéral est de dire qu'il n'y a que les pertes directement imputables aux conditions météorologiques qui puissent faire l'objet d'une indemnité en cas d'intempéries. En clair, il s'agit actuellement d'une liste de professions essentiellement liées au secteur de la construction, comprise dans l'ordonnance d'application du Conseil fédéral, d'après laquelle on procède à une indemnité là où il est patent, visible qu'un travail est rendu impossible par les conditions d'intempéries. Il est évident que lorsqu'il gèle à pierre fendre, vous ne pouvez pas couler du béton et que si une entreprise était prévue pour cette période à cet endroit pour fouler du béton, elle ne peut pas le faire et qu'elle a droit à des indemnités pour empêchement manifeste et direct d'exercer une activité. Mais attention, Mesdames et Messieurs, nous estimons que la liste de l'ordonnance est déjà bien longue, puisqu'elle va jusqu'à inclure les entreprises de transports qui travaillent pour la construction dans les indemnités en cas de perte de gain. Nous devons crier casse-cou! car nous voyons le risque d'une généralisation de ces pratiques, une généralisation sans fondement aucun et en tout cas qui ne correspondrait pas à l'équité. Pour cette raison, s'agissant des conséquences indirectes des intempéries, nous préférons une autre voie que celle de l'extension du droit à l'indemnité spécifié par la loi – ce que votre commission a d'ailleurs accepté: l'indemnité en cas de réduction de l'horaire du travail. C'est équitable, cela peut s'apprécier, c'est plus visible, plus nuancé que la pure et simple relation directe que l'on fait dans le secteur de la construction, par exemple, entre l'intempérie et l'empêchement de poursuivre une activité.

Je souhaiterais vivement que le Conseil des Etats aille dans ce sens avec sa commission. Tout à l'heure, je combattrai le postulat qui nous a été présenté, car ce dernier tend à demander au Conseil fédéral de choisir une autre voie que celle que nous vous proposons dans le projet, ce qui reviendrait à ajouter à l'ordonnance quelques rubriques relatives aux activités touristiques, hôtelières et de restauration, lorsque les conditions météorologiques ne leur ont pas permis de mener une activité normale. Pour cela et dans les cas de rigueur, et avec un délai de carence naturellement plus long que la fameuse demi-journée du secteur de la construction, nous proposons une solution, ce que le postulat n'est pas.

Pour le reste, je me prononcerai sur la proposition de M. Delalay dans le cadre de la discussion par articles mais, dans l'ensemble, je remercie votre conseil de la réaction positive avec laquelle il accueille le projet du Conseil fédéral et de la commission. Je crois que c'est véritablement un projet de progrès.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Ziff. I Ingress

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates*

Titre et préambule, ch. I préambule

*Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral*

Angenommen – Adopté

Art. 10 Abs. 2bis (neu), Art. 11 Abs. 4

*Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates*

Art. 10 al. 2bis (nouveau), art. 11 al. 4

*Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral*

Angenommen – Adopté

Art. 22 Abs. 1, 3 – 5

*Antrag der Kommission
Abs. 1
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates*

*Abs. 3 – 5
Mehrheit
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
Minderheit
(Onken, Jaggi, Jelmini)
Streichen*

Art. 22 al. 1, 3 – 5

*Proposition de la commission
Al. 1
Adhérer au projet du Conseil fédéral*

*Al. 3 – 5
Majorité
Adhérer au projet du Conseil fédéral
Minorité
(Onken, Jaggi, Jelmini)
Biffer*

*Abs. 1 – Al. 1
Angenommen – Adopté*

Abs. 3 – 5 – Al. 3 – 5

Hunziker, Berichterstatter: Bei Artikel 22 Absatz 3 bis 5 geht es immer um dasselbe. Die Minderheit will mit diesem Antrag das Prinzip der Degression abschaffen. Die Kommission wandte sich mit einer klaren Mehrheit von 8 zu 3 Stimmen gegen diese Absicht, vor allem im Hinblick auf den Ausnahmenkatalog für die Abdeckung der Härtefälle. Es ist auch zu beachten, dass Artikel 36 Absatz 2 der Verordnung zu diesem Gesetz vorsieht, dass die Degression entfällt, wenn das Taggeld den Betrag von 90 Franken nicht übersteigt. Für die Kommissionsmehrheit ist der Grundsatz der Degression nicht nur nützlich, sondern notwendig. Deshalb folgt sie der Fassung des Bundesrates.

Onken, Sprecher der Minderheit: Der Kommissionspräsident hat Ihnen soeben erläutert, worum es hier geht. Es geht darum, dass das Taggeld für einen Arbeitslosen nach dem Bezug von 85 Taggeldern um fünf Prozent und nach dem Bezug von 170 Taggeldern um weitere fünf Prozent gekürzt wird – und das bei einem Taggeld, das ja ohnehin bereits nur einen Teil dessen ausmacht, was der arbeitslose Arbeitnehmer zuvor verdient hat. Mit dieser Degression, mit diesen gestaffelten Kürzungen will man die Bereitschaft des Arbeitslosen fördern, eine neue Arbeit aufzunehmen. Man will also einen gewissen Druck erzeugen, um Arbeitsunwillige, um Renitente gefügig zu machen.

In Wirklichkeit straft man aber mit dieser Massnahme mehr, als dass sie den Zweck, der anvisiert ist, erreichen würde. Man bedrängt Menschen, die ohnehin schon in einer bedrängten Situation sind, sich materiell und psychisch in einer schwierigen Lage befinden. Den Nachweis, dass der Druck wirklich nützlich ist, dass er hilft, dass der Zweck erreicht wird, den man anvisiert, diesen Nachweis kann man eigentlich nicht erbringen. Für mich ist er nirgends ausgewiesen.

Welches sind die von dieser Massnahme Betroffenen? Es gibt eine Statistik aus dem Jahre 1986, die nachweist, dass 75 Prozent derjenigen, die von diesen Kürzungen erfasst werden,

über 40 Jahre alt sind. Es sind also im wesentlichen ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Menschen also, die auf dem Arbeitsmarkt ohnehin besondere Schwierigkeiten kennen, die es auch in konjunkturell guten Situationen nicht leicht haben, wieder eine Stelle zu finden.

Ich räume ein, dass die vorgesehene Senkung der Altersgrenze auf 45 Jahre gewisse Ausnahmen zulässt; durch diese Senkung wird versucht, diesem Kreis von Betroffenen entgegenzukommen, aber eben doch nicht in ausreichendem Masse.

Zum zweiten sind im wesentlichen Familienväter und -mütter betroffen. Es sind also besonders viele verheiratete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Kindern, zwei bis drei Kindern sogar, so weist diese Statistik nach. Es sind somit Menschen, die schon lange im Arbeitsprozess gestanden sind und deren Bereitschaft, ja deren Wille, wieder Arbeit zu suchen und aufzunehmen, man voraussetzen kann. Und es sind natürlich vor allem Menschen – ich sagte es schon –, deren Einkommen ohnehin bereits um 20 Prozent gekürzt worden ist und die damit nicht selten an die Grenze dessen gelangen, was sie zur Deckung des Lebensnotwendigsten brauchen. Nun werden sie nochmals bestraft, nochmals bedrängt durch diese zusätzlichen Kürzungen.

Es gibt Untersuchungen darüber, dass dort, wo auch noch materielle Not eintritt, wo vielleicht Verschuldung die Folge ist, wo Kleinkredite aufgenommen werden, die Vermittelbarkeit erheblich erschwert wird, weil zusätzliche Probleme wie Hoffnungslosigkeit und Perspektivlosigkeit dazukommen. Das erleichtert die Vermittelbarkeit dieser Menschen nicht. Somit kann die Massnahme geradezu kontraproduktiv sein.

Deshalb glaube ich nicht, dass die Degression der Taggelder ein taugliches Mittel ist, dass damit wirklich der Zweck, den man erreichen will, erreicht werden kann. Es kann niemand gefügig gemacht werden, der an sich bereit ist, Arbeit aufzunehmen und keine findet. Man trifft mit dieser Massnahme schlicht die Falschen, und ich denke doch, dass diese Bestimmung eines fortschrittlichen, eines sozial aufgeschlossenen Gesetzes unwürdig ist.

Ich bitte Sie deshalb, auf diese Degression und Kürzung des Taggeldes zu verzichten und meinem Antrag zuzustimmen.

Hunziker, Berichterstatter: Ich kann zu meinen vorherigen Ausführungen nichts beitragen, ausser vielleicht einen Gedanken: Das ist der erste Anwendungsfall, den ich einleitend erwähnt habe und auf den auch Herr Bundesrat Delamuraz aufmerksam gemacht hat.

Wenn wir zu öffnen beginnen, machen wir nicht mehr das, was der Zweck der Revision war, sondern wir verändern dann das Arbeitslosenversicherungsgesetz in der Substanz; das war nie beabsichtigt. Ich sage noch einmal: Die Verordnung enthält in Artikel 36 Absatz 2 ohnehin die Möglichkeit, dass die Degression wegfällt, wenn das Taggeld den Betrag von 90 Franken nicht übersteigt.

Darum möchte Ihnen die deutliche Kommissionsmehrheit hier empfehlen, der Linie des Bundesrates zu folgen.

M. Jelmini: Il ne s'agit pas de modifier le fondement de cette branche d'assurance, il s'agit de la corriger. M. le conseiller fédéral vient de dire qu'il convient précisément de faire des amendements sectoriels et c'est bien de cela qu'il s'agit en l'occurrence.

Avec la minorité de la commission, je vous propose de supprimer la dégressivité, c'est-à-dire cette réduction automatique des prestations dues aux chômeurs après le versement de 85 et 170 indemnités respectivement. Le but de cette disposition est d'encourager le chômeur à chercher ou à accepter une nouvelle occupation le plus tôt possible, en ajoutant une réduction ultérieure pouvant aller jusqu'à 10 pour cent à celle de 20 pour cent qui est déjà appliquée dans le versement de l'indemnité, soit une réduction atteignant 30 pour cent.

La suppression de la dégression correspond à un vieux postulat que nous avons déjà soutenu en 1980 lors du premier débat concernant cette loi. Je rappelle qu'on avait invoqué jadis, pour son abolition, des raisons de justice, c'est-à-dire d'équité et de droit, qui auraient dû empêcher l'introduction de

la dégression dans un texte législatif. Le chômage, en effet, est toujours causé par des facteurs économiques indépendants de la volonté du travailleur. Les plus touchés sont évidemment ceux qui ont le moins de possibilités de trouver un travail convenable et dont beaucoup ont des obligations de famille, comme vient de le rappeler M. Onken. Ce sont également les travailleurs des régions moins favorisées, où les caprices structurels ou de la conjoncture se font le plus sentir, qui sont les victimes de ces cas pénibles.

Le Conseil fédéral avait et a encore la compétence d'ordonner la suspension de ces mesures en cas de chômage persistant ou prononcé régional ou général, ce qu'il a fait par voie d'ordonnance en considérant la situation de certaines régions du pays. Ces ordonnances ont été abrogées récemment, conformément au pouvoir du gouvernement, et je pense qu'il l'exerce en consultant les cantons concernés. Toutefois, lorsqu'on supprime un soulagement collectif, même en appliquant des critères raisonnables, on en laisse subsister et on risque parfois d'aggraver des cas individuels pénibles.

Il est vrai que des limites sont prévues dans l'application de la dégression, quant au montant minimum de l'indemnité ou quant à l'âge du chômeur. A ce propos, il faut apprécier le geste du Conseil fédéral, auquel la commission s'est ralliée, en faveur des chômeurs exonérés de la réduction des prestations pour lesquels la limite d'âge a été abaissée. Mais ceci rend la dégression encore moins justifiable en introduisant un élément discriminatoire qui pénalise uniquement certaines catégories de chômeurs. Il semble d'ailleurs ridicule de prétendre que trouver un emploi puisse se faire plus rapidement grâce à ces mesures de réduction. C'est comme si on prétendait – pardonnez-moi la comparaison – faire courir le cheval plus vite en diminuant sa ration d'avoine. Au contraire, on augmente inutilement le malaise du chômeur.

Il convient enfin de rappeler que la suppression de la dégression ne va pas entraîner des conséquences financières préoccupantes. C'est pourquoi je vous engage à appuyer la proposition de la minorité de votre commission.

M. Ducret: L'image de notre collègue Jelmini est jolie au sujet du cheval qui court, mais si on ne fait pas du tout sortir le cheval de son enclos il ne courra plus. C'est cela le problème. Je m'étonne de ces propositions qui nous viennent du Parti socialiste, appuyées par M. Jelmini. Ce n'est pas le seul frein dans une assurance sociale. On connaît par exemple le frein mutualiste, de façon à ce que les gens n'abusent pas de ce que leur doivent leurs assurances-maladie.

Deuxième étonnement: lorsque quelqu'un est malade ou a été blessé dans un accident, presque toujours, à un moment donné, le médecin, sans lui ordonner de travailler à plein temps, lui demande de travailler à mi-temps. On sait bien pourquoi: c'est parce que l'on doit recommencer à s'habituer à un emploi. Or, la nature humaine est faible. Si on peut avoir 80 pour cent de son salaire sans travailler du tout ou accepter un emploi avec un salaire moindre par rapport à celui que l'on avait avant, il n'y a évidemment aucune incitation. Nous savons encore autre chose par expérience: les chômeurs de longue durée deviennent impossibles à placer. Il serait préférable de trouver d'autres incitations, peut-être en leur accordant un complément de salaire s'ils ne trouvent pas un emploi avec un salaire équivalent à l'ancien – ce qui serait incitatif – de façon à ce qu'ils conservent leur situation. Je vous demande donc de refuser les propositions qui nous sont faites et de suivre la majorité de la commission. La loi fonctionne; elle correspond à d'autres lois sociales du même type.

Dans tout le problème de la modification de la loi sur le chômage, il est évident que l'on doit être très attentif. Tout à l'heure quelqu'un parlait du libéralisme économique, que l'on doit saluer avec respect parce que la preuve est faite que les entreprises nationalisées sont bien incapables de faire ce que le libéralisme économique a fait dans notre pays. L'exemple est donné et on est en train de nous suivre. Le discours que nous faisait hier M. Felber à votre place, en ce qui concerne les pays de l'Est, nous montre la cacade épouvantable dans laquelle le dirigisme, les garanties de l'emploi les ont conduits. Ne nous laissons pas faire. Restons dans le régime qui est le

nôtre, défendons la situation. Monsieur Onken, ne regardez pas le ciel, vous, dont le Parti a dû s'excuser de ne pas aller assister à la consecration de M. Ceausescu. Par une grande chance, vous étiez empêché par un congrès qui se tenait à Genève. Vous qui vous êtes excusé, ne venez pas nous donner tellement de leçons. Ouvrez les yeux, s'il vous plaît, sur nos réalités, qui sont autrement plus séduisantes que celles de vos camarades.

«Il me fait marrer, il me fait marrer». (*Hilarité*)

Frau Weber: Erlauben Sie mir doch einige Sätze.

Ich glaube, wenn wir bei diesem Artikel der Mehrheit folgen, sparen wir im Grunde genommen am falschen Ort, wenn man überhaupt von Sparen reden will.

Es ist so, dass in der Praxis genau jene Arbeitslosen echte Härtefälle werden, die schon über eine gewisse Zeit arbeitslos sind. Wer 15 Tage arbeitslos ist, ist kein so schwerer Härtefall wie jener, der nach drei, vier Monaten immer noch keine Stelle gefunden hat.

Ich kann Ihnen aus der Praxis sagen, dass es sehr viele über Fünfzigjährige gibt, die genau in dieser Situation sind, die aus irgendeinem Grund ihre Arbeitsstelle verlieren und nachher keinen Weg zurück finden. Genau für diese wird das Ganze zu einem schlimmen Härtefall.

Ich möchte auch auf etwas anderes hinweisen: Herr Hunziker hat gesagt, dass die Ausnahmeklausel in Kraft tritt, wenn der Verdienst unter 90 Franken fällt. Das ist schön und gut, aber wir müssen uns einmal bewusst werden, auf welcher Ebene wir da reden. 90 Franken im Tag – bitte rechnen Sie einmal aus, was das im Monat heisst: Das ist ein Verdienst, mit dem man praktisch nicht leben kann. Ich glaube, auf dieser Ebene muss sowieso etwas gemacht werden.

Ich bitte Sie, nicht gerade bei den Leuten zu sparen, die nach 85 Tagen immer noch nicht wieder in einen Arbeitsprozess eingeführt werden konnten. Ich bitte Sie also, der Minderheit zu folgen.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: J'ai craint que la parabole du cheval et de l'avoine de M. Jelmini ne rouvre le débat agricole ce matin devant le Conseil des Etats. Heureusement, ce fut une allusion légère. Cela me permet pourtant de souligner que la minorité de la commission a tort de vouloir proposer la suppression de la dégressivité. Il ne fait pas de doute que cette dégressivité incite à reprendre un emploi, stimule la volonté – je dirai, à tout prix – de sortir de la condition de chômeur et qu'elle facilite et accélère le placement. C'est un domaine délicat où il ne faut s'exprimer ni avec cynisme ni avec dureté. Lorsque l'on entend parfois des propos arrogants sur les chômeurs professionnels et généralisant cette notion, il faut réagir car ce ne sont pas tous des chômeurs professionnels, tant s'en faut. Il faut bien se rendre compte qu'il y a derrière chaque cas de la détresse humaine. C'est bien pour cela que le principe de la dégressivité, qu'il faut maintenir en général, peut faire l'objet d'adoucissements, d'exceptions dans toute une série de cas.

Actuellement, les chômeurs âgés de plus de 55 ans ne sont pas soumis à la dégressivité. L'idée du Conseil fédéral dans son ordonnance est de passer de 55 à 45 ans, observation faite du marché de l'emploi, des difficultés que connaissent telle ou telle catégorie de chômeurs à se replacer et, en particulier, des difficultés consécutives à l'âge de ces chômeurs. Voilà une première exception au principe de la dégressivité. Elle correspond à une volonté sociale et de solidarité.

Il y a non-dégressivité également en ce qui concerne les invalides, non-dégressivité lorsque le chômeur s'astreint à fréquenter des cours qui devront normalement favoriser sa réintégration, pas de dégressivité non plus lorsqu'il y a chômage prononcé et persistant sur le plan régional ou même national. Toutes ces mesures d'assouplissement sont en main du Conseil fédéral et – vous pouvez m'en croire – il continuera à en faire usage lorsque le cas se présentera. Par ailleurs, M. Danioth en faisait la proposition dans le cadre de la commission, le Département fédéral de l'économie publique peut adapter l'indemnité journalière si celle-ci ne correspond pas à l'évolution des salaires. Le minimum de 90 francs appliqué au-

jourd'hui pourrait bien être, dans un bref délai, porté à 100 francs. Enfin, la dégressivité ne s'applique pas non plus à l'assuré qui a acquis de nouvelles périodes de cotisations durant la période de l'indemnisation.

Dès lors, compte tenu de la nécessité de principe de maintenir la dégressivité, mais compte tenu aussi de l'arsenal juridique impressionnant à la disposition du Conseil fédéral pour faire des exceptions à l'application de la dégressivité dans les cas véritablement de rigueur, personnels ou collectifs, je vous demande de suivre le Conseil fédéral et la majorité de votre commission.

Il vous intéressera de savoir que, si l'on applique dorénavant la limite de 45 ans et que si l'on élève l'indemnité de 90 à 100 francs, la dégressivité toucherait surtout les personnes relativement jeunes qui reçoivent une indemnité journalière supérieure à la moyenne et qui restent au chômage plus de 17 semaines alors que le marché de l'emploi est équilibré. Cela représentera décidément peu de monde, et pourquoi peu de monde? Parce que précisément la dégressivité aura permis le retour plus rapide et plus efficace à un emploi, par conséquent, le but aura bel et bien été atteint.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit
Für den Antrag der Minderheit

26 Stimmen
10 Stimmen

Art. 23 Abs. 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 23 al. 4

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 24, 25

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 27 Abs. 2, 5

Antrag der Kommission

Abs. 2

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Jelmini, Danioth, Jaggi, Onken, Ziegler)

....

- a. höchstens 150 Taggelder,
 - b. höchstens 200 Taggelder,
 - c. höchstens 300 Taggelder,
- (Anpassung der anderen Absätze)

Abs. 5

.... die Höchstzahl von 300 Taggeldern

Art. 27 al. 2, 5

Proposition de la commission

Al. 2

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Jelmini, Danioth, Jaggi, Onken, Ziegler)

....

- a. 150 indemnités
 - b. 200 indemnités
 - c. 300 indemnités
- (Adapter les autres alinéas)

Al. 5
... n'excedera toutefois pas 300.

Abs. 2 – Al. 2

Hunziker, Berichterstatter: Hier handelt es sich um einen zentralen Artikel der Revisionsvorlage. Gleichzeitig wird auch die vom Kanton Neuenburg eingereichte Initiative angesprochen. Sie betrifft nämlich Absatz 5 dieses Artikels.

Es gab in der Kommission zu den beiden Absätzen 2 und 5 mehrere Anträge. Anvisiert wurde einmal die Abkoppelung der Taggelder von der Beitragszeit, dann aber auch die Anzahl der Taggeider an sich. Den schliesslich daraus resultierenden oder noch verbleibenden Minderheitsantrag finden Sie auf der Fahne.

Die Kommissionsmehrheit ist der Auffassung, dass man – wie das schon bei einem früheren Artikel gesagt worden ist – eine Ausdehnung der Beitragsberechtigungsdauer nicht ins Auge fassen sollte. Die Vorlage wurde doch aufgrund von konsultativen Arbeiten von paritätischen Kommissionen erarbeitet. Der Konsens, der dort gefunden wurde, wäre dann nicht mehr vorhanden.

Es gibt aus der Sicht der Kommissionsmehrheit aber auch andere Gründe, die bereits beim Eintreten genannt worden sind. Die Kommission ist aber hier ziemlich geteilter Meinung. Sie folgt nur mit 6 zu 5 Stimmen der bundesrätlichen Version, und da spielt nun die Initiative des Kantons Neuenburg hinein.

Bundesrat und Kommissionsmehrheit möchten das Gesetz in Absatz 2 nicht ändern: denn eine Ausdehnung der maximalen Zahlung von Taggeldern bis auf zwei Jahre würde als zu exzessiv erachtet. Hingegen ist in der Kommission der Antrag einhellig angenommen worden, dem Bundesrat in Absatz 5 die Kompetenz zu geben, in ausserordentlichen Fällen die Zahl der Taggelder von nach geltendem Recht 250 auf neu 300 zu erhöhen, aber nur beim Vorliegen dieser besonderen Umstände, die in Absatz 5 genannt sind.

Würde man nun den Minderheitsanträgen in Absatz 2 zustimmen, dann würde man ohne Vorliegen dieser besonderen harten Umstände generell in allen drei Fällen, also bei den Buchstaben a, b und c, die Taggelder erhöhen, was nach Meinung der Kommissionsmehrheit auch der *ratio legis* widersprechen würde und an sich die ausgehandelte Lösung wieder aus dem Gleichgewicht brächte.

Ich kann zusammenfassen: Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen, in Absatz 2 dem Bundesrat zu folgen, also beim geltenden Recht zu bleiben und in Absatz 5 – das wird dann später noch auszuführen sein – die Initiative des Kantons Neuenburg abzulehnen, dafür aber die Zahl der Taggelder von 250 auf 300 zu erhöhen.

M. Jelmini, porte-parole de la minorité: Le message ne propose pas, en vérité, de revoir le contenu de l'article 27 concernant le nombre maximum d'indemnités journalières, quoique dans la procédure de consultation, le problème ait été soulevé de plusieurs côtés. Au sein de la commission, différentes propositions ont été formulées et examinées parallèlement à l'initiative du canton de Neuchâtel. La proposition que la minorité vous présente a recueilli au sein de la commission 5 voix contre 5. C'est le président qui a tranché pour le Conseil fédéral.

Le but de la disposition en vigueur consiste à éviter que le travailleur qui a cotisé à court terme (six ou douze mois) ne puisse bénéficier de l'indemnité de chômage pour la même période que celui qui a cotisé pendant plus longtemps, et à limiter de toute façon le nombre maximum d'indemnités.

La pratique a pourtant montré des lacunes dans l'application de ce principe qui ne paraît pas équitable et qui devrait être corrigé au moins dans sa portée, s'il s'agit justement d'un amendement sectoriel. Celui que la minorité vous propose doit être considéré comme une solution de compromis, si l'on tient compte de la portée des différentes demandes formulées dans le cadre de la procédure de consultation, proposition qui a presque réussi à obtenir la faveur de la commission, comme je vous l'ai dit. Je voudrais rappeler que ce n'est pas la faute du travailleur s'il n'a eu pas la possibilité de cotiser pendant un

délai plus ou moins long, c'est-à-dire s'il n'a pas eu l'occasion de travailler en tant que salarié pour une certaine période. Il arrive donc souvent que l'on pénalise ceux qui ont vraiment le plus besoin d'aide. En effet, dans la catégorie prévue à la lettre a de l'alinéa 2, c'est-à-dire 85 indemnités au plus si la cotisation s'est étendue pendant six mois au moins, on trouve des jeunes gens en fin d'études, ceux qui reprennent leur travail après une longue maladie, ceux qui n'ont plus le droit à une rente de l'AVS ou de la caisse nationale parce qu'ils ne sont plus considérés comme invalides ou incapables de travailler, les émigrants qui rentrent de l'étranger, la femme qui vient de se séparer ou qui perd son conjoint ou qui recommence à travailler pour d'autres raisons. Pour ces personnes, le but principal et urgent est d'être placées à brefs délais. Mais, en revanche, elles ont aussi plus de difficultés à être placées. Pourquoi? – parce qu'elles manquent de formation complète, elles manquent d'expérience, elles n'ont pas bénéficié de nouvelles orientations dans leur profession. Les offices de placement ne sont pas toujours en mesure de faire face aux problèmes, en général très différenciés et toujours délicats, qui se posent. Il faut compter sur les moyens qui permettent une réinsertion adéquate, des cours de perfectionnement, éventuellement de reconversion, mais il faut du temps. Voilà pourquoi cette catégorie doit bénéficier d'une augmentation sensible du nombre maximum des indemnités.

La deuxième catégorie qui est prévue à la lettre c réunit, d'après les expériences des offices du travail, surtout les personnes âgées ou celles qui éprouvent des problèmes physiques ou psychiques, et pour lesquelles le placement présente beaucoup de difficultés. Il s'agit en général de personnes qui ont contribué au développement de l'économie pendant une longue partie de leur vie et qui, à la suite de restructurations d'entreprises, se sont trouvées dans l'impossibilité de poursuivre leur activité et dont la difficulté majeure est d'être placées ailleurs.

La catégorie B comprend une partie des caractéristiques des deux autres. Il est vrai que la Confédération a la possibilité d'adoucir la rigidité de ces mesures dans des cas et des situations particulièrement pénibles. La commission propose d'ailleurs un amendement à ce sujet. Mais, entre temps, le Conseil fédéral a renoncé à l'application de ces dispositions exceptionnelles, comme j'ai déjà eu l'occasion de le rappeler dans ce débat. Ces exceptions tiennent seulement compte des situations objectives et de caractère général – régions, certaines catégories – mais ne considèrent évidemment pas la situation personnelle de certaines personnes ou catégories de personnes pour lesquelles les difficultés peuvent être encore plus grandes. Il faut reconnaître qu'à l'échelon cantonal, des mesures ont été prises pour maîtriser au moins la situation, mais de manière parfois très différenciée. C'est d'ailleurs à l'assurance fédérale qu'il appartient de résoudre les problèmes du chômage et ce le plus complètement possible.

L'évolution technologique est rapide et très exigeante. Elle apporte des avantages mais aussi des inconvénients. Le chômage doit être combattu avant qu'il se produise et, lorsqu'il commence à se produire, par des mesures préventives et des moyens qui assurent aux chômeurs la possibilité de se réinsérer dans l'économie, si possible de manière définitive. Pour y réussir, il faut du temps, une certaine tranquillité, surtout économique, pour les personnes intéressées. Les offices de placement pourraient d'ailleurs mieux saisir le problème individuel du chômeur s'il n'était pas trop mis sous pression.

Tenant compte de ces réflexions, je vous demande d'approuver la proposition de la minorité.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: En augmentant les nombres maximums d'indemnités, comme le suggère la minorité, non seulement on ne donne pas davantage de chances aux chômeurs de longue durée de se réintégrer – c'est ce que nous souhaitons tous – mais on prend le risque grave de voir la durée du chômage augmenter d'une manière générale, par l'insouciance ou l'inconscience, dans sa première phase, de la nécessité de trouver un emploi dans les meilleurs délais. Je le répète, il ne faut parler de ce problème ni avec cynisme ni

avec arrogance non plus qu'avec dureté. Mais il n'empêche que nous devons voir dans la limitation dans le temps du nombre des indemnités le même effet positif que celui que nous voyions tout à l'heure par le maintien de la dégressivité. C'est dans ce sens-là qu'une incitation à ne rien faire – selon la proposition de la minorité de la commission – est dangereuse et aurait pour effet de dérégler les comportements des partenaires sociaux, aussi bien des donneurs d'emplois que des demandeurs et, parmi eux, des chômeurs.

Les indemnités qui avaient été calculées à l'époque se sont révélées, dans leur limite temporelle, bien chiffrées. Et c'est pour cela que le Conseil fédéral, dans le message qu'il vous soumet aujourd'hui, a proposé de ne rien changer à l'article 27. Les mesures éprouvées ont fonctionné. Les cas sociaux dont se réclament les partisans de la minorité ont pu être réglés à satisfaction. De grâce, ne changez pas un dispositif qui, durant de nombreuses années, a fait ses preuves dans des situations économiques et des régions différentes où nous avons été à même de prendre des bonnes dispositions dans le cadre de cette réglementation.

J'ajoute qu'à l'assurance-chômage fédérale, dont nous parlons ici, s'additionnent les aides aux chômeurs que les cantons ont quasiment toujours accordées lorsque la situation économique et du marché de l'emploi le justifiait. Il faut aussi compter les dispositions de l'assistance publique, le cas échéant, qui pourraient intervenir en troisième échelon et qui nous permettent d'obtenir l'effet escompté, sans qu'il y ait de déclenchement de cas sociaux, comme d'aucuns de la minorité le redoutent.

J'insiste sur un fait: le chômage structurel doit être combattu avant tout par un service de placement efficace et par des mesures préventives. Les propositions du Conseil fédéral, dans le domaine précisément de ces mesures, notamment à l'article 66, où la durée du versement des allocations d'initiation au travail est portée à douze mois au lieu de six, constituent véritablement un travail de prévention, une action positive qui atteint les effets désirés bien plus que ne le ferait une prolongation dangereuse des indemnités maximums.

Le Conseil fédéral fait une concession à différentes propositions, tout en se montrant hostile à une initiative du canton de Neuchâtel. Il a admis que l'on pouvait passer de 250 à 300 indemnités et c'est ce que la majorité de la commission vous propose. Aller au-delà, comme le demande la minorité, c'est prendre des risques que je qualifie encore une fois de dangereux. Suivez la majorité de votre commission, elle est bien inspirée.

Hunziker, Berichterstatter: Ich schlage Ihnen im Einvernehmen mit Herrn Jelmini vor, über die Buchstaben a, b und c Absatz 2 *in globo* abzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	24 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	10 Stimmen

Abs. 5 – Al. 5

Hunziker, Berichterstatter: Hier geht es um die Frage, die in der Standesinitiative des Kantons Neuenburg angezogen wird. Es geht genau genommen lediglich um die Anzahl der Tage. Nach geltendem Recht haben Sie eine Höchstzahl von 250 Taggeldern. In der Initiative Neuenburg wird nun festgesetzt, dass die Beitragszeit 250 zusätzliche Tagelder nicht überschreiten dürfe, das heisst also, dass im Extremfall bis 500 Tage resultieren könnten.

Die Kommissionsmehrheit – auch eine knappe Mehrheit – widersetzte sich dieser Zahl, hat dann aber einen Antrag in der Kommission, die hier festgelegte Zahl von 250 Taggeldern auf 300 zu erhöhen, einhellig gutgeheissen. Wenn nun das Plenum darüber diskutiert und entscheidet, ist auch bereits die Frage der Standesinitiative Neuenburg entschieden. Deshalb wird es richtig sein, das, was dort als Begründung angeführt werden soll, bereits jetzt einfließen zu lassen, sonst führen wir nachher bei der Behandlung der Initiative die genau gleiche Diskussion noch einmal.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je suis parfaitement d'accord de traiter maintenant l'initiative que nous présente le président de la commission, M. Jelmini, et, pour les raisons déjà invoquées, je vous invite à la refuser.

Angenommen – Adopté

Art. 28 Abs. 1

Antrag der Kommission

... von einer Woche pro Rahmenfrist für den Leistungsbezug, ausser wenn die Arbeitsunfähigkeit

Art. 28 al. 1

Proposition de la commission

... un délai d'attente d'une semaine par délai-cadre applicable à la période d'indemnisation, sauf si l'incapacité

Angenommen – Adopté

Art. 29 Abs. 2, Art. 31 Abs. 1 Bst. a und Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 29 al. 2, art. 31 al. 1 let. a et al. 2

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 32 Abs. 2, 3

Antrag der Kommission

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3 erster Satz

Der Bundesrat regelt für Härtefälle die Anrechenbarkeit

Antrag Delalay

Abs. 3 zweiter Satz

... dass der Arbeitsausfall nur bei einer bedeutenden Betriebs-einstellung anrechenbar ist.

Art. 32 al. 2, 3

Proposition de la commission

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3 première phrase

Pour les cas de rigueur, le Conseil fédéral règle

Proposition Delalay

Al. 3 deuxième phrase

... qu'en cas d'interruption importante du travail dans l'entreprise.

Abs. 2 – Al. 2

Angenommen – Adopté

Abs. 3 erster Satz – Al. 3 première phrase

Hunziker, Berichterstatter: Hier schlägt Ihnen die Kommission eine redaktionelle Änderung vor.

Angenommen – Adopté

Abs. 3 zweiter Satz – Al. 3 deuxième phrase

M. Delalay: Concernant l'article 32, alinéa 3, deuxième phrase, j'ai déposé une proposition de caractère plus formel que fondamental. Elle prévoit que l'indemnité soit attribuée en cas d'interruption complète ou de réduction importante du travail dans l'entreprise. L'idée de cette proposition est tout simplement de rendre le texte de la loi conforme aux intentions indiquées dans le message du Conseil fédéral, à la page 18, et qui se lit ainsi: «On souhaite que soit élaborée une réglementation des cas de rigueur selon laquelle les interruptions de travail causées par les pertes de clientèle en raison de

conditions météorologiques défavorables sont prises exceptionnellement en charge par l'assurance lorsque leur ampleur et leur durée sont importantes».

En effet, je voudrais introduire à l'article 32 une disposition selon laquelle les indemnités pour réduction d'horaires de travail ne soient pas seulement payées lorsque l'entreprise arrête complètement son activité, mais aussi lorsqu'il s'agit d'un arrêt important pour l'entreprise. Nous aurions ainsi une concordance entre les intentions du Conseil fédéral et le texte de la loi.

En conclusion, je vous invite à soutenir cette proposition. Qui veut le plus veut le moins. Or, il s'agit ici simplement de la confirmation de l'intention, et de la mentionner par écrit.

Lauber: Ich möchte den Antrag von Herrn Delalay unterstützen. Die Bestimmung, dass der Arbeitsausfall nur bei vollständiger Betriebseinstellung anrechenbar ist, ist unserer Meinung nach ungerechtfertigt. Er würde dazu führen, dass jene Leute, die eben die Betriebe schliessen, praktisch für ihre Inaktivität belohnt werden. Die Formulierung «... oder erheblicher Einschränkung des Betriebes...» ist unserer Meinung nach angemessener.

Ich möchte mich auch zum Problem der längeren Karenzfristen kurz äussern. In der Botschaft spricht man von einer Sonderkarenzfrist von 14 Tagen. Aus Sicht der gemachten Erfahrungen ist diese Karenzfrist zu lang. Ich habe bereits beim Eintreten darauf hingewiesen. Eine 14tägige Karenzfrist würde dazu führen, dass Entschädigungen praktisch bloss zu Anfang oder am Ende des Winters ausgerichtet werden könnten, da ja Betriebsschliessungen von über zwei Wochen während der Saison eher selten sind.

Ich hatte in der Kommission angeregt, diese Karenzfrist beispielsweise auf 5 Tage zurückzusetzen, konnte mich dann allerdings aufgrund einer diesbezüglichen Erklärung von Herrn Bundesrat Delamuraz einverstanden erklären und habe diesen Antrag zurückgezogen. Ich hätte sehr gerne, wenn Herr Bundesrat Delamuraz auch zuhänden des Plenums und damit zuhänden der Materialien eine entsprechende beruhigende Erklärung abgeben könnte.

Hunziker, Berichterstatter: Die Kommission hatte nicht Gelegenheit, zu diesem Antrag Stellung zu nehmen, aber er leuchtet mir ein; auch die Begründung. Es wird Sache der Verwaltung, des Biga, sein, in der Verordnung festzulegen, wann diese erhebliche Einschränkung des Betriebes vorliegt. Meines Erachtens kann aus der Sicht der Kommission dem Antrag zugestimmt werden.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: En ce qui concerne cet article, je me prononcerai sur deux points. Le premier a trait à la proposition de M. Delalay. Au même titre que le président de la commission, j'accepte cet amendement. En effet, le texte original du Conseil fédéral était un peu trop rigide et il n'aurait pas permis d'appliquer correctement notre intention, formulée *expressis verbis* dans le message, de tenir également compte de la situation des entreprises qui, sans être réellement fermées, ont dû cesser pour une part importante leurs activités. J'invite donc le conseil à accepter l'amendement de M. Delalay.

Deuxièmement, conformément à ce que j'ai déclaré en séance de commission, et particulièrement à l'adresse de M. Lauber, je confirme ici que le Conseil fédéral fera un usage des plus modérés du délai de quatorze jours dont il est question, et qui est absolument maximum. Je pense qu'il ne s'appliquera qu'en début de saison et si de nouvelles interruptions d'activité devaient se produire ultérieurement, elles seraient soumises à un délai de carence de trois ou quatre jours au plus. Nous devons donc donner toutes garanties à M. Lauber quant au fait que le Conseil fédéral ne se saisira pas arbitrairement du délai maximum proposé pour en faire un usage immodéré là où cela n'est pas nécessaire.

Präsident: Von der Erklärung von Herrn Bundesrat Delamuraz betreffend Karenzfrist wird Kenntnis genommen. Wird dem Antrag Delalay opponiert? – Das ist nicht der Fall.

Angenommen gemäss Antrag Delalay
Adopté selon la proposition Delalay

Art. 33 Abs. 3 (neu), 34 Abs. 2, 35 Abs. 1, 37 Bst. b, c, 39 Abs. 2, 41 Abs. 1, 42 Abs. 1 Bst. a, 43 Abs. 1, 3, 5, Art. 43a, 44, 45 Abs. 1 – 3, 48 Abs. 2, 51 Bst. b (neu), c

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 33 al. 3 (nouveau), 34 al. 2, 35 al. 1, 37 let. b, c, 39 al. 2, 41 al. 1, 42 al. 1 let. a, 43 al. 1, 3, 5, art. 43a, 44, 45 al. 1 – 3, 48 al. 2, 51 let. b (nouvelle), c

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 52 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 52 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 58, 62 Abs. 2 Bst. c (neu), 63, 66 Abs. 2, 3, 4 (neu)

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 58, 62 al. 2 let. c (nouvelle), 63, 66 al. 2, 3, 4 (nouveau)

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 72

Antrag der Kommission

Die Versicherung kann die vorübergehende Beschäftigung

Art. 72

Proposition de la commission

L'assurance peut encourager,

Angenommen – Adopté

Art. 75 Abs. 1, 83 Abs. 1 Bst. c

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 75 al. 1, 83 al. 1 let. c

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. II

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes

28 Stimmen
(Einstimmigkeit)

raison pour laquelle le Conseil fédéral plaide pour la transformation en postulat.

Quant au fonds, je considère sans doute l'instrument dont nous disposons ici, afin d'aider aux investissements dans les régions de montagne, comme un instrument qui n'est pas celui des bons sentiments que l'on devrait porter aux montagnards mais comme l'expression d'un acte d'équité, de solidarité active, d'un acte d'harmonie. Telles sont les caractéristiques de cette politique.

Que cette politique, selon certains d'entre vous, ne soit pas assez richement dotée et que l'assèchement graduel de ce fonds pour la LIM soit sujet à des préoccupations, je le comprends parfaitement. Je ne souhaiterais moi aussi rien d'autre que de renforcer la dotation de ce fonds pour pouvoir faire en moins de temps un peu plus de choses en matière d'investissements dans les zones de montagne. Mais, ne me faites pas dire que la politique à l'égard de la montagne est une politique de discours seulement et non une politique d'actes. Je constate qu'au titre de la LIM, près de 100 millions de francs irrigueront l'année prochaine les régions de montagne pour les équipements collectifs: 56 millions au budget, plus une bonne quarantaine qui reviendront des amortissements achevés. Je constate que, en outre, nous venons de discuter de l'amélioration aux logements en zone de montagne. Vous avez là un autre instrument qui vient compléter celui dont nous parlons maintenant. Je constate que le troisième secteur d'aide à la montagne sont les aides pour l'agriculture de montagne qui s'ajoutent, elles aussi, à ces montants. Ne dites donc pas que nous sommes en train de ronronner avec des discours, qu'il n'y a que des symboles et pas d'actes. Il y a là une réalité substantielle et je suis prêt à suivre ceux qui souhaitent l'augmenter encore. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral accepte le postulat. Pourtant, j'aimerais qu'il soit quand même dit équitablement ce qui a déjà été fait, et ce qui continue à l'être, en faveur de la montagne.

Pour terminer, je regrette que la commission consultative n'ait semble-t-il pas tenu le rythme que d'aucuns auraient souhaité qu'elle tienne. J'observe cependant que la question de la motion Steinegger, déposée au début du mois de mars de cette année, a été évoquée en commission lors de sa séance du 28 mars. Je ne sais si les honorables préopinants n'ont pas participé à cette séance ou s'ils en ont perdu le souvenir, mais en me recommandant pour que le rythme des séances soit plus soutenu à l'avenir, je leur fais observer qu'à la séance du 28 mars il a bel et bien été question de la motion de M. Steinegger.

Abstimmung – Vote

Für Ueberweisung als Motion	119 Stimmen
Für Ueberweisung als Postulat	8 Stimmen

89.062

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Revision

Loi sur l'assurance-chômage. Révision

Botschaft und Gesetzentwurf vom 23. August 1989 (BBI III, 377)

Message et projet de loi du 23 août 1989 (FF III, 369)

Beschluss des Ständerates vom 7. März 1990

Décision du Conseil des Etats du 7 mars 1990

Kategorie I, Art. 68 GRN – Catégorie I, art. 68 RCN

Allenspach. Berichterstatter: Das Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 25. Juni 1982 hat sich nach übereinstimmender Meinung bewährt. Der Kerngehalt dieses Gesetzes wird deshalb durch die beantragte Revision nicht in Frage gestellt. Die Revision wurde eingeleitet, weil sich erstens aufgrund der gemachten Erfahrungen administrative Vereinfachungen aufdrängen, weil zweitens die finanzielle Selbstbeteiligung des Arbeitgebers bei Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen herabgesetzt werden sollte, damit diese beiden Instrumente besser zum Tragen kommen, und weil drittens die Frage der Behandlung der wetterbedingten Arbeitsausfälle im Arbeitslosenversicherungssystem überprüft werden musste. Die Revisionsvorlage ist im Ständerat gut aufgenommen worden. Als Erstrat hat er sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – den bundesrätlichen Revisionsanträgen angeschlossen. Die Diskussionen in der nationalrätlichen Kommission waren gewissermassen ein Spiegelbild der ständerätlichen Erörterungen. Die Kommissionmehrheit folgte praktisch vollumfänglich den Beschlüssen des Ständerates.

Die wichtigsten der in der Kommission erörterten Revisionsvorschläge betrafen folgende Punkte:

1. Das zivilstandsunabhängige Taggeld: Artikel 22 Absatz 1 des Gesetzes bestimmt, dass das volle Taggeld bei Ledigen 70 Prozent, bei Verheirateten und Unterstützungspflichtigen 80 Prozent des versicherten Verdienstes beträgt. Der Bundesrat schlägt neu ein vereinheitlichtes Taggeld für alle von 80 Prozent vor. Ständerat und nationalrätliche Kommission stimmen dieser Heraufsetzung des Taggeldes der ledigen Arbeitslosen von 70 auf 80 Prozent zu.

2. Die Degression des Taggeldes: Gemäss Artikel 22 Absatz 3 des Gesetzes wird das Taggeld nach Bezug von 85 Taggeldern um 5 Prozent und nach Bezug von 170 Taggeldern noch einmal um 5 Prozent gekürzt, um den Arbeitslosen damit ein Zeichen zu geben und auch um sanften Druck auszuüben, damit sie sich um eine Arbeit bemühen.

Diese Taggelddegression ist verschiedentlich kritisiert worden. Bundesrat und Ständerat halten an ihr fest. Sie haben aber den Personenkreis, der von der Degression ausgenommen ist, erweitert. Eine Herabsetzung des Taggeldes wird bei bescheidenen Taggeldern, bei über 45jährigen Arbeitslosen und bei Invaliden überhaupt nicht vorgenommen.

Der Bundesrat kann zudem bei andauernder Arbeitslosigkeit allgemein oder für besonders hart getroffene Versicherten-Gruppen weitere Ausnahmen vorsehen.

Die nationalrätliche Kommission hat sich dem Bundesrat und dem Ständerat angeschlossen. Sie tritt grundsätzlich für Beibehaltung der Taggelddegression ein. Sie will aber den Bundesrat ermächtigen, Härtefälle zu vermeiden und zusätzliche Gruppen von schwer vermittelbaren Arbeitslosen von der Degression ausnehmen zu können. Da hier ein Minderheitsantrag vorliegt, wird diese Frage den Rat ebenfalls beschäftigen.

3. Der Taggeldanspruch: Das Gesetz stellt in Artikel 27 eine Beziehung zwischen Versicherungsdauer und dem Taggeldanspruch her. Wer länger Beiträge bezahlt hat, kann im Falle von Arbeitslosigkeit auch länger Taggelder beziehen. Dieser Grundsatz wurde in der Kommission von keiner Seite in Frage gestellt. Der Bundesrat will an den bisherigen Höchstansprüchen festhalten; der Ständerat vertritt die gleiche Auffassung. Er hat aber die Kompetenz des Bundesrates, bei andauernder erheblicher Arbeitslosigkeit eine höhere Anzahl Taggelder festzusetzen als gesetzlich vorgesehen, noch ausgeweitet.

Die Mehrheit der nationalrätlichen Kommission hat sich vollumfänglich dem Ständerat angeschlossen. Eine Kommissionminderheit will indessen die Taggeldbezugsdauer generell wesentlich erhöhen, zum Teil nahezu verdoppeln. Wir werden in der Detailberatung darauf zurückkommen.

4. Karenztag zu Lasten der Arbeitgeber: Sowohl bei Kurzarbeits- als auch bei Schlechtwetterentschädigungen hat der Arbeitgeber neben den Sozialversicherungsprämien monatlich noch einen vollen Karenztag zu seinen eigenen Lasten zu übernehmen. Diese finanzielle Selbstbeteiligung hat offensichtlich viele Arbeitgeber veranlasst, auf Kurzarbeit oder Schlechtwetterentschädigung zu verzichten und statt dessen Entlassungen vorzunehmen. Die sozialen Folgen von Entlassungen sind weit schwerwiegender als jene von Kurzarbeit

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

oder Arbeitseinstellung bei Schlechtwetter. Es darf angenommen werden, dass Entlassungen auch die Arbeitslosenversicherung stärker belasten. Der Bundesrat will deshalb die finanzielle Selbstbeteiligung des Arbeitgebers auf einen halben Arbeitstag als Karenzzeit reduzieren. Der Ständerat und die nationalrätliche Kommission haben sich diesem Antrag vollumfänglich angeschlossen.

5. Konzeption der Schlechtwetterentschädigung: Unsere Konzeption der Arbeitslosenversicherung beruht auf dem Grundsatz, dass nur jener Arbeitslosentagelöhler beziehen darf, der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Dieser allgemeine Grundsatz wird durch das Institut der Kurzarbeit und der Schlechtwetterentschädigung durchbrochen, denn bei diesen beiden Möglichkeiten bleibt der arbeitslose Arbeitnehmer weiterhin arbeitsvertraglich gebunden und steht damit dem Arbeitsmarkt nicht oder höchstens in sehr beschränktem Umfang zur Verfügung. Der Gesetzgeber hat deshalb bei Kurzarbeit und Schlechtwetterentschädigung einschränkende Bezugsbedingungen festgesetzt. Beide Institute müssen Ausnahmen bleiben.

Zwischen Kurzarbeit und Schlechtwetterentschädigung bestehen grundsätzliche Unterschiede. Kurzarbeit ist nur zulässig bei nicht voraussehbarem, konjunkturellem Arbeitsmangel. Kurzarbeit ist nicht zulässig bei branchen-, berufs- und betriebsüblichen Beschäftigungsschwankungen. Das normale Betriebsrisiko und die saisonalen Bewegungen hat der Arbeitgeber selbst zu tragen. Sofern diese Voraussetzungen vorliegen, kann Kurzarbeit in jeder Branche angeordnet bzw. von den zuständigen Instanzen bewilligt werden. Die Schlechtwetterentschädigung kann im Gegensatz dazu nur dort ausgerichtet werden, wo zwar Aufträge vorhanden wären, die Arbeit aber des Wetters wegen technisch nicht möglich, wirtschaftlich nicht vertretbar oder dem Arbeitnehmer nicht zumutbar ist. Bei Kundenausfällen infolge ungünstiger Witterung ist keine Schlechtwetterentschädigung möglich. Der Bundesrat hat in der Vollzugsverordnung umschrieben, in welchen Branchen und Arbeitsbereichen Schlechtwetterentschädigungen überhaupt zulässig sind. Er hat dabei den gesetzlichen Rahmen voll ausgeschöpft. Er ist eher weiter gegangen, als sich dies der Gesetzgeber 1982 bei der damaligen gesetzlichen Umschreibung der Schlechtwetterentschädigung vorgestellt hat. Im Gegensatz zur Kurzarbeit war das Institut der Schlechtwetterentschädigung schon früher umstritten. Es fand 1982 nur deshalb Aufnahme ins Gesetz, weil vorher im Baugewerbe Schlechtwetterentschädigungen schon üblich waren und von den Sozialpartnern über ihre Arbeitslosenversicherungskasse finanziert wurden.

Seit einigen Jahren wird das Institut der Schlechtwetterentschädigung in zunehmendem Masse kritisiert. Es wird als Fremdkörper im System empfunden, weil damit auch bei voraussehbaren Arbeitsausfällen Entschädigungen ausgerichtet werden. Andere kritisieren, dass zwar alle gleich hohe Prämien bezahlen müssten, von der Schlechtwetterentschädigung aber nur Arbeitnehmer ausgewählter Erwerbszweige profitieren könnten. Die Touristikbranchen verlangten explizit Aufnahme unter die Branchen, die zum Bezug von Schlechtwetterentschädigungen berechtigt sind, ohne allerdings zu beachten, dass es bei ihnen nicht um witterungsbedingte Arbeitsausfälle geht, sondern um witterungsbedingte Kundenausfälle. Die Vernehmlassung ergab keine tragfähige Mehrheit, weder für die Abschaffung der Schlechtwetterentschädigung noch für die Vorseibständigung, noch für die Ausdehnung des Kreises neuer Bezugsberechtigter. Der Bundesrat sieht deshalb in dieser Revisionsvorlage keine grundsätzliche Veränderung der Schlechtwetterentschädigung vor. Sie bleibt weiterhin beschränkt auf Arbeitsausfälle, die zwingend auf Wettereinflüsse zurückzuführen sind, sie gilt weiterhin nur in den traditionellen bisherigen Schlechtwetterentschädigungsbranchen.

Die Ausdehnung der Schlechtwetterentschädigung auf die Touristikbranchen ist in dieser Vorlage nicht beantragt und vorgesehen. Hingegen soll im Rahmen der Regeln der Kurzarbeit die Möglichkeit geschaffen werden, wetterbedingte Kundenausfälle zu berücksichtigen. Kurzarbeitsentschädigungen können also in diesem Rahmen ausgerichtet werden, und

zwar dann, wenn die Arbeitsausfälle nicht zum normalen Betriebsrisiko des Arbeitgebers gehören, nicht voraussehbar sind, nicht als branchen-, berufs- und betriebsüblich angesehen werden können und auch nicht durch saisonale Beschäftigungsschwankungen verursacht werden.

Der Bundesrat kann zudem für diese wetterbedingten Kurzarbeitsentschädigung längere Karenzfristen vorsehen, und er kann auch bestimmen, dass eine vollständige oder mindestens erhebliche Einstellung des Betriebes vorliegen muss. Der Bundesrat hat zugesichert, von diesen Einschränkungen möglichen Gebrauch zu machen. Ständerat und Mehrheit der nationalrätlichen Kommission haben dieser Konzeption zugestimmt. Eine Minderheit beantragt wetterbedingte Kundenausfälle wie bisher nicht einzubeziehen und es bei der bisherigen Regelung zu belassen.

6. Administrative Vereinfachungen. Die übrigen Revisionspunkte sind in dieser Kommission nur wenig diskutiert worden. Die Kommission stimmt Bundesrat und Ständerat in diesen Punkten zu. Die Kommissionssprecher verzichten in der Detailberatung darauf, diese Änderungen im einzelnen zu erläutern. Sie werden sich auf jene Punkte beschränken, bei denen Differenzen zwischen Kommission und Ständerat bestehen oder Kommissionsbeschlüsse durch Abänderungsanträge in Frage gestellt werden.

Zudem wollen wir bei zwei Punkten noch Erklärungen der Kommission abgeben.

Der Ständerat hat nach Abschluss seiner Beratungen einem Postulat zugestimmt, in dem – in Widerspruch zu seinen Beschlüssen – der Bundesrat aufgefordert wird, Skischulen, Seilbahnen sowie Berg- und Pistenrestaurants in den Regelbereich der Schlechtwetterentschädigung einzubeziehen. Wir können den wetterbedingten Kundenausfall aber nicht gleichzeitig zwei verschiedenen Regeln unterstellen.

Der Nationalrat hat sich zu diesem ständerätlichen Postulat nicht zu äussern. In der nationalrätlichen Kommission ist auch kein entsprechender Postulatsantrag eingebracht worden. Ein solcher wäre, darüber besteht kein Zweifel, als Widerspruch zu der von uns beschlossenen Konzeption auch klar abgelehnt worden.

Die nationalrätliche Kommission hat ohne Gegenstimme bei drei Enthaltungen Eintreten auf die Vorlage beschlossen und in der Schlussabstimmung die Vorlage ebenfalls ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung genehmigt.

Mme Déglise, rapporteur: La loi sur l'assurance-chômage du 25 juin 1982, entrée en vigueur en 1984, a permis d'assurer une meilleure protection sociale contre les conséquences du chômage. De plus, elle est devenue un instrument indispensable à la politique actuelle de l'emploi, principalement du fait qu'elle n'a pas pour unique but de servir des prestations en cas de chômage, mais encore qu'elle encourage les chômeurs à prendre un emploi convenable et qu'elle offre un large éventail de prestations de nature préventive. C'est dire qu'elle donne, dans son ensemble, satisfaction.

La révision qui nous est proposée porte essentiellement sur des domaines qui ne donnaient pas entière satisfaction. D'une part, il s'agit de simplifier l'exécution de la loi dans le domaine des prestations, d'autre part, de diminuer la participation financière de l'employeur pour deux genres de prestations: l'indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail et l'indemnité en cas d'intempérie. Il s'agit surtout d'empêcher que l'employeur ne recoure au licenciement au détriment du travailleur.

Ce projet de révision a passé le cap du Conseil des Etats. Celui-ci, à part quelques modifications mineures, a accepté le projet préparé par le Conseil fédéral. La majorité de notre commission rejoint dans ses décisions celles du Conseil des Etats. La commission a traité de cette révision lors de deux séances. Au cours de la discussion sur l'entrée en matière, elle a entendu M. Delamuraz, conseiller fédéral, exposer les raisons de cette révision et commenter les principales modifications. L'accent a été mis sur le point fort de cette révision: l'indemnité en cas d'intempéries. En fait, pour trouver une solution à ce problème, il s'agissait de répondre au préalable à deux questions bien précises: premièrement, quelles pertes de travail

dues aux conditions météorologiques doivent être prises en charge par l'assurance selon le principe de la solidarité? Deuxièmement, quelles pertes doivent être exclues parce qu'elles font partie du risque que l'employeur doit assumer lui-même? Le Conseil fédéral propose comme solution un système selon lequel l'octroi de l'indemnité en cas d'intempéries reste limitée aux cas de perte de travail causée directement par des conditions météorologiques inévitables, cas réservés actuellement aux branches du bâtiment et de l'économie forestière, tandis que la perte de clientèle due au manque de neige, par exemple, ne donne pas droit à l'indemnité. En revanche, pour répondre aux interventions parlementaires allant dans ce sens, le Conseil fédéral propose, dans ce projet de révision, de prendre en considération des pertes de travail dues indirectement aux intempéries dans le cadre de l'indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail. C'est d'ailleurs cette solution qu'il avait choisie au printemps de cette année, lorsqu'il s'est agi de prendre des mesures urgentes pour indemniser certaines pertes de travail dues aux intempéries, et ceci après trois hivers consécutifs très peu enneigés.

Les membres de la commission ont accueilli favorablement ce projet, relevant en particulier le soulagement des populations de montagne, plus particulièrement touchées par cette révision. Les milieux du tourisme, quoique souhaitant une solution par le biais de l'indemnité en cas d'intempéries, estiment que le Conseil fédéral fait tout de même un pas dans la bonne direction. Les offices cantonaux et communaux de chômage apprécieront les simplifications d'ordre administratif. Si ce projet diminue la charge des employeurs, notamment dans le cadre de l'indemnité en cas d'intempéries et de celle en cas de réduction de l'horaire de travail, il va également à la rencontre des travailleurs lorsqu'il admet un taux uniforme d'indemnités journalières à 80 pour cent et qu'il abaisse à 45 ans la limite d'âge à partir de laquelle la dégressivité n'est plus appliquée. Enfin, l'entrée en matière a été acceptée à l'unanimité, moins trois abstentions.

A la lecture des articles, des divergences ont été mises à jour donnant lieu à des propositions de minorité. Il s'agit de la suppression de la dégressivité, à l'article 22, de l'augmentation du nombre des indemnités allouées, à l'article 27. Nous avons examiné également, lors de la discussion de l'article 27, l'initiative du canton de Neuchâtel ayant trait à ce sujet. Puis nous avons eu une discussion très nourrie au sujet de l'indemnité en cas de perte de travail due indirectement aux conditions météorologiques à l'article 32.

Je vous livrerai les résultats des discussions de la commission sur ces objets précis, lors de la présentation des propositions de minorité. Au vote final, la commission a accepté le projet de modification par 10 voix contre zéro et une abstention.

Reimann Fritz: Die sozialdemokratische Fraktion stimmt der Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zu, auch wenn die Revision in gewissen Bereichen zu wenig weit geht und anstehende Arbeitnehmerpostulate unerfüllt bleiben. Aber wir begrüssen es, dass die Revision jetzt, während einer guten Beschäftigungssituation, an die Hand genommen wird. Das darf aber nicht heissen, dass wir uns bei der Ausgestaltung des Gesetzes von den momentanen Verhältnissen, mit ausgetrocknetem Arbeitsmarkt, leiten lassen. Im Gegenteil: Das Gesetz soll sowohl heute wie auch in Zeiten einer wirtschaftlichen Rezession zum Tragen kommen. Nach unserer Auffassung ist die Revision längst fällig. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat schon 1984 vom Bundesrat eine Gesetzesrevision verlangt, weil es sich herausstellte, dass sich die von Anfang an am Gesetz kritisierten, übertriebenen Missbrauchsbestimmungen zu hart auswirkten und vor allem unschuldige Opfer von Betriebschliessungen und betrieblichen Restrukturierungen trafen.

Wir unterstützen vor allem die Bestrebungen für eine Vereinfachung des Vollzuges und der Beseitigung von unnötigen Schikanen. Dazu gehört die Berechnung des versicherten Verdienstes nach dem Durchschnittsverdienst und nicht wie bisher nach den vom Arbeitslosen einbezahlten Beiträgen. Eine mit unnötigen Umtrieben verbundene Schikane entfällt mit dem

Verzicht auf die Verpflichtung des Arbeitslosen, bei Kurzarbeit nach einer anderen Beschäftigung Umschau halten zu müssen. Diese gesetzliche Vorschrift war nicht nur eine geradezu demütigende Zumutung an den Versicherten, auch die Betriebe und Personabüros, welche oft Dutzende von Bestätigungen für Arbeit anbietende Arbeitslose ausstellen mussten, empfanden diese zur Förderung der Arbeitsvermittlung gedachte gesetzliche Bestimmung nur mehr als eine zeitaufwendige Belästigung. Eine Vereinfachung des Vollzuges ist auch erreicht mit der Gleichsetzung des Taggeldansatzes für Verheiratete und Ledige auf 80 Prozent. Darüber hinaus wird damit dem Gleichheitsartikel Rechnung getragen, indem z. B. die Diskriminierung alleinstehender erwerbstätiger Frauen und Mütter aufgehoben wird.

In Artikel 22 schlägt der Bundesrat zwar vor, die Altersgrenze der Versicherten für die Kürzung der Leistungen innerhalb der Rahmenfrist vom 55. auf das 45. Altersjahr herabzusetzen. Wir glauben jedoch, dass diese Kürzung an sich eine ungerechte Schmälerung der Leistungen an unschuldige Opfer von Entlassungen darstellt. Wer längere Zeit arbeitslos ist, erleidet ohnehin eine empfindliche Einkommenseinbusse. Die Einbusse ist um so grösser, je länger die Erwerbslosigkeit dauert. Man sollte deshalb die Opfer von Entlassungen und Betriebschliessungen nicht zusätzlich durch Leistungskürzungen strafen. Ich bitte Sie deshalb, dem Minderheitsantrag auf Streichung der Absätze 3 bis 5 von Artikel 22 zuzustimmen und damit auf die Leistungskürzung zu verzichten.

Mit der Oeffnung von Artikel 32 hat der Bundesrat dem Drängen der Fremdenverkehrsbranche nachgegeben. Ob allem Verständnis für die Probleme in den Wintersportorten, welche in den vergangenen Jahren vermehrt durch den Schneemangel eingetreten sind, ergeben sich für die Leistungsabgrenzung doch erhebliche Schwierigkeiten. Der Ständerat hat zwar mit seinem Antrag auf Beschränkung der Leistungen auf Härtefälle eine Schranke gesetzt. Ein gewisses Unbehagen bleibt jedoch bestehen, vor allem weil befürchtet wird, es könnte sich hier ein Fass ohne Boden auf tun.

Ich bitte deshalb den Bundesrat, seine Vorstellungen und Absichten über das Ausmass der Leistungen bekanntzugeben und gegenüber dem Rat zu erläutern. Vor allem wäre es interessant, vom Bundesrat zu erfahren, wie sich die vorgeschlagene Regelung in den vergangenen drei Jahren ausgewirkt hätte.

Unsere Fraktion hat zu Artikel 32 keinen konkreten Beschluss gefasst. Die einzelnen Fraktionsmitglieder werden sich frei entscheiden können. Die Zustimmung zum bundesrätlichen Vorschlag wird weitgehend davon abhängen, wieweit der Rat bereit ist, den Minderheitsanträgen zu den Artikeln 22 und 27 zuzustimmen. Sollten diese Arbeitnehmerbegehren abgeblockt werden, würde auch das Verständnis für die Arbeitgeberwünsche aus dem Touristikbereich fehlen.

Ob aller Anerkennung für die vom Bundesrat vorgeschlagenen Verbesserungen und Erleichterungen kann ich meine Enttäuschung darüber nicht verbergen, dass der grösste Teil der Postulate, welche von Arbeitnehmerorganisationen gestellt wurden, nicht zum Zuge kam. Ich denke da an eine bessere Berücksichtigung der Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter.

Auch haben wir für Personen, welche wegen der Erfüllung von Erziehungs- und Betreuungsaufgaben ihre Erwerbstätigkeit vorübergehend eingestellt haben, die Befreiung von der Erfüllung der Beitragszeit verlangt. Auch diesem Begehren wird mit dieser Revision nicht Rechnung getragen, im Gegenteil. Die Degression der Beitragsskala, welche auch andere Arbeitnehmerkategorien trifft, wird voll aufrechterhalten.

Wir haben in der Kommission versucht, mit unserem Antrag zu Artikel 27 auf Verlängerung der Bezugsdauer die Wirkung der Degression etwas zu mildern. Der Antrag wurde mit 10 gegen 9 Stimmen knapp abgelehnt. Wir haben ihn deshalb als Minderheitsantrag aufrechterhalten. Ich werde in der Detailberatung näher darauf eintreten.

Unberücksichtigt blieb auch das Postulat auf Streichung der Wartezeit für die Taggeldzahlung bei Krankheit und die Forderung nach einer Reduktion der Einstellfrist der Leistungen bei Selbstverschulden. Die von uns vorgeschlagenen 22 Tage würden einem Monat Leistungsunterbruch entsprechen. Die

geltenden 40 Tage bedeuten nicht nur eine empfindliche Härte und führen oft zu Fürsorgefällen; es handelt sich auch um eine absolut willkürliche Zahl.

Völlig ungenügend sind die Präventivmassnahmen. Sie beschränken sich auf bereits Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit unmittelbar bedrohte Arbeitnehmer. Von Prävention kann man in solchen Fällen kaum mehr sprechen.

Ich möchte die positiven Aspekte der Revision nicht übersehen. Die neue Regelung über Kurzarbeit und Schlechtwetterentschädigung entlastet zwar in erster Linie den Arbeitgeber. Sie bringt aber auch für den Arbeitnehmer mehr Schutz vor drohenden Kündigungen. Zusammen mit den übrigen Gesetzesänderungen bringt die Revision Verbesserungen, die zu unterstützen sind.

Die sozialdemokratische Fraktion stimmt deshalb der Revision zu und bittet Sie, die Minderheitsanträge zu den Artikeln 22 und 27 zu unterstützen.

Frau Stocker: Die grüne Fraktion ist für Eintreten. Sie begrüsst die tatsächlichen Verbesserungen in dieser Revision, aber die Begeisterung hält sich in Grenzen. Der Bundesrat schreibt in seiner Botschaft, es sei eine verfahrensmässige Revision und keine inhaltliche. Nun sind wir uns aber, gerade auch durch die Asylgesetzgebung gewitzigt, sehr wohl bewusst, dass das Verfahren sehr oft den Geist und Inhalt des Gesetzes prägt. Deshalb drei Bemerkungen zum voraus.

1. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz konnte es nicht verhindern, und dieser Revisionsentwurf verhindert es auch nicht, dass Menschen arbeitslos werden und bleiben. Menschen werden aus dem Arbeitsprozess ausgegliedert und der Begriff der «Sockelarbeitslosigkeit» – man bedenke doch einmal, was das für ein schreckliches Wort ist – wird zum Alltagsgebrauch. Diese ausgegliederten Menschen können wir auch nicht auffangen mit dem – wie der Herr Kommissionspräsident es nannte – «leisen Druck» auf die Motivation, sich wieder zu integrieren. Denn wo ist die Motivation unserer technologisch hoch entwickelten Arbeitswelt, gerade diese Menschen je wieder zu integrieren?

2. Wie alle unsere Sozialversicherungen orientiert sich auch diese optimal am Mann, der von 20 bis 65 ohne gebrochene Karriere arbeitet. Und dieser Mann ist nicht mehr die Mehrheit im Land. Die Anliegen der Frauen und die Anliegen der Mobilität der Männer – diese wird von der Wirtschaft auch immer wieder gefordert – werden nicht ins Gesetz aufgenommen. Das Gesetz ist sehr konservativ.

Dieser Punkt wird vor allem bei der Taggeldfrage aktuell, quasi: wer am längsten auf seinem Stuhl sitzen geblieben ist, der ist am längsten sozial versichert. Und alle andern haben eben Pech gehabt.

3. Für uns ökologisch politisierende Menschen ist es unerträglich, dass das schöne Wetter jetzt plötzlich zum schlechten Wetter wird: Wollen wir eine Sozialversicherung als Versicherung ernstnehmen, müssen wir uns sehr wohl überlegen, welche Risiken damit aufgefangen werden sollen und welche nicht.

Wenn der Bundesrat, wie in der Botschaft geschrieben steht, nicht Strukturelemente in dieser Revision bearbeitet haben will, sondern Verfahrenselemente, dann gehört eine solche Schönwetterentschädigung nicht hinein, denn damit werden klar Strukturelemente in die Diskussion gebracht.

Es dünkt uns mindestens sehr, sehr fragwürdig, wenn nun ökologische Sünden, die wir auf dem Buckel der freien Marktwirtschaft zu begehen jederzeit bereit sind, im Arbeitslosenversicherungsgesetz – der Name beinhaltet eigentlich eine andere Botschaft – absichern wollen, während wir dann bei der Taggeldfrage oder bei der Frage der Degression sehr, sehr hart argumentieren.

Die grüne Fraktion anerkennt die Verbesserungen in dieser Revision, wird sich aber in der Schlussabstimmung den Entscheid dabei vorbehalten und abhängig machen vom Entscheid bei der Degressionsfrage, vom Entscheid bei der Taggeldbezugsdauer und vom Entscheid bei der Schönwetterentschädigung.

Müller-Aargau: Die LdU/EVP-Fraktion ist für Eintreten und wird der Revision weitgehend zustimmen.

Unter den schweizerischen Sozialwerken ist die AHV/IV das Werk der vorangegangenen Politgeneration. Wir aber zeichnen verantwortlich für die Bundeslösung im Bereiche der Arbeitslosenversicherung. Wir dürfen auf dieses Werk im grossen und ganzen stolz sein, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die politische Arbeit ist in einem Moment geschehen, in dem wir unter grossem zeitlichem Druck standen, hat uns doch der Konjunkturbruch damals zu schaffen gemacht.

2. Dieses Hilfswerk musste damals realisiert werden, ohne dass bestehende Auffangnetze und deren Träger zerstört wurden. Dies ist gelungen.

3. Es stellt sich nach sechs Jahren Praxis heraus, dass sich die damals konzipierte Ordnung und Organisation weitgehend bewährt haben und Korrekturen und Vereinfachungen am Vollzug sich als sinnvolle notwendige Änderungen erweisen. Als Mitschuldiger an diesem Sozialwerk weise ich daher Bemerkungen ab, die in die Richtung gehen: «Meister, die Arbeit ist fertig, sollen wir sie gleich flicken?» Genau dies ist nämlich die saubere Arbeitsweise, die von einer gesetzgebenden Behörde erwartet wird: In aller Sorgfalt ein Gesetzeswerk schaffen und nach einigen Jahren das Ganze überprüfen und, wo nötig, das Verfahren modifizieren, aber auch – da stellen wir uns in Gegensatz zum Bundesrat – dabei Unebenheiten, die dem damaligen Zeitgeist oder dem Mangel an Mitteln entspringen sind, ausbügeln.

Glücklicherweise arbeiten wir heute nicht unter dem gleichen Druck wie damals. Der Nationalrat ist keine Feuerwehr, sondern eine Brandverhütungsorganisation, und wir haben in aller Ruhe und in einem Moment, wie wir ihn jetzt in bezug auf die Arbeitsmarktsituation haben, eine grössere Revision durchzuführen.

Zehn verschiedene parlamentarische Vorstösse liegen vor, die in die heutige Revision einbezogen worden sind. Dies ist gut so. Aber sind damit wirklich alle anstehenden Probleme behandelt worden?

Mit der flotten Aussage, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Revision einvernehmlich und ausgewogen abgesprochen und vorbereitet hätten, wird jeweils im voraus jede Kritik abgeblockt. Skepsis wird zur Nörgelei, Varianten zum Vorgeschlagenen heissen Kleinkrämereien, und neue Ideen sind Extremforderungen. So ist es immer beim helvetischen Kompromiss: Das Machbare liegt jeweils auf dem Tisch des Hauses; – c'est à prendre ou à laisser. Wer darüber hinausdenkt, wird zum Radikalen und zum Extremisten. Gut, ordnen Sie mich dort ein.

Gewichtige Arbeitnehmerforderungen sind in der Revision mehr angetippt als behandelt worden. Beachtlichen Entlastungen bei der Arbeitgeberseite stehen lediglich indirekte Wirkungen auf Arbeitnehmerseite gegenüber. Es ist eben nicht alles ausgewogen, was derart betitelt wird.

Ich kann meine Zweifel darüber nicht ganz unterdrücken, ob diese Revision derart rasch zustande gekommen wäre, wenn es im letzten Winter mehr geschneit hätte. Die Hilfsmassnahmen des Bundesrates an die Wintersportzentren haben wohl mehr zur flotten Erledigung der Revision beigetragen als die Zahl von ausgesteuerten Arbeitslosen oder das Problem der vorher schon angesprochenen Sockelarbeitslosigkeit. Wenn dem so wäre, so möchte ich dies nicht nur bedauern, es wäre sogar beschämend.

Wir haben 1982/83 unter den gegebenen Umständen vor allem in zwei Bereichen unzulänglich konzipiert: einmal im Bereich der Degression der Taggelder, dann aber bezüglich der Dauer der Anspruchsberechtigung. Diese Unzulänglichkeiten können aus der Situation von 1982 erklärt werden. Sie heute fast unverändert zu belassen, müsste schon fast als Schande bezeichnet werden.

Die Arbeitslosigkeit war damals für viele von uns etwas Neues, nur aus der Geschichte oder aus dem Ausland bekannt. Zum Geist der Zeit gehörte daher das Misstrauen den Arbeitslosen gegenüber. Und die degressive Gestaltung des Taggeldes ist Ausdruck dieses Misstrauens. Heute wissen wir, dass die wenigen Ausnahmen, die sich nicht um Arbeit bemühen und die Situation ausnützen wollen, sich im Rahmen derer bewegen,

die bei andern Hilfswerken auch Missbrauch betreiben. Und für solche Ausnahmefälle kann man keine generelle Misstrauensregelung im Gesetz treffen.

Das würde uns in jedem andern Versicherungswerk beschämen. Missbrauch ist bei Feststellung anzuzeigen und zu bestrafen und damit basta! Das ist auch die Meinung der Fraktion. Die Schwächsten in diesem Sektor, nämlich die schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen, zu bestrafen, ist eines sozialen Staates unwürdig.

Ähnliches wäre zu bemerken bezüglich Höchstdauer der Ausrichtung des Lohnersatzes. Damals, 1982, standen wir unter dem Eindruck von leeren Kassen und Scharen von Arbeitslosen. Heute dürfen wir glücklicherweise unter besseren Vorzeichen Politik machen. Vertreiben wir daher den Ungeist von 1982, und erweitern wir die Ausrichtung auf 300 Tage! Bei der heutigen Tendenz zu einer Sockelarbeitslosigkeit bleiben uns leider immer noch genug Menschen, die dann der öffentlichen Fürsorge zufallen. Verlängern wir die Zeit der Hoffnung und damit auch die Zeit der konkreten Hilfe, die ebenfalls im Gesetz verankert ist, wie Eingliederungsmassnahmen und ähnliches! Bei der Ausrichtung einer Entschädigung bei wetterbedingten Kundenausfällen ist die Fraktion in ihrer Ansicht geteilt. Die Mehrheit würde der Version des Ständerates zustimmen, aber auch dies nur mit gemischten Gefühlen. Wird das Solidaritätswerk der Arbeitslosenkasse nicht etwas arg strapaziert, wenn Betriebe, die für diese speziellen Zwecke keine Leistungen erbracht haben, mit Mitteln, die nur Arbeitnehmern zukommen sollten, indirekt subventioniert werden? Könnte dies nicht zum Usus werden in anderen Bereichen? Wird damit nicht Strukturpolitik betrieben?

Der Wintersportbetrieb hat sich doch in den letzten Jahren immer mehr ins Voralpengebiet, ja bis ins Hügelland ausgebreitet. Sicher in der Hoffnung, dass gelegentliche Schneemangelzeiten verkraftet werden können. Das ist reine Spekulation. Sollen wir mit der Arbeitslosenkasse dazu beitragen, dass auch solche Spekulationen nur Erträge, aber keine Defizite erbringen? Andererseits anerkennen wir, dass es im Berggebiet wirkliche Abhängigkeiten von solchen Wetterlaunen gibt, wissen wir um die Wichtigkeit des Tourismus in bestimmten Regionen. Hoffen wir, dass der Bundesrat die richtigen Limiten findet. Es geht nicht nur um die 20 Prozent als Minimum bei Einkommensausfällen, es geht auch um geographische Eingrenzungen, und darüber wissen wir bis heute kaum Bescheid. Wir erwarten Zusicherungen, Präzisierungen von Seiten des Bundesrates.

Damit komme ich zu einem ganz speziellen Anliegen: zu den Teilinvaliden in geschützten Werkstätten. Sie zahlen von ihrem bescheidenen Lohn den Beitrag an die Arbeitslosenkasse. Fehlt den geschützten Werkstätten die Arbeit, so werden die schwächsten Mitarbeiter entlassen. In Zeiten konjunktureller Einbrüche finden diese keine Arbeit mehr. Verfahrenstechnisch ist die Sache einfach; sie sind ja Invalide und daher Fälle für die Invalidenversicherung. Wozu aber haben sie Arbeitslosenversicherung bezahlt?

Wenn es für das psychische Wohlbefinden von Menschen in der aktiven Phase ihres Lebens wichtig ist, dass sie sinnvolle Arbeit leisten, so gilt das nicht minder für teilinvalide Menschen. Der Arbeitsplatz sollte ihnen sicher sein. Konsequenterweise müssen daher die geschützten Werkstätten als Betriebe versichert werden, dann könnte die individuelle Arbeitslosenversicherung entfallen. Oder aber die geschützten Werkstätten sind gesichert durch die Invalidenversicherung, dann sehen wir nicht ein, weshalb der individuelle Lohnabzug für die Arbeitslosenversicherung erfolgt.

Wir möchten seitens der Fraktion diese Frage an den Bundesrat richten. Es darf nicht sein, dass im Grenzbereich zweier sozialer Netze Menschen benachteiligt werden oder gar durchfallen. Wir meinen, mit einer Zusicherung des Bundesrates könne verhindert werden, dass wir in diesem Bereich vorstössig werden müssen. Sonst müssten wir dies tun.

In diesem Sinne sind wir der Meinung, dass auf die Revision eingetreten werden muss und ihr zugestimmt werden kann.

M. Philipona: Le groupe radical estime que la simplification de la procédure concernant l'application de la loi est bienve-

nue. En effet, la situation de nombreuses entreprises atteint la limite du tolérable sous l'emprise des réglementations actuelles. La nouvelle loi doit permettre d'alléger le travail administratif tout en maintenant les contrôles nécessaires pour éviter les abus. Les modifications qui concernent la dégressivité des prestations sont équilibrées. Elles ont pour but de rappeler en cas de nécessité que l'assurance-chômage ne durera pas très longtemps et qu'il est nécessaire que l'intéressé redouble de vigueur dans la recherche d'un emploi. Cette dégressivité ne doit pas être prise comme une punition mais bien comme un avertissement. Nous approuvons le fait qu'elle ne s'appliquera ni aux chômeurs de plus de 45 ans ni aux petits revenus. L'expérience a démontré qu'une perspective de réduction même faible est un élément de nature à motiver davantage ceux qui doivent retrouver un emploi.

Le groupe insiste sur l'importance de bien délimiter les conditions de l'octroi d'une indemnisation en cas d'intempéries. Il n'est pas question en effet d'élargir démesurément le cercle des bénéficiaires. Une grande rigueur doit être de règle dans ce domaine. La majorité du groupe préfère s'en tenir au texte actuel de la loi, alors qu'une forte minorité soutiendra la solution du Conseil des Etats et de la majorité de la commission. Dans les deux cas, le Conseil fédéral devra agir avec rigueur et les directives devront être très claires pour éviter les abus et avoir une application correcte sur tout le territoire du pays.

Au vu de ces considérations, le groupe radical-démocratique votera l'entrée en matière.

Widrig: Die christlichdemokratische Fraktion beantragt Ihnen Eintreten auf die Vorlage. Es ist gut, wenn man immer wieder das eigentliche Ziel dieser Revision in Erinnerung ruft, und da gibt es drei Schwerpunkte:

1. Die Vereinfachung des Gesetzesvollzugs im Leistungsreich. Die kantonalen und kommunalen Arbeitsämter, die mit dem allgemein praktizierten Vollzugsföderalismus ohnehin mit anderen zusätzlichen Aufgaben eingedeckt sind, sind dafür sicher dankbar.

2. Die Reduktion der finanziellen Selbstbeteiligung der Arbeitgeber bei den Leistungsarten Kurzarbeit und Schlechtwetterentschädigung, woraus der bessere Schutz des Arbeitnehmers vor Entlassungen als Ziel resultiert.

3. Die Entschädigung bei indirekt wetterbedingten Arbeitsunterbrüchen, also Kundenausfällen in Härtefällen.

Wer sich diese Zielsetzungen vor Augen hält, kommt gesamthaft auf die Fassung des Ständerates, die sich weitgehend mit der bundesrätlichen Botschaft deckt, die insgesamt ausgewogen ist und der wir als Ganzes zustimmen.

Es gibt aber noch zwei andere Gründe, weshalb wir uns mehrheitlich auf dieser ständerätlichen Linie bewegen.

Zum einen wurde diese Vorlage von paritätischen Kommissionen ausgearbeitet, und es ist richtig, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer diese arbeitsrechtlichen Fragen zuerst angehen, um miteinander einen Konsens zu finden. Stärkung der Sozialpartner (in jedem Parteiprogramm zu finden) heisst letztlich Uebernahme dieses Konsenses auch bei der Gesetzgebung. Die Zugeständnisse beider Sozialpartner sind ja immer mit der Erwartung verbunden, dass das Parlament am Gesamtkurs festhält, nicht einseitig zurückbuchstabiert oder mit weitergehenden Vorschlägen überdreht und die ausgehandelte Lösung wieder aus dem Gleichgewicht bringt.

Zum zweiten erfüllt diese Vorlage nicht nur diese Arbeitgeberwünsche, die ich erwähnte. Beispiel Artikel 22: Das volle Taggeld wird erhöht von 70 auf 80 Prozent, und bei der Degression wird das Alter von 55 auf 45 Jahre gesenkt. Anliegen, die natürlich auf Arbeitnehmerseite liegen.

Wir diskutieren heute die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, in einer Zeit, wo sich in den meisten Unternehmen nicht die Frage stellt, wie und wo morgen die Mitarbeiter beschäftigt werden sollen, sondern wie überhaupt Mitarbeiter zu finden sind, um die anfallenden Arbeiten fach- und termingerecht zu bewältigen. Um so mehr darf man feststellen, dass sich dieses Gesetz, das in einer Zeit grösserer Arbeitslosigkeit als heute geschaffen wurde, insgesamt bewährt hat und dass es nicht notwendig, ja, dass es falsch wäre, das Ganze aus den Angeln zu heben.

Wie gesagt, der Gesetzesvollzug ist etwas umständlich angelegt, weshalb ich begrüße, dass nur ein Minimum auf Gesetzesstufe geregelt wird, denn dadurch ist dem Bundesrat die Möglichkeit gegeben, auf der Verordnungsstufe die jeweilige Arbeitsmarktlage vorzusehen, miteinzubeziehen; hier können ja die Kulissen jeweils sehr rasch wechseln.

Die CVP-Fraktion unterstützt die vorliegende Revision. Sie ist der Auffassung, dass der Kerngehalt der 1984 eingeführten Neuordnung nicht in Frage gestellt werden sollte, da sich dieses Gesetz als wirkungsvolles Instrument moderner Arbeitsmarktpolitik vollauf bewährt hat. Bei Artikel 22 und 27 haben wir Mehrheiten und Minderheiten, insbesondere beim Artikel 22, einem CVP-Anliegen, zu dem sich Kollege Rolf Seiler noch melden wird. Insgesamt aber befürworten wir die ausgewogene Fassung des Ständerates. Sie stellt einen Konsens dar, der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschaft und damit letztlich unserem Land grosse Fortschritte im Bereich der sozialen Sicherheit gebracht hat und weiter bringen wird.

Ich beantrage Ihnen namens der CVP-Fraktion, auf die Vorlage einzutreten.

Seiler Hanspeter: Auf den ersten Blick scheint es etwas paradox zu sein, in einer Zeit des ausgetrockneten Arbeitsmarktes und minimster Arbeitslosenquoten diese Gesetzgebung revidieren zu müssen. Die Arbeitslosenversicherung ist ja eine der bestrentierenden Sozialversicherungen; 1988 wurden lediglich 60 Prozent der Erträge ausbezahlt. Das soll uns aber nicht dazu verleiten, unsere Ansprüche an die Versicherungsleistungen erheblich zu steigern. Richtigerweise wurde der Prämienatz auf den 1. Januar dieses Jahres gesenkt.

Wenn trotzdem eine Revision vorgeschlagen wird, so mag das auch ein Beweis dafür sein, dass Arbeitslosigkeit nicht einfach in einen Kübel geworfen werden kann, sondern dass sie eben branchenbezogen zu betrachten ist. Vollbeschäftigung in einen Wirtschaftsbereich ist ja keine Garantie, dass dies in allen andern Wirtschaftsbereichen auch zutrifft. Die Revision nimmt denn auch ein Anliegen einer Branche auf, die bis jetzt zwar prämienspflichtig, nicht aber bezugsberechtigt war. Die Gründe, die zu Arbeitslosigkeit führen können, sind je nach Wirtschaftsgruppe auch grundsätzlich und von der Sache her verschiedenartig, die Auswirkungen für die Betroffenen aber allesamt genau gleich.

Auch in den Bereichen der Touristikbranche – sie ist heute in den verschiedenen Voten ja bereits zum Zuge gekommen – können Arbeitslosigkeit und Verdienstaustausch entstehen, die direkt oder indirekt auf die Witterungsverhältnisse zurückzuführen sind. Auf aperen Halden in 1500 Metern Höhe kann eben kein Skilift fahren und können keine Skischullektionen erteilt werden. Freude daran hätten einzig die Skifabrikanten und etwa noch die Spitäler.

Der Bundesrat – und der Ständerat ist den bundesrätlichen Vorschlägen gefolgt – will dieses Problem als Härtefall im Rahmen der Kurzarbeitsentschädigung lösen. Eine solche Massnahme kann nun aber wirklich nicht als strukturerhaltender Eingriff zugunsten touristischer Unternehmungen bezeichnet werden. Es geht vielmehr darum, eine sozialpolitische Absicherung der Arbeitnehmer im Berggebiet, wie sie für Arbeitnehmer anderer Wirtschaftsgruppen und in anderen Landesgegenden längst selbstverständlich ist, zu regeln. Was für den einen recht ist, muss also für den anderen billig sein. Eventuelle beträchtliche und mögliche Einkommenseinbussen der auf den Fremdenverkehr angewiesenen Bevölkerung können damit – wie in den Agglomerationen mit industriellen Unternehmungen – gelindert werden, und das Vertrauen in die soziale Absicherung von Arbeitsplätzen im Berggebiet ist ein nicht unwichtiger Beitrag dazu, der Entleerungstendenz entgegenzuwirken. Damit handelt es sich also im weitesten Sinne um eine flankierende regionalpolitische Massnahme. Ueber den Stellenwert von Regionalpolitik haben wir ja heute mehrfach gesprochen.

Die Revision erscheint als Ganzes ausgewogen und ermöglicht auch Anpassungen an neue Gegebenheiten. Ich denke an den Verzicht auf den Unterschied zwischen ledigen und verheirateten Arbeitnehmern, ich denke auch an die Vereinfachung der Administration. Die Vorlage bringt unseres Erach-

tens auch akzeptable Lösungen für Entschädigungsansprüche von Zweigen der Tourismusbranche, und sie gibt dem Bundesrat die notwendige Flexibilität, damit er auf dem Verordnungsweg im Sinne der beschlossenen Grundsätze handeln können.

Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und schliesst sich den Mehrheitsbeschlüssen der Kommission an, die sie als massvoll und vertretbar empfindet, und bittet Sie, dasselbe zu tun.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Le debat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 13.00 Uhr
La seance est levee a 13 h 00*

Zahl der Kinder und den Abstand der Geburten zu entscheiden, ist, namentlich in der Dritten Welt, für die meisten Menschen bei weitem nicht verwirklicht. Es besteht bei den Frauen in Drittweiländern eine grosse ungedeckte Nachfrage nach Familienplanung. Die erschreckend hohe Säuglings- und Müttersterblichkeit in diesen Ländern könnte durch eine bessere Versorgung in diesem Bereich entscheidend gesenkt werden.

Auf der anderen Seite macht das starke Bevölkerungswachstum in vielen Ländern der Dritten Welt die Anstrengungen für die Verbesserung der Lebensverhältnisse wieder zunichte und trägt wesentlich zum Raubbau an der Natur und zur Zerstörung der Umwelt bei. Das Bevölkerungswachstum ist auch eine der Ursachen der weltweiten Migrationen.«

2. Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates hat die Petition am 29. Mai 1990 behandelt und hält dazu folgendes fest:

Anlässlich ihrer Sitzung vom November 1989 hat die Ecopop eine Resolution zur Familienplanung in der Dritten Welt verabschiedet. Im Dezember 1989 richtete sie an die Bundesversammlung und an den Bundesrat eine Petition, welche die Nichtkürzung der Kredite für die Entwicklungshilfe sowie die oben erwähnte Resolution betraf. Der Entscheid des Bundesrates, diese Kredite für die Entwicklungshilfe nicht zu kürzen, ist nach der Sitzung der Ecopop bestätigt worden. Er ist Gegenstand der Botschaft vom 21. Februar 1990 (90.018) über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern. In der Botschaft wird ein neuer Rahmenkredit von 3300 Millionen Franken verlangt. Zudem ist auf Grund von Artikel 5 des Bundesgesetzes vom 19. März 1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (SR 974.0) die Herstellung und Wahrung des demografischen Gleichgewichts eine der Prioritäten der Entwicklungszusammenarbeit. Die DEH hat deswegen die Aktivitäten der privaten Organisationen im Bereich der Familienplanung stets unterstützt und wird das weiterhin tun. Im übrigen darf die Familienplanung nicht aus dem sozio-kulturellen Kontext herausgelöst werden. Zum Erfolg kann sie nur führen, wenn bereits auf der Schul- und Ausbildungsebene die Probleme begriffen und bessere Lebensbedingungen geschaffen werden. Das ist eine der Zielsetzungen, die unser Land mit der Hilfe an die Drittweiländer verfolgt.

Aus oben Gesagtem geht hervor, dass den Anliegen der Petition, Familienplanung in der Dritten Welt und Nichtkürzung der Kredite für Entwicklungshilfe, sowohl in der Praxis der DEH als auch in der Botschaft des Bundesrates bereits Rechnung getragen wird.

M. **Bundi** présente au nom de la Commission des affaires étrangères le rapport écrit suivant:

1. L'ECOPOP (Association Ecologique et Population) a déposé en décembre 1989 une pétition demandant au Parlement d'augmenter les crédits pour l'aide au développement. Les auteurs de la pétition demandent en outre qu'une part plus grande que jusqu'à présent de ces crédits soit utilisée pour encourager le planning familial volontaire et pour soutenir les organisations qui travaillent dans ce secteur.

Les auteurs justifient comme il suit leur pétition:

«Le droit fondamental pour la femme de décider librement et en toute responsabilité du nombre de ses enfants et de l'espacement des naissances est loin d'être réalisé à travers le monde, notamment dans le tiers monde. Pour les femmes des pays en développement, il reste un énorme travail d'information à faire. La mortalité frappant les nouveau-nés et les mères, effroyable dans ces pays, pourrait être abaissée fortement si l'on avait les moyens de développer le travail dans ce domaine.

2. La Commission des affaires étrangères du Conseil national a traité cette demande le 29 mai 1990 et s'est prononcée comme suit:

Lors de son assemblée en novembre 1989, l'ECOPOP a adopté une résolution relative au planning familial dans le tiers monde. En décembre 1989, elle a adressé à l'Assemblée fédé-

rale et au Conseil fédéral une pétition concernant la non-réduction de crédits destinés à l'aide au développement et la résolution susmentionnée. La décision du Conseil fédéral de ne pas réduire lesdits crédits a été confirmée après cette assemblée de l'ECOPOP et fait l'objet du message du 21 février 1990 concernant la continuation de la coopération technique et de l'aide financière en faveur des pays en développement (90.018). Le présent message demande en effet un nouveau crédit de programme de 3300 millions de francs.

En outre, la recherche d'un équilibre démographique est une des priorités de la coopération au développement inscrites à l'article 5 de la loi fédérale du 19 mars 1976 sur la coopération au développement et l'aide humanitaire internationales (RS 974.0).

La DDA a poursuivi et poursuivra encore ses efforts pour soutenir l'activité d'organisations non gouvernementales dans le domaine de la planification familiale. Celle-ci, du reste, ne doit pas être isolée de son contexte socio-culturel. Son succès dépend non seulement d'une prise de conscience au niveau de la formation scolaire et professionnelle, mais encore de meilleures conditions d'existence. Tels sont les objectifs, parmi d'autres, de l'aide fournie par notre pays en faveur des pays du tiers monde.

Au vu de ce qui précède, les demandes relatives au planning familial dans le tiers monde et à la non-réduction des crédits destinés à l'aide au développement – qui font l'objet de cette pétition – sont déjà prises en compte dans la pratique du DFAE et dans le message du Conseil fédéral.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt, die Petition zur Kenntnis zu nehmen und ihre Forderungen als erfüllt zu betrachten.

Proposition de la commission

La commission propose de prendre connaissance de la pétition et de considérer ses exigences remplies.

Angenommen – Adopté

89.062

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Revision

Loi sur l'assurance-chômage. Révision

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1407 hiervoor – Voir page 1407 ci-devant

Aliesch: In der kurzen Zeit, die mir beim Eintreten zur Verfügung steht, will ich die Vorlage und das geltende Gesetz aus der Sicht der Berggebiete werten. Wir haben nun während ungefähr sieben Jahren mit diesem Gesetz Erfahrungen sammeln können, und allgemein darf man sagen, dass diese Erfahrungen auch aus der Sicht des Berggebietes positiv sind. Es gibt allerdings auch einige negative Punkte. Ich möchte feststellen, dass die Gesetzgebung ihren Zweck in den Berggebieten nicht in allen Teilen erfüllen kann.

Ein Zweck des Gesetzes ist es nach Artikel 1 Absatz 2, drohende Arbeitslosigkeit zu verhüten. Um diesen Zweck zu erfüllen, stehen uns unter anderem zwei Instrumente zur Verfügung, nämlich zum einen die Schlechtwetterentschädigung, zum anderen die Kurzarbeitsentschädigung. Beide Entschädigungsarten sind für das Berggebiet von sehr grosser Wichtigkeit.

Die Schlechtwetterentschädigung wird ja grundsätzlich ausbezahlt, wenn ein Arbeitsausfall durch das Wetter verursacht wird. Es wird dann in der Verordnung durch den Bundesrat allerdings sehr stark eingeschränkt, indem gesagt wird, dass

auf Schlechtwetterentschädigung nur Anspruch hat, wer als Arbeitnehmer direkt dem Wetter ausgesetzt ist, so dass grundsätzlich eigentlich vor allem die Arbeitnehmer im Bauhauptgewerbe auf diese Entschädigungsart Anspruch haben.

Deswegen erhält für die anderen vor allem gewerblichen, touristischen Zweige in den Berggebieten die Kurzarbeitsentschädigung eine besondere Bedeutung. Kurzarbeitsentschädigungen werden bezahlt, wenn der Arbeitsausfall auf wirtschaftliche, also auf konjunkturelle Gründe zurückzuführen ist, wenn der Arbeitsausfall – das ist in Artikel 31 festgehalten – voraussichtlich vorübergehend ist und wenn erwartet werden darf, dass durch diese Kurzarbeit der Arbeitsplatz erhalten werden kann.

Das ist eine sehr sinnvolle Einrichtung. Sie kommt aber vor allem in der Industrie zum Tragen. Wenn dort aus konjunkturellen, wirtschaftlichen Gründen ein Arbeitsausfall eintritt, ist es wirklich gut, dass auf Kurzarbeit umgestellt werden kann und dass dann aus der Arbeitslosenkasse entschädigt wird. So können diese Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Die Frage stellt sich: Spielt diese Entschädigungsart auch in den Berggebieten? Diese Frage muss heute leider mit einem Nein beantwortet werden. Wir haben nämlich eine Vorschrift in Artikel 33 Absatz 1 Litera b, in der festgehalten wird, dass ein Arbeitsausfall leider nicht anrechenbar ist, wenn er branchen-, berufs- oder betriebsüblich ist oder durch eine saisonale Beschäftigungsschwankung verursacht wird. In den Berggebieten haben wir sozusagen in allen Branchen ein saisonal sehr unterschiedlichen Arbeitsanfall. Wenn wir dann in der Zwischensaison noch einen konjunkturell bedingten Arbeitsrückgang haben, kann trotzdem nicht ausbezahlt werden, weil kaum zu beweisen ist, dass dieser Arbeitsrückgang in der Zwischensaison insbesondere konjunkturelle Gründe hat.

In dieser Beziehung gibt es verschiedene Gerichtsentscheide des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes mit der Folge, dass mehr oder weniger alle Arbeitnehmer in den gewerblichen, touristischen Wirtschaftszweigen des Berggebietes vom Bezug einer Kurzarbeitsentschädigung ausgeschlossen sind. Richtigerweise schlägt nun der Bundesrat in Artikel 33 Absatz 3 (neu) vor, dass er die Möglichkeit bekommt, den Begriff der saisonalen Beschäftigungsschwankung zu umschreiben. Wir alle hoffen, dass sich mit der Zeit eine Praxis entwickelt, aufgrund deren den besonderen Gegebenheiten in den Berggebieten Rechnung getragen werden kann. Dabei ist mir auch bewusst, dass das eine Gratwanderung zwischen einer von mir sicher nicht befürworteten Absicherung des eigentlichen unternehmerischen Risikos auf der einen und der Gerechtigkeit, der Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer auf der anderen Seite ist.

Gesamthaft bitte ich Sie, auf diese gute Vorlage, wie sie aus dem Ständerat herausgekommen ist, einzutreten. Ich bitte Sie, der Mehrheit der Kommission zuzustimmen und konsequent alle Minderheitsanträge, vor allem jenen von Herrn Mauch zu Artikel 32, abzulehnen.

Allenspach, Berichterstatter: In der Eintretensdebatte sind viele Fragen aufgeworfen worden, über die wir in der Detailberatung noch einmal streiten werden. Ich verzichte deshalb am Schluss der Eintretensdebatte, auf diese Fragen einzugehen. In Anlehnung an das Votum von Herrn Aliesch ist aber hier schon zu unterstreichen, dass die Arbeitslosenversicherung nicht dazu verwendet werden darf, saisonale Schwankungen auszugleichen. Das Risiko der saisonalen Beschäftigung ist ein unternehmerisches Risiko.

Die Revisionsvorschläge gehen dahin, dass in den Touristikbranchen die wetterbedingten Kundenausfälle unter dem Titel «Kurzarbeit» entschädigt werden können. Wetterbedingte Kundenausfälle sind jene, die nicht voraussehbar und auch nicht üblich sind. Es wäre also nicht möglich, dass man in den Skigebieten beispielsweise im Mai noch wetterbedingte Kundenausfälle geltend machen würde, denn es ist anzunehmen und lässt sich durch die langjährige Beobachtung nachweisen, dass dann dort keine Skisaison mehr ist.

Gestatten Sie mir noch eine persönliche Bemerkung. Herr Fritz Reimann hat bezweifelt, dass diese Vorlage ausgewogen sei. Er hat behauptet, sie sei arbeitgeberfreundlich, und er hat

das auf die beantragte Reduktion der Karenzzeit bei der Kurzarbeit zurückgeführt. Ich unterstreiche, dass insbesondere Gewerkschaftskreise diese Reduktion verlangt haben, um zu vermeiden, dass die Arbeitgeber gezwungen werden, Leute zu entlassen. Arbeitnehmer ziehen es vor, während einiger Zeit Kurzarbeit zu leisten, statt entlassen zu werden. Während der Arbeitnehmer nämlich Kurzarbeit leistet, steht er arbeitsvertraglich immer noch im Arbeitsverhältnis und verliert nicht alle Vorteile, die ein langjähriges Arbeitsverhältnis bietet. Deshalb ist von dieser Seite gewünscht worden, dass man die Möglichkeit der Kurzarbeit ausdehnt, damit nicht zu Entlassungen geschritten werden muss.

Ich bitte Sie, den Anträgen der Kommission zuzustimmen.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Cette loi sur l'assurance-chômage représente depuis 1982 un instrument indispensable de la politique de l'emploi. Elle encourage les chômeurs à prendre un emploi convenable et offre un large éventail de prestations sociales. Elle a fait ses preuves et vous êtes applaudis aujourd'hui à l'améliorer et à en faciliter l'application.

M. Hanspeter Seiler a relevé hier dans le débat d'entrée en matière que l'état du fonds de compensation de l'assurance-chômage était de 2,640 milliards de francs.

Je peux dire à M. Reimann qu'en ce qui concerne les nouvelles mesures que nous préconisons, si les choses continuent de se passer de même façon que ces dernières années, la charge supplémentaire pour le fonds pourrait représenter environ 40 millions de francs par année. Je précise que les indemnités qui pourraient être versées consécutivement aux risques indirects dus aux intempéries représenteront un petit pourcentage des dépenses du fonds. Pendant l'hiver 1990, c'est 4,8 millions qui ont été décidés pour les mesures d'urgence. J'ajoute, Monsieur Reimann, qu'il y a gros à parier que, si précisément il n'y a pas de neige cet hiver, ces dépenses supplémentaires seront compensées par les économies que l'on fera à d'autres postes de l'assurance-chômage, notamment dans le secteur de la construction.

J'ai entendu avec satisfaction le rapport d'entrée en matière d'hier et j'ai constaté que tout le monde y était favorable. Toutefois ici ou là certains groupes estiment que le projet ne va pas assez loin. En ce qui concerne la dégressivité et le nombre maximum d'indemnités journalières, questions sur lesquelles nous reviendrons dans la discussion de détail, il faut garder à l'esprit deux choses: la première c'est que cet instrument, M. Widrig l'a rappelé hier, doit continuer de reposer sur un équilibre des intérêts des partenaires sociaux. Cet équilibre a été trouvé, il ne faut pas le rompre.

Notre projet doit veiller également à un bon rapport entre les exigences de la politique sociale, – prestations suffisantes, d'un côté – et les impératifs du marché du travail – encouragement à accepter un emploi, placement plutôt qu'indemnisation, de l'autre côté. Equilibre donc dans l'ensemble de ces mesures. Je constate que ce projet offre des avantages aux chômeurs complets par l'uniformisation du taux d'indemnisation à 80 pour cent, par l'atténuation de la dégressivité, par l'abaissement de l'âge limite que le Conseil fédéral a introduit, par le versement d'un maximum de trois cents indemnités au lieu de deux cent cinquante en cas de chômage prononcé et persistant.

M. Reimann, de son côté, estime que les mesures préventives actuelles sont insuffisantes. Nous partageons son avis. C'est la raison pour laquelle nous proposons douze mois au lieu de six pour la durée de versement des allocations d'initiation au travail et un subventionnement à 100 pour cent au lieu de 20, 30, 40 ou 50 pour cent des coûts pour les cours collectifs de recyclage ou de formation professionnelle. «Verlängen wir die Zeit des Hoffnungs» disait M. Müller dans son intervention. Je dirai que c'est surtout par les mesures préventives que le chômeur va trouver l'espoir de réintégrer le marché du travail et non pas par une politique passive d'indemnisation prolongée. Au passage, je signale à Monsieur Müller que sa question concernant l'assurance-chômage et les personnes partiellement handicapées est actuellement tranchée. Il y a d'un côté le handicapé qui est apte au placement sur le marché libre du travail et qui, partant, est indemnisable et, de l'autre côté, les invali-

des qui ne peuvent être occupés qu'au sein d'ateliers protégés en raison de leur infirmité, et la protection sociale de ces invalides est assurée par l'assurance-invalidité.

L'indemnité en cas d'intempéries doit rester limitée aux pertes de travail causées directement par des conditions météorologiques inévitables. Comme auparavant, le financement est assuré par les cotisations ordinaires de l'assurance-chômage. Cette réglementation serait lacunaire s'il n'y avait pas de solution pour les pertes de travail dues indirectement aux intempéries – perte de clientèle par manque de neige, par exemple. Le Conseil fédéral se voit conférer par cette loi la compétence de régler la question pour les cas de rigueur seulement, dans le cadre de l'indemnité en cas de réduction de l'horaire de travail.

MM. Philipona et Reimann, de même que le rapporteur-président souhaitent connaître les intentions du Conseil fédéral lorsqu'il fera usage de cette compétence. Le Conseil fédéral se fondera sur trois critères: un délai d'attente prolongé, particulièrement étendu en ce qui concerne le début de la saison, quatorze jours au début de la saison, trois ou cinq jours en cas de répétition, ensuite une interruption pour une réduction importante de l'exploitation. Seules les activités inférieures à 20 pour cent seront prises en compte. Enfin, détermination du début de la saison sur la base d'une période de longue référence (trois, quatre ou cinq saisons précédentes) qui permet de prendre en considération les conditions météorologiques particulières de la localité. N'y a-t-il pas d'effets structurels à craindre? Ma réponse est non. La somme des indemnités que l'on prévoit de verser aux branches du tourisme devrait être modeste en comparaison des chiffres d'affaires réalisés dans ces branches. Enfin, la comparaison avec les années précédentes empêche une indemnisation excessive en faveur d'installations sises dans des régions qui ne se prêtent manifestement pas ou peu aux sports d'hiver et qui ont été implantées là par erreur.

Je réponds ainsi, entre autres, à une question de Mme Stocker. Merci d'entrer en matière.

Entreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Ziff. 1 Titel, Abkürzung

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
(Die Aenderung betrifft nur den italienischen Text)

Titre et préambule, ch. I titre, abréviation

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats
(La modification ne concerne que le texte italien)

Angenommen – Adopté

Art. 10 Abs. 2bis (neu)

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 10 al. 2bis (nouveau)

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 11 Abs. 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 11 al. 4

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Allenspach, Berichterstatter: Vorerst möchte ich Ihnen mitteilen, dass sowohl bei Artikel 10 Absatz 2bis (neu) als auch bei Artikel 11 Absatz 4 von der Redaktionskommission noch et-

was elegantere und lesbarere Formulierungen erwogen werden, ohne aber materiell daran etwas zu verändern.

Noch eine Erklärung im Namen der Kommission zu Artikel 11 Absatz 2. In der Kommission ist ein Antrag diskutiert worden, Artikel 11 Absatz 2 zu streichen. Dieser Absatz befasst sich mit den rasch wechselnden Arbeitsverhältnissen, die sich oft nicht ohne Lücken aneinander anschliessen. Künstler, Schauspieler, Musiker usw. werden oft nur tageweise engagiert, und zwischen einzelnen Engagements gibt es arbeitsfreie Tage ohne arbeitsvertragliche Bindung. Ähnlich verhält es sich auch bei Temporärarbeitnehmern, die bewusst und willentlich nur kurze Zeit an einem Arbeitsplatz tätig sind und rasch zu einem anderen überwechseln. Dieses Wechselrisiko, das in der Natur der vom Arbeitnehmer selbst gewählten Beschäftigungsart liegt, muss vom Arbeitnehmer selbst getragen werden und kann nicht einfach der Arbeitslosenversicherung angelastet werden. Artisten und Künstler sollen nicht jedesmal für arbeitsfreie Tage zwischen Engagements Arbeitslosentaggeld beziehen können, zumal in ihren Gagen oft auch Elemente der Entschädigung für diese Zwischenzeit eingeschlossen sind. Gemäss Gesetz sind für derartig rasch wechselnde Arbeitsverhältnisse gewisse Wartetage für den Bezug vorgesehen. Artikel 11 Absatz 2 ist damit gerechtfertigt. In der Verordnung sind indessen die sozialen Korrekturen zu dieser Gesetzesnorm enthalten, indem erstens die Summe der Wartetage eines Jahres begrenzt ist, zweitens keine Wartetage anzuordnen sind, wenn das letzte Arbeitsverhältnis ununterbrochen mindestens ein Jahr lang gedauert hat, drittens, wenn die Entlassung aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt ist, und viertens, wenn Temporärarbeit zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit angenommen wurde. Diese Regelung dürfte ausgewogen sein. Wer für sich erhöhte arbeitsmarktliche Freiheit beansprucht und sich im Zwischenbereich zwischen der Rechtsstellung eines Arbeitnehmers und eines Selbständigerwerbenden bewegt, muss ein etwas höheres Arbeitslosenrisiko selbst verantworten. Das ist nicht eine Pönalisierung bestimmter Berufe oder Tätigkeiten, sondern ist bedingt durch den speziellen Charakter derartiger Arbeitsverhältnisse.

Es ist indessen klar, dass eine schikanöse Anwendung dieser Bestimmungen auszuschliessen ist. Die Kommission des Ständerates hat einen Antrag Artikel 11 Absatz 2, diese Wartefristen zu streichen, abgelehnt. Im Ständeratsplenum ist er nicht mehr gestellt worden.

In der nationalrätlichen Kommission wurde ein gleicher Antrag eingebracht, aber dann unter dem Vorbehalt dieser Erklärung im Plenum zurückgezogen.

Mme Déglise, rapporteur: Il n'y a pas de proposition de modification concernant l'article 11, mais une demande a été faite en commission d'en parler pour répondre aux questions de l'Association suisse des centres sociaux protestants. L'alinéa 2 de cet article, tout particulièrement, appelle une précision. En effet, il règle la perte de travail à prendre en considération lorsque l'assuré est au chômage, au terme d'une activité à caractère saisonnier et d'une profession dans laquelle les changements d'employeurs sont fréquents ou les rapports de service d'une durée limitée. Dans de tels cas, la perte de travail n'est pas prise en considération durant un temps d'attente fixé par le Conseil fédéral.

Il est indéniable que, dans les cas précités, le risque de perte d'emploi est sensiblement plus élevé que dans une relation de travail stable. Les personnes qui choisissent de leur propre gré un travail temporaire le font habituellement parce qu'elles ne désirent pas être liées par un emploi fixe. Il est dès lors normal qu'elles supportent en partie ce risque supplémentaire.

Toutefois, la situation des assurés concernés n'est pas excessivement aggravée par l'existence d'un délai d'attente, ces délais ayant été considérablement restreints. Selon une étude de l'OFIAMT, sur un total de 47 486 personnes indemnisées par les caisses de chômage en 1989, 6649 ont dû subir un délai d'attente, soit le 14 pour cent. La cause que l'on rencontre le plus souvent est celle de la maladie, suivie de près par l'activité saisonnière. On constate d'emblée que le délai d'attente de cinq jours est celui qui est le plus souvent appliqué puisqu'en 1989 il l'a été dans une proportion de 82 pour cent.

La commission du Conseil des Etats a repoussé une proposition de biffer l'alinéa 2 de l'article 11, suggestion qui n'a pas été reprise par le plénum dudit conseil. Au sein de notre commission, une telle proposition a été présentée puis retirée à la suite des explications données par le conseiller fédéral.

Angenommen – Adopté

Art. 22

*Antrag der Kommission
Mehrheit*

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 3, 5

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Abs. 4

.... Der Bundesrat kann für weitere Gruppen von schwer vermittelbaren Arbeitslosen anordnen, dass das Taggeld nicht gekürzt wird.

Minderheit

(Fankhauser, Hildbrand, Keller, Longet, Müller-Aargau, Pitte-
loud, Reimann Fritz, Seiler Rolf, Stocker)

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 3 – 5

Streichen

Art. 22

Proposition de la commission

Majorité

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 3, 5

Rejeter la proposition de la minorité

Al. 4

.... réduite. Le Conseil fédéral peut ordonner que l'indemnité journalière ne soit pas réduite pour d'autres catégories de chômeurs dont le placement est difficile.

Minorité

(Fankhauser, Hildbrand, Keller, Longet, Müller-Aargau, Pitte-
loud, Reimann Fritz, Seiler Rolf, Stocker)

Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 3 – 5

Biffer

Abs. 1 – Al. 1

Angenommen – Adopté

Abs. 3 – 5 – Al. 3 – 5

Frau **Fankhauser**, Sprecherin der Minderheit: Wenn die Lobby der armen Leute so stark wäre wie die Lobby der Leute, die die Folgen des schlechten respektive des zu schönen Wetters ertragen müssen, müssten wir über diese Degression gar nicht diskutieren. Sie wäre nämlich längst aufgehoben. Ich bitte Sie, zu beachten – die Vernehmlassungen sprechen eine sehr deutliche Sprache –, dass alle Personen, die sich an der Front mit den Auswirkungen der Degression befassen müssen, diese Degression falsch finden.

Die Arbeitslosigkeit verschärft die materielle Lage massiv, die materielle Not verschlechtert die Vermittlungsfähigkeit, die Degression führt zu wiederholter Arbeitslosigkeit und häufigem Stellenwechsel und damit beginnt der Teufelskreis. Ich führe ein wenig aus:

Die arbeitslosen Menschen erhalten 80 Prozent ihres versicherten Verdienstes in Form von Taggeldern ausbezahlt. Die Arbeitslosigkeit bringt somit eine 20prozentige Einkommenseinbusse. Diese trifft die einkommensschwachen Schichten besonders stark, denn für viele reicht schon die 100prozentige Verdienstmöglichkeit nur knapp zum Leben. Diese Leute machen, wenn wir es genau nehmen, fast die Hälfte der arbeitenden Menschen in der Schweiz aus.

Zahlen belegen, dass bereits mit Beginn der Arbeitslosigkeit die Gefahr der Verarmung sehr gross ist. Die Arbeitslosigkeit wird so zu einem wesentlichen Faktor von Verarmung und Verschuldung. Zum Beispiel haben die Arbeitslosen, die von dem Hilfswerk betreut werden, das ich jetzt leite, einen versicherten Verdienst zwischen 2000 und 3000 Franken. Rechnen Sie bitte aus, was bleibt, wenn Sie noch einmal 20 Prozent abziehen.

Die materielle Not verschlechtert die Vermittlungsfähigkeit. Wer sich jemals um eine Stelle beworben hat und eine Absage erhalten hat, weiss, dass Stellensuche Arbeit ist, Arbeit, die zudem mit starkem psychischem Stress verbunden ist. Wenn wir uns dies vergegenwärtigen, dann können wir die enormen Belastungen des ständigen Stellensuchens, teilweise über Monate, der wiederholten Absagen, des erneuten Aufruffens und Hoffens nur erahnen. Eine effektive Verbesserung der Vermittlungsfähigkeit setzt eine Absicherung der Lebenshaltungskosten voraus. Das heisst, der versicherte Verdienst müsste im Prinzip zu 100 Prozent gedeckt sein. Jede Reduktion bedeutet eine Verschlechterung der Vermittlungsfähigkeit und widerspricht damit dem Grundgedanken des Gesetzes.

Degression führt zu wiederholter Arbeitslosigkeit und häufigem Stellenwechsel. Obwohl die Befürworter und Befürworterinnen der Degression immer wieder behaupten, dass damit die Vermittlungsfähigkeit erhöht werde, sprechen die Erfahrungen eine ganz andere Sprache: Arbeitslose Menschen, die zu einer derartigen Einkommenseinbusse gezwungen werden, werden – abgesehen von der materiellen Not, von der Armut – mit ihrer Arbeit nie zufrieden sein. Die Folgen sind schnelle Stellenwechsel oder wiederholte Arbeitslosigkeit.

Die Degression bedeutet auch Bestrafung. Das Gesetz sieht vor, Personen, die sich zu wenig um Stellen bemühen und damit ihrer Verpflichtung zur Schadenminderung – wie das genannt wird – zu wenig nachkommen, mittels Einstelltagen zu bestrafen. Nun, hat jemand nach 85 oder 170 Tagen keine Stelle gefunden, dann kann das sein, weil sich die betreffende Person zu wenig um eine neue Stelle bemüht hat. Aber in diesem Fall können wir mit hundertprozentiger Sicherheit davon ausgehen, dass diese Person mit Einstelltagen nicht bestraft wird oder sich nicht betroffen fühlt. Weshalb also eine erneute, oder im Fall jener, die sich dauernd um eine neue Stelle bemühen, völlig ungerechtfertigte Bestrafung nach 85 oder 170 Tagen? Es gibt meiner Meinung nach keine Gründe.

Wären Sie zum Beispiel damit einverstanden, dass Menschen, nur weil sie keine Arbeit finden, auch wenn sie noch so suchen, monatlich mit einer Busse von etwa 200 Franken bestraft werden? Die Antwort kann nur ein Nein sein.

Wir sind froh, dass in diesem Gesetz andere Möglichkeiten der Förderung der Vermittlungsfähigkeit vorgesehen und vorhanden sind. Wir begrüßen diese Förderung der Vermittlungsfähigkeit, wir dürfen aber diese Bemühungen nicht zunichte machen mit dieser unseligen Degression.

Ich bitte Sie, die Proportionen der sozialen Not bei der Degression und die Möglichkeit der Korrektur dieser Not durch Streichung des Absatzes 3 und weitere des Artikels 22 zu berücksichtigen und im Vergleich dazu den Korrekturbedarf bei der sogenannten Schlechtwetterentschädigung zu beachten. Für mich ist es klar, ich kann der Schlechtwetterregelung erst zustimmen, wenn wir mit dieser unseligen Degression aufgeräumt haben.

Herr Bundesrat Delamuraz hat vorhin betont, dass dieses Gesetz ein wichtiges Instrument der Beschäftigungspolitik wäre. Es ist aber für die Personen, die von der Arbeitslosigkeit und dadurch sehr oft von Armut betroffen sind, ein überlebenswichtiges Instrument der sozialen Sicherheit.

Deshalb bitte ich Sie, das Netz der sozialen Sicherheit, das wir jetzt behandeln, so zu knüpfen, dass die Maschen halten, wenn die Menschen durchzufallen drohen.

Müller-Aargau: Wir haben gestern bei etwas gelichteten Reihen die Hauptanliegen der Fraktionen dargelegt, und bei uns war die Frage der Degression ein solches Hauptanliegen. In diesem Zusammenhang haben wir gestern über den richtigen Zeitpunkt einer Revision philosophiert, ob der richtige Zeit-

punkt bei leeren oder bei vollen Kassen sei. Im Bereiche der Sozialversicherungswerke ist der Zeitpunkt immer falsch bei jenen, die nichts ändern, vor allem nichts verbessern wollen.

Herr Kollege Hanspeter Seiler hat gestern gemutmasst, dass wir bei vollen Kassen unter Umständen verleitet werden könnten, zuviel zu tun. Es ist Wasser in den Rhein getragen, es ist total müssig, den Schweizer an die Sparsamkeit und an die sorgfältige Haushaltsführung zu erinnern, wenn es um Sozialwerke geht. Dort ist er immer sehr, sehr sparsam.

Der richtige Zeitpunkt – das habe ich gestern schon gesagt, und ich wiederhole es – ist eben jetzt. Wir haben hoffentlich einen etwas anderen Zeitgeist als im Jahre 1982, einfach wegen des anderen, des besseren Umfeldes. Denn Degression ist und bleibt eine Misstrauenskundgebung – nicht nur eine Misstrauenskundgebung gegenüber jenen, die unter Umständen Missbräuche betreiben, sondern gegenüber der ganzen Arbeitnehmerschaft.

Missträuche gehören eruiert und bestraft. Das habe ich gestern schon gesagt; es bleibt dabei. Es gibt überall und in allen Sozialwerken die Möglichkeit, dass Missbrauch entsteht. Aber haben wir in anderen Sozialwerken das Parallele gemacht? Wünschen wir eine Verkürzung der Beiträge an Patienten in der Krankenversicherung, je kränker die Leute werden, oder beispielsweise in der Invalidenversicherung, je stärker sich eine Invalidität entwickelt?

Frau Fankhauser hat mit Recht darauf hingewiesen, dass im Grunde genommen ein Teufelskreis aus dem Ganzen entsteht. Wir wissen aus Erfahrung, dass die Degression der Tagelder überhaupt nicht hilft, dass die Leute eifriger Arbeit suchen und schneller Arbeit finden. Genau das Gegenteil ist der Fall.

Ich rede nicht nur im Auftrag der Fraktion, sondern auch im Auftrag der Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände VSA, die da einige Erfahrung hat.

So bitte ich Sie, den Ungeist von 1982 in diesem Bereich zu vertreiben. Vertrauen ist Voraussetzung bei allen Sozial- und Solidaritätswerken. Hier muss dieses Misstrauen abgebaut werden durch Abschaffung der Degression.

Ich empfehle Ihnen Zustimmung zum Minderheitsantrag.

Frau Stocker: Angenommen, Sie kennen einen Menschen, der in einer Krise ist – es könnte Ihr Sohn, es könnte ihre Tochter sein; ich will schon gar nicht annehmen, dass das auch Ihnen einmal geschehen könnte –, worauf reagieren Sie motivierter, auf Belohnung oder auf Bestrafung? Wenn man Ihnen beispielsweise Ferien nach der Session verspricht, ist das eine Motivation, hier auszuharren? Oder ist es eher schon eine Bestrafung zu wissen, dass dann der Aktenberg zu Hause noch grösser sein wird?

Nun haben wir hier aber kein pädagogisches Konzept zu diskutieren, sondern eine Arbeitslosenversicherung, ein Sozialwerk für Menschen in Krisensituationen, die sie grösstenteils nicht selbst verschuldet haben, sondern die strukturell und konjunkturell bedingt sind. Was machen wir? Je länger diese Menschen mit dieser Realität umgehen müssen, desto mehr nehmen wir sie in die Zange. Ein Servelat wird nicht billiger, wenn ich länger arbeitslos bin, und meine Wohnungsmiete auch nicht. Fazit: Diese Menschen verschwinden nicht einfach, sondern sie landen auf dem Fürsorgeamt.

Volkswirtschaftlich – falls irgend jemand die Idee hätte, wir könnten hier etwas sparen – kommt uns eine Armengenössigkeit auf jeden Fall teurer zu stehen als eine Versicherungsleistung. Wir können hier knausrig sein und bekommen die Kosten auf einer anderen Seite massiv wieder herein, oder wir sind hier vertrauensvoll pädagogisch und schaffen diese Degression ab.

Noch einmal zum Krisenszenario: Was ganz sicher nie hilft, ist das Abreissenlassen der Beziehung, auch nicht der Beziehung zwischen dem arbeitslosen Menschen und der Vermittlerin oder dem Vermittler des Arbeitsamtes. Und genau das wird mit der Degression belastet. Genau diese Beziehung wird strapaziert. Genau diese Beziehung quält.

Ich kenne Leute, die beim Arbeitsamt arbeiten und mich und Sie dringend bitten, mit diesem Unsinn aufzuhören.

Seiler Rolf: Ich sehe das Problem nicht als derart dramatisch und derart kompliziert an. Es ist relativ einfach. Die Revision steht vor allem unter zwei Schwerpunkten: einerseits Harmonisierung beim Sozialversicherungsrecht, und andererseits Vereinfachung des Vollzuges dieses Gesetzes.

In bezug auf die Harmonisierung mit anderen Sozialversicherungen haben wir bei der Höhe des Taggeldes diese Harmonisierung zustande gebracht, indem nun alle jene 80 Prozent bekommen; es ist auch richtig so. Denn es gibt keinen Grund dafür, Arbeitslose anders zu behandeln als solche, die krank oder verunfallt sind.

Allerdings – und das ist nun unser Problem –: Beim Anspruch auf die Tagelder haben wir diesen Schritt der Harmonisierung nicht gemacht. Der Bundesrat beantragt, die Degression bei den Tageldern beizubehalten. Allerdings ist anzuerkennen, dass der Bundesrat das Alter von 55 auf 45 Jahre senkt und dass andererseits die Kommission eine zusätzliche Verbesserung eingebracht hat, indem sie dem Bundesrat die Kompetenz erteilt, auch weitere schwer vermittelbare Gruppen von dieser Degression auszunehmen.

Jetzt frage ich auch den Herrn Bundesrat: Was bleibt denn an und für sich noch? Wie gross ist denn der Anteil jener Leute, bei denen man noch eine Degression einführen soll? Herr Bundesrat Delamuraz hat uns schon in der Kommission gesagt, 1988 habe der Anteil der Arbeitslosen, deren Tagelder aufgrund dieser Bestimmung gekürzt worden seien, rund 15 Prozent betragen. Jetzt gehen wir mit dem Alter hinunter, wir wollen auch noch andere Gruppen ausnehmen, da bleiben sicher keine 10 Prozent mehr.

Damit komme ich zum zweiten Schwerpunkt: Wenn Sie schon das Gesetz vereinfachen wollen, dann müssten Sie auch für die totale Aufhebung dieser Degression stimmen. Etwas anderes ist das nicht. Wir komplizieren und bürokratisieren nur dieses Gesetz, wenn wir diese Degression nicht total aufheben. Es ist also richtig – schon in bezug auf die Vereinfachung dieses Vollzuges –, den ganzen Schritt zu tun.

Es gibt aber noch einen anderen sozialpolitischen Aspekt, diese Degression aufzuheben. Die Statistik zeigt auch, dass davon vor allem Personen mit tieferen Einkommen betroffen sind, und vor allem diejenigen Familienväter, die kleine Kinder haben, also die Fälle mit grossen Familienlasten. Und dieser familienpolitische Aspekt ist auch der Grund dafür, dass sich die CVP in ihrer Vernehmlassung ganz deutlich für die Aufhebung dieser Degression eingesetzt hat.

Ich möchte Sie eindringlich bitten, im Sinne der Vereinfachung dieses Gesetzes, aber auch im Sinne der familienpolitischen Überlegungen, der Minderheit zuzustimmen und diese Degression aufzuheben.

Allenspach, Berichterstatter: Zuerst sei daran erinnert, dass wir stillschweigend die Tagelder der ledigen Arbeitslosen von 70 auf 80 Prozent erhöht haben. Artikel 22 Absatz 3, den wir jetzt besprechen, sieht vor, dass das Arbeitslosentaggeld nach Bezug von 85 Taggeldern um 5 Prozent und nach Bezug von 170 Taggeldern noch einmal um 5 Prozent gekürzt wird. Die Degression fördert – das haben viele Erfahrungen ganz deutlich gezeigt – die Bereitschaft der Arbeitslosen, sich um eine neue Stelle zu bemühen. Es werden damit Signale gesetzt. Zudem erleichtert die Degression die Arbeitsvermittlung, da sie die finanzielle Grenze der Zumutbarkeit einer Arbeitsannahme herabsetzt.

Weil die Arbeitslosenversicherung darauf ausgerichtet ist, die Arbeitslosen wieder ins Erwerbsleben einzugliedern und nicht einfach nur Arbeitslosentaggelder auszurichten, kann die Arbeitsvermittlung auf die Degression nicht verzichten. Der Bundesrat hat dies in der Botschaft begründet. Auf der anderen Seite ist darauf zu achten, dass wegen der Degression keine sozialen Härten entstehen. Hier stimme ich mit den Vorrednern durchaus überein. Aus diesen Gründen wird bei Vorliegen bestimmter sozialer Tatbestände auf die Degression bewusst verzichtet.

Artikel 22 Absatz 4 legt diese Ausnahmetatbestände fest. Keine Degression findet statt bei Taggeldern von geringer Höhe. Hier hat Frau Fankhauser durchaus zu Recht für die Lobby der Armen gesprochen. Hier könnte und müsste man

einsetzen. Keine Degression findet neu bei über 45jährigen Arbeitslosen statt. Bisher lag die Grenze bei 55 Jahren. Keine Degression findet auch bei Invaliden statt. Dies gilt in beiden Fällen unabhängig von der Taggeldhöhe. Der Bundesrat kann zudem bei andauernder erheblicher Arbeitslosigkeit die Degression allgemein, regional oder selektiv suspendieren.

Die nationalrätliche Kommission schlägt zusätzlich vor, dass der Bundesrat weitere Gruppen von schwer vermittelbaren Arbeitslosen von der Degression ausnehmen kann. Damit ist den sozialen Erfordernissen Rechnung getragen.

1988 unterlagen die Taggeldbezüge von 84 Prozent aller Arbeitslosen keiner Degression. Etwas über 10 Prozent der Fälle erfuhren eine Kürzung um 5 Prozent. Nur jeder zwanzigste der Arbeitslosen fiel unter die zweite Degressionsstufe und hatte eine Kürzung um zweimal 5 Prozent in Kauf zu nehmen. Hätten 1988 bereits die von uns beantragten neuen Ausnahmeregelungen bestanden, wären höchstens 8 Prozent der Taggeldbezüge unter die erste Degressionsstufe und nur etwa 3 Prozent unter die zweite Degressionsstufe gefallen.

Die Degression wird, falls Sie den Anträgen der Kommissionsmehrheit zustimmen, nur noch jüngere Personen mit einem überdurchschnittlich hohen Taggeld betreffen, die bei ausgeglichener Arbeitsmarkt länger als 17 Wochen arbeitslos bleiben. Von sozialen Härten kann unter diesen Voraussetzungen keine Rede sein.

Ich bitte Sie zu berücksichtigen, dass der Höchstbetrag an Arbeitslosentageldern ab 1. Januar 1991 bei knapp 80 000 Franken pro Jahr liegt, auch für ledige Arbeitslose, wie Sie in Artikel 22 Absatz 1 soeben beschlossen haben. Es würde meines Erachtens nicht verstanden, wenn der Gesetzgeber zuliesse, dass beispielsweise ein jüngerer lediger Arbeitsloser Taggelder in dieser Höhe während eines Jahres oder noch länger beziehen könnte, ohne irgendeine Kürzung in Kauf nehmen zu müssen. Die Taggelddegression ist eine der wenigen Schranken gegen die sogenannten «Taggeldbezugs-spezialisten».

Der Minderheitsantrag Fankhauser wurde auch im Ständerat gestellt. Der Ständerat hat ihn – ich bitte dies wohl zu beachten – mit 26 gegen 10 Stimmen, also klar und unzweideutig, abgelehnt.

Die nationalrätliche Kommission hat den Antrag mit 9 zu 11 Stimmen verworfen. Wir bitten Sie, Bundesrat, Ständerat und Mehrheit der nationalrätlichen Kommission zu folgen, keine Differenzen zum Ständerat zu schaffen und den Antrag Fankhauser abzulehnen.

Mme **Déglise**, rapporteur: L'article 22 a fait l'objet d'une longue discussion au sein de la commission. Il traite du montant de l'indemnité journalière et, à ses alinéas 3, 4 et 5, du problème de la dégressivité, c'est-à-dire de la réduction de 5 pour cent de l'indemnité journalière après le versement de 85 indemnités, puis de 5 pour cent du dernier montant après 170 indemnités.

L'actuelle modification de la loi atténue d'une manière non négligeable les conséquences de cette réduction. A l'alinéa premier, le Conseil fédéral propose que l'indemnité journalière pleine et entière s'élève à 80 pour cent du gain assuré pour tout le monde, alors que le projet initial prévoyait un pourcentage de 70 pour cent pour les célibataires. Cette modification a été acceptée par le Conseil des Etats et par notre commission. Ensuite, à l'alinéa 4, le Conseil fédéral suggère d'abaisser à 45 ans l'âge limite à partir duquel l'indemnité n'est pas réduite. Cette proposition est aussi acceptée par le Conseil des Etats et par notre commission. Au même alinéa, notre commission a décidé de donner au gouvernement la possibilité d'aller encore plus loin, dans ce sens qu'il pourra ordonner que l'indemnité journalière ne soit pas réduite pour d'autres catégories de chômeurs dont le placement est difficile.

La minorité de la commission demande la suppression de toute mesure de dégressivité. La majorité, quant à elle, a estimé qu'il fallait maintenir le principe de la réduction de l'indemnité et cela pour les raisons principales suivantes: tout d'abord, dans les cas difficiles, l'alinéa 5 permet déjà au Conseil fédéral d'ordonner que l'indemnité journalière soit réduite dans de moindres proportions ou ne le soit pas du tout. En-

suite, l'adjonction apportée par la commission à l'alinéa 4 élargit encore les cas où l'on n'appliquerait pas la dégressivité, puisque le Conseil fédéral pourra ordonner que l'indemnité ne soit pas réduite pour d'autres catégories de chômeurs dont le placement est difficile.

En outre, le fait de réduire quelque peu l'indemnité contribue certainement à motiver le chômeur en vue de chercher du travail. L'homme est ainsi fait qu'il a besoin d'être encouragé. Et c'est en quelque sorte l'aider à sortir de son état de chômeur que de le motiver pour chercher du travail.

De plus, le fait que l'on ait porté à 45 ans au lieu de 55 la limite d'âge à partir de laquelle l'indemnité n'est pas réduite contribuera à diminuer considérablement le nombre de chômeurs atteints par cette mesure. La limite de revenu à partir de laquelle la dégressivité peut être appliquée est actuellement de 90 francs par jour. Elle sera sans doute portée à un montant plus élevé, du fait de l'inflation, de sorte que les chômeurs les plus modestes ne seront pas touchés.

Enfin, les pays qui nous entourent connaissent également ce principe, notamment l'Allemagne et l'Espagne.

Une proposition analogue a été présentée au Conseil des Etats qui l'a refusée par 26 voix contre 10.

Avec la majorité de la commission, je vous invite donc à maintenir les alinéas 3, 4 et 5 de l'article 22.

M. **Delamuraz**, conseiller fédéral: La dégressivité de l'indemnité journalière, dans le temps, est l'un des points discutés de la révision de cette loi.

Je voudrais tout d'abord exposer que cette dégressivité n'est nullement la suspension du droit à l'indemnité, ladite suspension étant une mesure lourde qui ne peut être décrétée que dans des cas de rigueur prévus à l'article 30 de la loi. Cette dégressivité contribue à abrégé le temps pénible durant lequel le chômeur est en quête d'emploi. Elle abaisse la limite financière à partir de laquelle un emploi est réputé convenable, c'est-à-dire au moment où la rémunération qu'on peut en espérer est au moins égale à l'indemnité.

Cette dégressivité favorise ainsi la réintégration professionnelle. Elle l'active, et c'est bien dans la philosophie de la loi que de tout faire pour recycler professionnellement le chômeur, plutôt que de le perpétuer dans le temps dans son état de chômage. L'expérience l'a prouvé, non seulement en Suisse, mais dans les pays qui nous entourent: elle est incontestablement une stimulation de la reprise d'un emploi. Les deux rapporteurs viennent d'ailleurs de le souligner dans des termes excellents. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral demande de maintenir le principe de cette dégressivité.

A ce propos, je remarque trois choses qui devraient répondre aux questions sensibles de Mme Fankhauser. Premièrement, nous prenons comme base, si la loi est adoptée, une indemnité fixée à 80 pour cent et non pas à 70 pour cent comme jusqu'à maintenant. Une équité supplémentaire permet donc de démarrer de plus haut, eu égard à la situation actuelle.

Deuxièmement, nous constatons que cette dégressivité n'est pas appliquée aujourd'hui dans un grand nombre de cas qui s'accroîtra encore si vous adoptez cette loi. En effet, la dégressivité ne sera pas appliquée aux chômeurs âgés de plus de 45 ans (aujourd'hui 55 ans), aux invalides, durant la fréquentation de cours, lors de chômage prononcé et persistant sur le plan régional ou suisse ni si l'indemnité journalière n'atteint pas un certain montant minimum – actuellement il est de 90 francs et nous avons l'intention de l'augmenter à 100 francs. Par conséquent, Madame Fankhauser, il est inexact de dire que les plus modestes seront frappés, le contraire étant vrai. La dégressivité n'est pas appliquée non plus si l'assuré a acquis de nouvelles périodes de cotisations durant la période d'indemnisation. Voilà un deuxième ordre de faits qui vous montre que la liste de ceux à qui pourra s'appliquer la dégressivité fond comme neige au soleil.

Troisième facteur: l'unanimité de la commission vous propose tout à l'heure d'étendre encore les compétences du Conseil fédéral de supprimer la dégressivité pour d'autres catégories. On pense aux femmes seules remplissant une tâche d'éducation, aux travailleurs ayant de mauvais antécédents professionnels, aux travailleurs étrangers avec des difficultés

de langue, a des toxicomanes en phase de desintoxication, a des detenus liberés, etc. Cette extension permet bel et bien de prendre totalement en compte le sort des plus défavorisés, tous les cas sociaux sans aucune exception, et permet ainsi d'éviter à cette loi une rigueur qui, dans certains cas, serait insupportable parce qu'inhumaine. Nous devons parler avec sensibilité et délicatesse de ces questions-là. La loi, dans le cadre qu'elle offre maintenant, permet de les prendre en compte totalement.

M. Rolf Seiler se pose la question de savoir pourquoi nous ne continuerions pas sur ce bon chemin puisqu'il n'y aura plus qu'un tout petit nombre de chômeurs à qui pourra être appliquée cette dégressivité, si la situation économique reste ce qu'elle est, bien entendu. C'est précisément parce que la perspective d'une réduction après des temps confortables, quatre et huit mois, stimule les chômeurs, des jeunes essentiellement, pour la recherche d'un emploi et que, par conséquent, nous ne sommes manifestement pas dans la catégorie de ceux qu'il faut préserver socialement et humainement au premier chef. Le fait de maintenir sans aucune dégressivité un jeune chômeur, dans les situations normales de notre économie, pendant pratiquement une année, équivaudrait à quelque chose qui n'est pas juste.

C'est la raison pour laquelle, compte tenu de l'adoucissement remarquable du système qui permet, je le répète, de prendre en compte sans exception tous les cas sociaux, je prie le Conseil national de bien vouloir conserver le principe de la dégressivité et de voter comme le Conseil des Etats et comme la majorité de la commission.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 77 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 67 Stimmen

Art. 23 Abs. 4, Art. 24, 25

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 23 al. 4, art. 24, 25

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 27 Abs. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit

(Reimann Fritz, Fankhauser, Hildbrand, Keller, Longet, Müller-Aargau, Pitteloud, Seiler Rolf, Stocker)

-
a. höchstens 150 Taggelder,
b. höchstens 200 Taggelder,
c. höchstens 300 Taggelder,
(Anpassung der andern Absätze)

Art. 27 al. 2

Proposition de la commission

Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

Minorité

(Reimann Fritz, Fankhauser, Hildbrand, Keller, Longet, Müller-Aargau, Pitteloud, Seiler Rolf, Stocker)

-
a. 150 indemnités
b. 200 indemnités
c. 300 indemnités
(Adapter les autres alinéas)

Reimann Fritz, Sprecher der Minderheit: Bei Artikel 27 Absatz 2 handelt es sich natürlich um ein ähnliches Problem wie bei Artikel 22 Absatz 3, aber ich hoffe, dass sich eine Mehrheit des Rates für den Minderheitsantrag entscheiden wird.

Ich habe bereits in meinem Eintretensvotum darauf hingewiesen, dass das Arbeitslosenversicherungsgesetz von Anfang an kritisiert wurde wegen den zum Teil überhiesenen Missbrauchsbestimmungen. Natürlich muss verhindert werden, dass ein Gesetz von Unberechtigten missbraucht und unrechtmässig ausgenutzt wird. Aber zu eng gefasste gesetzliche Bestimmungen treffen oft die Falschen und Unschuldigen, während diejenigen, denen wir helfen wollen, durch die Missbrauchsbestimmungen bestraft werden.

Dies trifft auch zu bei Artikel 27 Absatz 2 mit der Abstufung des Höchstanspruchs der Taggelder für Arbeitslose, welche die vorgeschriebene Beitragszeit nicht erreichen. Von dieser Bestimmung werden viele Arbeitslose betroffen, welche in unverschuldeter Weise nicht die erforderliche Beitragsdauer nachweisen können. Betroffen sind beispielsweise Frauen, die aus dem Beruf aussteigen mussten, um während Jahren ihren Erziehungsaufgaben nachkommen zu können. Beim Wiedereinstieg in das Berufsleben fehlen ihnen natürlich die erforderlichen Beitragsjahre.

Leider hat der Bundesrat einem Begehren des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes nicht Rechnung getragen, gemäss dem Personen, welche wegen der Erfüllung der Erziehungs- und Betreuungsaufgaben die Erwerbstätigkeit eingestellt haben, von der Erfüllung der Beitragszeit zu befreien waren. Betroffen sind auch Studenten und andere in Ausbildung stehende Personen, die ins Erwerbsleben eintreten wollen. Aber auch für Arbeitnehmer, die zu Ausbildungszwecken im Ausland waren und nun zurückkehren wollen, oder Arbeitslose, die vom selbständigen zum unselbständigen Erwerb wechseln. Das gleiche gilt für Arbeitskräfte, die von der Landwirtschaft kommen.

Im Grunde genommen gibt es überhaupt keine Begründung, diesen Leuten, welche rein zufälligerweise auf eine vielleicht nur kurze Beitragsdauer zurückgreifen können, die Bezugsdauer einzuschränken. Es besteht ja ein Beitragsobligatorium für alle Arbeitnehmer. Der einzelne kann gar nicht freiwillig auf die Beitragszahlung verzichten. Man verlangt von den Arbeitnehmern mehr Flexibilität. Wir erwarten, dass sie sich weiterbilden, wir erwarten von den Frauen, dass sie wieder ins Erwerbsleben zurückkehren und fehlende Arbeitsplätze ausfüllen, wenn die Kinder grossgezogen sind. Auf der andern Seite bestrafen wir sie alle mit gesetzlichen Vorschriften und Leistungseinschränkungen.

Einer Biga-Statistik ist zu entnehmen, dass vor allem ältere Arbeitnehmer, die beispielsweise wegen Betriebsschliessungen ihren Erwerb verloren haben, von der Abstufung und Verkürzung der Leistungsdauer betroffen werden. Trotz des ausgetrockneten Arbeitsmarktes haben wir auch heute immer wieder Betriebe, die ihre Tore schliessen müssen. Davon betroffene Arbeitnehmer werden ungerechtfertigt bestraft, wenn sie nicht sofort eine Stelle finden und daher nicht die nötige Beitragsdauer nachweisen können.

Meines Erachtens könnte man durchaus auf die Abstufung der Leistungsdauer verzichten. Ich bin mir aber bewusst, dass einem solchen Antrag zu viele Widerstände im Wege stehen. Wir haben deshalb in der Kommission eine gewisse Milderung der Einschränkung beantragt, indem die Kürzung der Beitragsdauer nicht ganz beseitigt, sondern etwas gelockert werden soll. Mit der Abstufung auf 150, 200 und 300 Bezugstage sollte auch dem Wunsch nach Missbrauchsbekämpfung Genüge geleistet werden.

Dieser Antrag wurde in der Kommission sehr knapp mit 10 zu 9 Stimmen abgelehnt. Im Namen der Kommissionsminderheit, dieser starken Minderheit, bitte ich Sie also, diesem Minderheitsantrag zuzustimmen. Ich bitte auch den Kommissionspräsidenten in seinem Rapport das knappe Resultat zu berücksichtigen. Eine etwas einseitige Arbeitgeberstellungnahme wäre hier doch fehl am Platz.

Frau Stocker: Dieser Artikel ist doppelbödig. Auf der einen Seite wird dauernd Mobilität, Flexibilität, Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gepredigt, in Inseraten gefordert: Jung soll man sein, gut ausgebildet soll man sein, und dann soll man auch noch lange an einem Ort gewesen sein. Ich weiss nicht, es gibt offenbar Männer, die das

schaffen, aber es grenzt ganz klar folgende Gruppen aus: Die Älteren, die Jungen, die etwas Langsameren, die Frauen. Ich kann es mir nicht verkneifen: In der Debatte vorher haben sowohl der Herr Bundesrat wie der Herr Kommissionspräsident vom jungen Arbeitslosen gesprochen, der ein Jahr einfach keine Stelle findet. Meine Herren, wer verwehrt diesem Jungen – manchmal doch zu oft – den Zugang in die Arbeitswelt? Wer macht eben nicht «Platz für Madame»? Es ist eben sehr einfach, in den Sozialversicherungen das Familienmodell der CVP gross herauszustreichen, der Vater, der verdient, und die andern sind abhängig. Und wenn es einmal darauf ankommt, ist diese Familie und dieses Ideal futsch. Meine Herren, so geht das nicht! Entweder nehmen wir die Sozialversicherungen als soziales Netz für die soziale Realität, so wie sie existiert, oder wir machen sie zur Fiktion. Ich bin für realistische Lösungen. Deshalb bitte ich Sie, bei diesem Artikel zumindest die Minderheit zu unterstützen.

M. Longet: J'appartiens également à la minorité et j'aimerais plaider pour la solution qu'elle propose. Je vous rappelle que cette minorité n'a perdu que d'une seule voix – par 9 voix contre 10 – et je voudrais donner brièvement les deux raisons majeures qui motivent notre proposition.

Tout d'abord, il y a une proportionnalité directe entre la durée de la cotisation et celle des prestations, qui peut conduire à des situations parfaitement injustes. Par exemple, lorsqu'une interruption de la cotisation est due à un séjour à l'étranger, à un arrêt de travail par souci de mieux se consacrer à ses enfants ou pour une période de formation, ou pour toutes autres circonstances semblables – situation dans laquelle on retrouve plus souvent des femmes que des hommes – il y a là pénalisation – comme l'a dit tout à l'heure Mme Stocker – et des femmes particulièrement.

Nous considérons comme anormal de pénaliser ces différentes causes d'interruption du travail salarié, et c'est là une raison, en soi suffisante, de suivre la minorité.

Il est vrai que, dans la proposition de la minorité, on maintient une relation proportionnelle entre la durée de la cotisation et la durée de la prestation, mais en augmentant nettement ces durées nous diminuons la rigueur des mesures qui frappent ces catégories de travailleurs. En d'autres termes, la minorité vous demande de ne plus pénaliser, ou de ne pas pénaliser davantage ceux qui font preuve de mobilité et de flexibilité dans l'organisation de leur vie professionnelle.

La deuxième raison est la suivante. Si nous introduisons un plafonnement trop rapide des jours de prestations au sens de la loi, nous renvoyons d'autant plus vite les personnes concernées à l'assistance. Nous constatons qu'au fil des ans on s'habitue, et cela n'est pas souhaitable, à l'existence silencieuse et cachée dans notre pays, si prospère, d'un volant de chômage de longue durée. On s'y habitue, on vit avec, mais on n'adapte pas pour autant la législation à cette situation. Il s'agit de personnes ayant généralement peu de qualifications, d'un certain âge, qui ont connu des difficultés familiales, psychologiques, relationnelles parfois, et qui manifestent, pour ces raisons-là, des difficultés particulières de réinsertion. Selon les circonstances de la perte du dernier emploi, leur situation peut encore s'aggraver.

Devant cet état de faits, avec la proposition de la majorité, nous sommes en train de pénaliser cette catégorie de chômeurs, alors que l'augmentation modeste de la durée de prestations que nous proposons, le financement spécifique au système de l'assurance sociale, et tout le dispositif que nous voudrions d'ailleurs développer, d'encouragement et de réinsertion liés à cette loi permettraient d'améliorer considérablement le sort de ces personnes, plutôt que de les renvoyer aux seules mesures complémentaires qui sont ensuite du ressort des cantons, ou directement à l'assistance.

Cela implique deux conséquences. D'une part au niveau budgétaire: il y a un transfert, sur le budget public des cantons et des communes, de dépenses qui, à notre avis, en tout cas selon la proposition de la minorité, relèvent de la logique de l'assurance sociale qui est de niveau national et paritaire. L'autre

conséquence, c'est que l'on ne donne pas aux chômeurs de longue durée une chance suffisante.

La minorité vous demande de ne pas les abandonner, du moins pas aussi vite que ne le voudrait la majorité. Pour beaucoup de gens, l'assistance est vue comme la signature de l'échec d'une réinsertion et pour nous il est nécessaire de leur donner davantage de temps, pour permettre de combattre l'installation dans un chômage de longue durée.

Widrig: Es ist kein Zufall, dass die Initiative des Kantons Neuenburg gerade diesen Artikel 27 betrifft: es zeigt doch, dass wir bei einem zentralen Punkt der Vorlage angelangt sind. Ich bitte Sie, der Fassung der Kommissionsmehrheit und des Ständerates zuzustimmen.

Wenn Sie dem Antrag der Minderheit und vor allem dem Antrag Borel – dieser Antrag steht auch noch im Raum, er ist meines Wissens nicht zurückgezogen worden – zustimmen (500 Tage), gefährden Sie nicht nur das in seiner Substanz kerngesunde Versicherungswerk, vor allem unterlaufen Sie auch den Konsens, der aufgrund konsultativer Arbeiten von paritätischen Kommissionen ausgehandelt worden ist.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz ist nicht nur ein Instrument für die Ausbezahlung von berechtigten Arbeitslosengeldern, es ist auch ein Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Jeder Mensch will arbeiten: wir sind arbeitsam. Aber ausländische Beispiele der Gesetzgebung zeigen, dass bei einer starken Erhöhung der Beitragszeit bei einzelnen – ich wiederhole: es ist eine Minderheit – die Versicherung natürlich da ist, diese Zeit etwas zu verlängern, um mittels Fort- und Weiterbildung oder Umschulungsprogrammen andere Erwerbsmöglichkeiten auszumachen.

Ich möchte das am Beispiel Spanien und Portugal vor Augen führen: Beide Länder haben eine ähnliche Wirtschaftsstruktur, in etwa ein gleiches Wachstum in den vergangenen Jahren. Die spanische Arbeitslosenversicherung ist in diesem Punkt bei der Höchstzahl der Taggelder viel grosszügiger als das portugiesische Gesetz. Ich frage Sie einfach an, ob für die Zahl der Arbeitslosen – Spanien hat 17 Prozent, Portugal 4 Prozent – nicht auch gewisse Gründe drinliegen könnten.

Ich ersuche Sie, bei Artikel 27 auf der Linie der Kommissionsmehrheit und des Ständerates zu bleiben. Das ist nicht doppelbödig, Frau Stocker. Es ist immerhin eine Verbesserung gegenüber dem Bundesrat, und zwar von den 250 auf 300 Tage. Das ist richtig und begründet. Aber wenn Sie weitergehen, sogar bis zum Antrag Borel (500 Tage), verändern Sie das Gesetz in der Substanz, und das kann sicher nicht die Absicht sein. Deshalb bitte ich Sie, der Kommissionmehrheit und dem Ständerat zuzustimmen.

Allenspach, Berichterstatter: Ich habe die Anträge der Kommissionsmehrheit zu vertreten und werde dies tun, ob mir die Kommissionsmehrheit passt oder nicht. Auch in anderen Fällen, wo ich mit der Kommissionsmehrheit nicht einverstanden bin, werde ich loyal die Kommissionsmehrheit vertreten. Das ist die Aufgabe des Kommissionspräsidenten. Soviel zu Herrn Reimann.

Gemäss Artikel 22 Absatz 2 hat der Versicherte Anspruch auf 85 Taggelder, wenn er mindestens 6 Monate lang Beiträge an die Arbeitslosenversicherung bezahlt hat. Bei Beitragszeiten von 12 Monaten beträgt die mögliche Bezugsdauer 170 Taggelder und bei Beitragszeiten von 18 Monaten steigt sie auf 250 Taggelder. Das ist die geltende Regelung; das ist die Regelung, die die Kommissionsmehrheit vertritt.

Gemäss Antrag Reimann Fritz soll bei den kurzen Beitragszeiten der mögliche Taggeldbezug von 85 auf 150 Taggelder heraufgesetzt, also nahezu verdoppelt werden. Das hätte zur Folge, dass ein Versicherter nach 6 Monaten Arbeit während 7 Monaten Taggelder beziehen könnte, also länger, als er gearbeitet hat. Bei einer Beitragszeit von 12 Monaten stiege die Bezugsdauer auf 200 Tage an, also auf 40 Wochen, und bei einer Beitragszeit von 18 Monaten auf 300 Tage, d. h. auf 60 Wochen, auf mehr als ein ganzes Jahr.

Der Antrag Reimann Fritz scheint auf den ersten Blick sozialen Erwägungen zu entsprechen, und er ist auch entsprechend begründet worden. Er tut dies aber keineswegs. Ziel der Ar-

beitslosenversicherung – ich möchte es noch einmal wiederholen – ist nicht die Rente, sondern die Wiedereingliederung ins Erwerbsleben. Wir müssen die Arbeitslosenversicherung vor allem auf die Möglichkeiten der Wiedereingliederung ins Erwerbsleben ausrichten. Je länger nun Renten bezahlt werden, desto weniger intensiv sind die Bemühungen um Wiedereingliederung.

Ich denke dabei nicht nur an die Arbeitslosen, sondern ich denke auch an die zuständigen Arbeitsämter. Das Gesetz sieht verschiedene Instrumente von Wiedereingliederungs- und Arbeitsbeschaffungsprogrammen vor. Diese Instrumente werden leider viel zu wenig benutzt. Sie werden vielfach erst dann eingesetzt, wenn der Taggeldanspruch ausgeschöpft ist. Wird der Taggeldanspruch gemäss Antrag Reimann Fritz auf bis zu 60 Wochen erhöht, wird die soziale Notwendigkeit, die Wiedereingliederung voranzutreiben, geringer. Dies liegt nicht im Interesse der Versicherten.

Die Erfahrung hat gezeigt: Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto schwieriger wird diese Wiedereingliederung. Mit langen Bezugsdauern von Taggeldern leisten wir also den Arbeitslosen nicht unbedingt gute Dienste. Dazu kommt, dass bei langen Bezugsdauern Missbräuche nie ganz ausgeschlossen werden können. Sechs Monate Arbeit und dann sieben Monate Taggeldbezug könnte für manchen eine attraktive Variante werden, um so mehr, als die Höchsttaggelder von 80 Prozent des versicherten Lohns ab 1. Januar 1991 Fr. 298.60 ausmachen. Das heisst, das maximale Taggeld eines Arbeitslosen wird nur um Franken 1.60 tiefer als das Taggeld, das Sie als Nationalräte hier beziehen. Ich meine, ein Taggeld der Arbeitslosen in dieser Höhe darf sich durchaus sehen lassen.

Selbst wenn Missbräuche nicht häufig sind: Missbräuche können das ganze System der Arbeitslosenversicherung diskreditieren und allgemein Widerstände gegen die Sozialversicherung an sich wecken. Diesen Punkt müssen wir in den weiteren Betrachtungen, gerade im Sozialversicherungsbereich, beachten.

Die meisten Kantone haben Systeme der Arbeitslosenhilfe aufgebaut, die dann zum Zuge kommen, wenn die Taggeldberechtigung bei der Arbeitslosenversicherung erschöpft ist. Mit der Verlängerung der Taggeldbezugsberechtigung würden vor allem diese Kantone entlastet und die Arbeitslosenversicherung belastet. Damit würde die kantonale Verantwortung in einem Sektor suspendiert, der wie kein zweiter eine ausgesprochen kantonale Domäne bleiben soll: nämlich im Bereiche der Sozialhilfe. Es wird auch deutlich, dass die Ausdehnung der Bezugsberechtigung zu einem wesentlichen Teil nicht einmal voll den Arbeitslosen zugute käme, sondern den Kantonen, die dann eben weniger Arbeitslosenhilfe bezahlen müssten.

Dank guter Arbeitsmarktlage weist die Arbeitslosenversicherung derzeit noch Ueberschüsse auf. Die Ausdehnung der Anspruchsberechtigung gemäss Antrag Reimann würde aber die Versicherung Millionen kosten und müsste, falls sich die Arbeitsmarktlage verschlechtert, rasch Prämien erhöhungen nach sich ziehen. Sie kennen alle die Begeisterung, mit der auch die Arbeitnehmer höhere Lohnabzüge zugunsten der Sozialversicherung in Kauf nehmen.

Sollte im Falle andauernder erheblicher regionaler oder allgemeiner Arbeitslosigkeit die Wiedereingliederung erheblich mehr Mühe bereiten als heute, wird der Bundesrat gemäss unseren Revisionsvorschlägen ermächtigt, die Bezugsberechtigung bis auf 300 Taggelder auszuweiten. Ein Ventil für sozial schwierige Zeiten ist also damit geschaffen worden.

Die Erhöhung des Taggeldanspruches ist kein geeignetes Mittel, älteren Arbeitslosen zu helfen, denn weit mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen, die heute den maximalen Taggeldanspruch von 250 Taggeldern besitzen, der ausgedehnt werden soll, ist weniger als 35 Jahre alt. Das Argument, man wolle mit dem Antrag Fritz Reimann den älteren Arbeitslosen helfen, hat vor diesen Realitäten nicht Bestand. Der Antrag Reimann lag auch im Ständerat vor. Der Ständerat hat ihn mit der klaren Mehrheit von 24 zu 10 Stimmen, also eindrücklich, abgelehnt. Die nationalrätliche Kommission hat ihn mit der knappen Mehrheit von 9 zu 10 Stimmen verworfen.

Ich beantrage Ihnen zusammen mit dem Bundesrat und der Kommissionsmehrheit, den Antrag Reimann abzulehnen und auch hier keine Differenz zum Ständerat zu schaffen.

Müller-Aargau: Der Kommissionspräsident hat vergessen, dass der Antrag in der nationalrätlichen Kommission mit 10 zu 9 abgelehnt worden ist.

Allenspach, Berichterstatter: Ich muss Herrn Müller bitten, wenn er schon interveniert, meine Ausführungen richtig zu hören und auch die Protokolle richtig zu lesen. Ich habe deutlich gesagt, die nationalrätliche Kommission habe den Antrag Reimann Fritz mit der knappen Mehrheit von 9 zu 10 Stimmen verworfen.

Mme Déglise, rapporteur: L'article 27 définit le nombre maximum d'indemnités journalières. La minorité de la commission souhaite modifier l'alinéa 2 et porter le nombre d'indemnités journalières à 150 indemnités pour une durée de cotisation de six mois au moins, 200 indemnités pour une durée de douze mois au moins et à 250 indemnités pour une durée de dix-huit mois au moins.

La majorité de la commission propose d'en rester aux chiffres actuels de la loi, c'est-à-dire 85, 170 et 250. Tout d'abord, elle estime que ce projet de révision a emporté l'adhésion des représentants des employeurs et des travailleurs et que cet article n'a pas été remis en cause. Il ne faut donc pas rompre cet équilibre. De plus, il faut rappeler que lorsque le chômeur a épuisé ses indemnités fédérales, intervient alors l'aide aux chômeurs accordée au plan cantonal, puis au plan communal par le biais de l'assistance. Il convient également de maintenir cet équilibre entre les différentes responsabilités.

Il a semblé aussi à la majorité de la commission que plus la durée du temps de chômage est longue, plus difficile devient la reprise du travail et ce n'est pas forcément rendre service au chômeur que d'allonger encore son temps de chômage. De plus, la qualité de chômeur étant de toute façon très lourde à porter, cette loi met l'accent sur les possibilités pour le chômeur de se recycler, de se former. C'est ainsi que ce projet prévoit de porter la durée du versement des allocations d'initiation au travail à douze mois au lieu de six. Donner au chômeur plus de chance pour pouvoir plus facilement et plus tôt se réinsérer nous paraît plus constructif que d'allonger le temps pendant lequel il touche ses indemnités.

La même proposition a été rejetée par le Conseil des Etats par 24 voix contre 10 et notre commission l'a rejetée par 10 voix contre 9. Je vous propose de soutenir la majorité de notre commission.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Il y a trois bonnes raisons de voter le texte du Conseil fédéral et du Conseil des Etats que vous recommande la majorité de la commission.

Premièrement, la protection des chômeurs comprend trois niveaux: l'assurance-chômage au niveau fédéral, l'aide aux chômeurs au plan cantonal, l'assistance publique au plan cantonal et communal. Changer cet échelonnement, changer la répartition des charges entre les différents pouvoirs déséquilibre une répartition qu'il n'a pas été aisé à l'époque d'établir et à laquelle tous les intéressés tiennent aujourd'hui. La preuve en est fournie par la consultation au cours de laquelle les cantons ont été quasiment unanimes à préconiser le maintien des temps de versement et des limites dans le temps du versement des indemnités.

Deuxièmement, le chômage structurel doit être combattu avant tout par un service de placement efficace et par des mesures preventives. C'est sur ces mesures qu'il faut mettre l'accent, c'est au renforcement de ces mesures qu'il faut consacrer un esprit créatif, non pas au prolongement des temps de versement des indemnités. La meilleure preuve que le centre de gravité doit être de ce côté-là, vous l'avez à l'article 66 de la loi que nous discutons, ou nous proposons d'améliorer sensiblement les prestations pour les allocations en matière d'initiation au travail. C'est la manière active de régler le problème et de trouver une solution au problème toujours pénible du chômage.

Troisièmement, je constate que le Conseil fédéral a aujourd'hui déjà la compétence d'augmenter les droits maximaux en cas de chômage prononcé et persistant. Sur cette base, il a porté le droit maximum des chômeurs de 55 ans ou plus à 250 indemnités journalières. Donc là encore, les cas sociaux les plus dignes d'attention sont pris en compte et si vous suivez le Conseil des États, ce sera une limite de 300 jours, c'est-à-dire 60 semaines, ce qui, vous l'avouerez, n'est pas rien.

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit	79 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	58 Stimmen

Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu

Schluss der Sitzung um 12.45 Uhr
La séance est levée à 12 h 45

Vierte Sitzung – Quatrième séance

Mittwoch, 19. September 1990, Nachmittag
Mercredi 19 septembre 1990, après-midi

15.00 h

Vorsitz – Présidence: M. Ruffy

89.062

Arbeitslosenversicherungsgesetz. Revision

Loi sur l'assurance-chômage. Révision

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1431 hiervor – Voir page 1431 ci-devant

Art. 27 Abs. 5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Borel

... die Höchstzahl von 500 Taggeldern

Art. 27 al. 5

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Borel

... n'excèdera toutefois pas 500

M. Borel: La loi que nous révisons aujourd'hui entend, pour l'essentiel, apporter des solutions générales pour remédier aux conséquences du chômage. L'histoire récente nous a toutefois démontré que le chômage n'est pas forcément un phénomène global, du moins dans son intensité. Certaines branches, certaines régions, peuvent être touchées bien plus fortement et plus durablement, et la loi doit disposer de suffisamment de souplesse pour éviter des rigueurs inadmissibles et répondre à des problèmes imprévus.

Le législateur avait d'ailleurs prévu cette possibilité, puisque l'alinéa 5 dont nous parlons maintenant n'est pas nouveau. Il est parfaitement logique de prévoir une délégation de compétences au Conseil fédéral pour régler les cas de rigueur, cette dernière permettant par ailleurs d'éviter les abus que pourrait engendrer une norme légale uniforme. Les exemples vécus dans certaines communes de l'Arc jurassien prouvent cependant que la marge de manoeuvre du Conseil fédéral est insuffisante.

Nous avons à notre ordre du jour une initiative du canton de Neuchâtel relative à la loi en cause. Ma proposition reprend celle du canton de Neuchâtel de manière à ce que vous puissiez vous prononcer à ce sujet dans le cadre du débat actuel déjà. La proposition a été approuvée à l'unanimité par le Grand Conseil neuchâtelois, un représentant de chaque groupe politique ayant tenu à y apporter formellement son soutien dans le cadre du débat. Le gouvernement s'était également exprimé et s'était déclaré solidaire de la démarche.

Il s'agit en fait de permettre au Conseil fédéral de prendre des mesures pour permettre à une région, voire même à une ou à quelques localités, de faire face aux problèmes suivants. Il peut arriver que localement une entreprise ou une branche soient à ce point dominantes qu'un chômage intense et pro-

longe ait la conséquence suivante. A la suite d'un chômage prolongé, les travailleurs relativement jeunes retrouvent du travail, la plupart du temps dans une autre région. Les travailleurs plus âgés n'arrivent pas, eux, à retrouver un emploi, ni sur place ni ailleurs et finissent par dépendre, d'une manière ou d'une autre, de l'assistance publique. Les finances communales peuvent alors être touchées de plein fouet par le cumul des effets suivants: le nombre de personnes soutenues financièrement par les pouvoirs publics s'accroît brusquement et le nombre de contribuables diminue parallèlement tout aussi brusquement. Lors de la précédente crise, un certain nombre de communes de l'Arc jurassien ont durement ressenti ce phénomène. A cela s'ajoutent encore les cas personnels, qui sont particulièrement douloureux à supporter. Lorsqu'un certain nombre de chômeurs dans une petite commune deviennent à charge de leur commune, alors que l'on sait que les caisses fédérales de l'assurance-chômage sont pleines, le fait d'être dépendant de ses proches, de ses concitoyens, au lieu d'être aidé de manière globale par l'ensemble des travailleurs qui eux ont retrouvé du travail, est durement ressenti. Ces difficultés passées semblent déjà oubliées. C'est du moins ce qui ressort de l'avis de la commission, à moins que ses membres pensent, comme souvent, que cela n'arrive qu'aux autres.

Rappelons que le Conseil fédéral disposait déjà dans l'ancienne loi de certaines compétences en la matière et qu'il s'agit de savoir où se situe le plafond des indemnités qui peuvent être versées. Jusqu'à l'heure actuelle, le Conseil fédéral pouvait accorder jusqu'à 250 jours supplémentaires. Le Parlement neuchâtelois unanime vous propose d'élever ce plafond à 500 jours. Je considère comme insuffisant le petit pas fait par la commission qui propose de passer de 250 à 300 indemnités. Il s'agit de permettre au Conseil fédéral de prendre dans les cas de rigueur des mesures importantes et non pas des mini-mesures. Il n'est pas conforme à la solidarité qu'une ou que quelques communes se saignent à blanc pour venir en aide à leurs chômeurs alors que la situation globale en Suisse est telle que les caisses de l'assurance-chômage regorgent d'argent. Le Conseil fédéral étant entièrement compétent pour fixer les règles de ces exceptions, tout abus est impossible. L'histoire a montré que l'Arc jurassien a été touché, mais cela peut se reproduire ailleurs. Afin d'introduire, en matière d'intervention contre les conséquences du chômage, une véritable solidarité entre les communes suisses, je vous demande de voter la proposition du Parlement et du gouvernement neuchâtelois que j'ai reprise à mon nom.

Allenspach, Berichterstatter: Der Antrag Borel lag der Kommission in dieser Form nicht vor, dennoch spreche ich im Namen der Kommission, wenn ich den Antrag Borel ablehne.

Wir hatten die Ständesinitiative Neuenburg in der Kommission zu behandeln. Diese verlangte, dass unter bestimmten Bedingungen die Höchstgrenze der jeweils zulässigen Bezugsdauer um 250 zusätzliche Taggelder überschritten werden dürfe; sie wollte bei Artikel 22 Absatz 4 eine zusätzliche Flexibilität einbauen. Die Kommission hat diese Ständesinitiative Neuenburg mit 9 zu 0 Stimmen klar abgelehnt.

Der Antrag Borel geht wesentlich weiter. Er verlangt, dass auf allen Stufen die mögliche Dauer der Taggeldbezüge auf 500 Tage ausgedehnt werden kann, während die Ständesinitiative des Kantons Neuenburg nur bei der jeweiligen Stufe eine Ausdehnung um 250 Taggelder voraussah. Das bedeutet: Gemäss Ständesinitiative Neuenburg hätten bei 6 Monaten Beitragszeiten die Taggelder von 85 in schwierigen Zeiten um 250 auf 335 erhöht werden können. Der Antrag Borel verlangt aber hier 500 Taggelder, er geht also weiter. Bei 12 Monaten Beitragszeiten haben wir maximal 170 Taggelder, plus 250 zusätzlich gemäss Ständesinitiative Neuenburg sind es 420 Taggelder; der Antrag Borel ermöglicht 500 Taggelder.

Sie sehen: Der Antrag Borel geht wesentlich über die Ständesinitiative Neuenburg hinaus. Ich beantrage, diesen Antrag abzulehnen. Mit einer Beitragszeit von 6 Monaten während 500 Tagen (das sind 100 Wochen und praktisch 2 Jahre) Taggelder beziehen zu können, geht meines Erachtens und sicher auch nach Meinung der Kommission ganz einfach zu

weit. Der Taggeldbezug könnte auf diese Weise versechsfacht werden.

Wir sollten – und ich unterstreiche das nochmals – bei allgemein lang dauernder Arbeitslosigkeit den Wiedereinstieg fördern. Wir sollten rechtzeitig Arbeitsbeschaffungsmassnahmen ergreifen. Ich weiss, dass in vielen Kantonen derartige Arbeitsbeschaffungsmassnahmen zu spät ergriffen werden. Wenn nun zwei Jahre lang Taggelder bezogen werden, ein Arbeitsloser also während langer Zeit ausserhalb des Arbeitsprozesses steht, wird es ausserordentlich schwer, ihn wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern. In zwei Jahren Arbeitslosigkeit haben sich bei ihm – sowohl bei den beruflichen Qualifikationen als auch bei der menschlichen Einstellung – Veränderungen vollzogen, die eine spätere Eingliederung ausserordentlich schwer machen.

Es ist also keineswegs besonders sozial, wenn wir diesen Taggeldbezug möglichst lange ausweiten und insbesondere wenn wir die Möglichkeit schaffen, dass jemand nach 6 Monaten Arbeit dann zwei Jahre lang Taggelder bezieht. Ich bitte Sie gemäss Antrag der Kommission, die Standesinitiative Neuenburg abzulehnen. In Konsequenz dieser Ablehnung bitte ich Sie, den Antrag Borel zu verwerfen, der noch viel weiter geht als die Standesinitiative.

Mme **Déglise**, rapporteur: L'alinéa 5 de l'article 27 donne au Conseil fédéral la possibilité de prévoir un nombre d'indemnités journalières supérieur aux ayants droit en cas de chômage persistant, régional ou général. Le texte actuel dit que ce nombre n'excédera toutefois pas 250. Le Conseil des Etats, suivi en cela par notre commission, a porté ce nombre à 300. Cela veut dire que le nombre total d'indemnités sera de 300 pour chacune des catégories, que ce soit celles qui touchent 85, 170 ou 250 indemnités.

A cet alinéa, nous avons une proposition sous la forme d'une initiative du canton de Neuchâtel que nous avons examinée. Cette initiative proposait de permettre au Conseil fédéral d'aller jusqu'à 250 indemnités supplémentaires. Cela veut dire que pour les bénéficiaires de 85 indemnités on pourrait aller jusqu'à 335, de 170 indemnités on pourrait aller jusqu'à 420 et de 250 indemnités on pourrait aller jusqu'à 500. La commission a estimé qu'il fallait approuver la proposition adoptée par le Conseil des Etats qui a porté le nombre de 300 indemnités au total pour tous. C'est dire que l'initiative du canton de Neuchâtel a été examinée et qu'elle n'a trouvé personne pour la soutenir en commission.

La proposition de M. Borel va encore plus loin que celle proposée par l'initiative du canton de Neuchâtel puisqu'elle propose un nombre maximal d'indemnités de 500, applicable à tous. Je puis donc supposer que la commission n'aurait pas franchi ce pas puisqu'elle ne l'a pas fait pour l'initiative du canton de Neuchâtel qui allait moins loin.

Au nom de la commission, je vous propose donc de refuser la proposition de M. Borel.

M. **Borel**: Je suis obligé de revenir à la tribune pour préciser deux choses. Tout d'abord, il m'a été dit que j'allais plus loin que l'initiative du canton de Neuchâtel. Peut-être, mais la commission aussi puisqu'elle propose un nombre maximum de 300, indépendamment du nombre de jours auxquels on a droit en principe. Donc, pour ceux qui n'ont droit qu'à 85 jours, le Conseil fédéral peut non pas doubler mais tripler les possibilités. La commission va donc plus loin aussi en choisissant une logique, un plafond unique. Si la commission avait lu dans les documentations les discussions qui ont eu lieu au Grand Conseil, elle aurait pu y lire que le chiffre de 500 a été évoqué, c'est donc dans cet état d'esprit que je l'ai pris. Puisque la commission estimait qu'il fallait un chiffre unique, j'ai repris cette logique et choisi un seul chiffre.

Ensuite, il me paraît un peu excessif de dire: «M. Borel vous propose d'aller jusqu'à 500 jours.» Non, M. Borel propose modestement de permettre au Conseil fédéral, après examen des dossiers, d'éventuellement aller jusqu'à un certain nombre d'indemnités, en l'occurrence 500. Nous voulons donner au Conseil fédéral la compétence d'agir avec souplesse pour éviter les cas de rigueur que certaines régions, certaines commu-

nes pourraient connaître alors qu'il y aurait pour l'essentiel en Suisse le plein emploi et que la caisse de chômage serait florissante.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission
Für den Antrag Borel

56 Stimmen
32 Stimmen

Art. 28 Abs. 1, Art. 29 Abs. 2 2. und 3. Satz

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 28 al. 1, art. 29 al. 2 2e et 3e phrase

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 30

Allenspach, Berichterstatter: Ich habe zu Artikel 30, der in der Kommission ebenfalls lebhaft diskutiert worden ist, noch eine Erklärung abzugeben. Artikel 30 befasst sich mit der Einstellung in der Bezugsberechtigung. Herr Fritz Reimann hat in der Eintretensdebatte darauf hingewiesen: Arbeitnehmer können gemäss Artikel 30 vorübergehend vom Taggeldbezug ausgeschlossen werden, weil sie die Arbeitslosigkeit selbst verschuldet haben, nicht genügend Arbeitsbemühungen nachweisen können oder eine zumutbare Arbeit abgelehnt haben usw. Dabei wird jeweils der Grad des Verschuldens berücksichtigt. In leichten Fällen erfolgt eine Einstellung um 1 bis 10 Tage, in mittleren 11 bis 20 Tage; bei sehr schwerem Verschulden ist eine Einstellung des Taggeldbezugs bis zu 40 Tagen möglich.

Die Arbeitslosenkassen sind bei der Bemessung dieser Einstellung und insbesondere bei der Beurteilung des Verschuldensgrads nicht frei, sondern an die Weisungen der Aufsichtsbehörden gebunden. Diese haben zusammen mit der Konsultativkommission für die Arbeitslosenversicherung, in der die Sozialpartner vertreten sind, einvernehmlich Richtlinien für die Einstellung bei mangelnder Arbeitsbemühung geschaffen. Schweres Verschulden mit einer Einstellungsfrist von mehr als 25 Tagen ist selten und wird nur in äussersten Notfällen angenommen, beispielsweise bei selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit im Wiederholungsfall.

Eine noch nicht vertiefte Analyse der Einstellungspraxis deutet an, dass die Arbeitslosen in der französischen und italienischen Schweiz eher mit einer milderen Praxis rechnen dürfen als in der deutschen Schweiz und dass die Praxis der privaten Kassen wahrscheinlich etwas weniger streng ist als jene der öffentlichen Kassen.

Es wird Aufgabe der Aufsichtskommission der Arbeitslosenversicherung sein, diesen Differenzen nachzugehen.

In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, ob es nicht zweckmässig wäre, die Dauer der Einstellung der Anspruchsberechtigung für die einzelnen Verschuldensgrade im Gesetz genau festzulegen und bei dieser Gelegenheit auch diese Fristen zu verkürzen. Dies schien uns nicht zweckmässig zu sein, da solches letztlich zu einer unpraktikablen Kasuistik führen könnte. Indessen ist auf eine sachgerechte Anwendung der Grundprinzipien zu drängen und jede schikanöse Reaktion auf manchmal ungeschicktes oder unbeholfenes Verhalten von Arbeitslosen zu vermeiden. Gegenüber jenem Verhalten von Versicherten, das mit einer unrechtmässigen Erwirkung von Leistungen in die Nähe einer strafbaren betrügerischen Handlung rückt oder unter dem Gesichtspunkte der Schadensminderung ganz eindeutig fehlerhaft ist, müssen aber Sanktionsmöglichkeiten bestehen.

Die Kommission hat zur Kenntnis genommen, dass Einstellungen von mehr als 25 Tagen sehr selten sind, und sie wird von dieser Tatsache ausgehen. Dennoch wäre eine wesentliche Reduktion des Rahmens nicht zweckmässig, weil dann die Möglichkeit, den Grad des Verschuldens und die Umstände differenziert zu würdigen, erheblich eingeengt würde.

Aus diesen Gründen ist auch ein entsprechender Antrag in der Kommission nicht weiterverfolgt worden.

Mme **Déglise**, rapporteur: Il a été exprimé le souhait, en commission, que l'article 30 fasse l'objet d'une explication lors des débats au plénum et qu'une information soit donnée quant à l'interprétation actuelle des dispositions contenues dans cet article, il s'agit de la suspension du droit à l'indemnité.

L'article 30 précise que l'assuré sera suspendu dans l'exercice de son droit à l'indemnité lorsqu'il est établi qu'il est sans travail par sa propre faute, qu'il a renoncé à faire valoir des prestations de salaire ou d'indemnisation envers son dernier employeur, cela au détriment de l'assurance, qu'il ne fait pas tout ce qu'on peut raisonnablement exiger de lui pour trouver un travail comparable, qu'il n'observe pas les prescriptions de contrôle du chômage ou les instructions de l'office du travail, notamment en refusant un travail convenable qui lui est assigné, qu'il a donné des indications fausses ou incomplètes ou a enfreint de quelque autre manière l'obligation de fournir des renseignements, spontanément ou sur demande, et d'aviser, ou obtenu ou tente d'obtenir indûment l'indemnité de chômage.

Dans l'application de cette disposition, il est tenu compte du degré de gravité de la faute. Dans le cas d'une faute légère, on applique une suspension de un à 10 jours, dans les cas moyens une suspension de 11 à 20 jours, et dans les cas graves de 21 à 40 jours, notamment pour les cas où le chômeur est sans travail de sa propre faute.

Il faut relever pourtant que, dans la pratique, les suspensions prononcées pour faute grave se situent dans leur grande majorité dans la première moitié de cette marge, par exemple 25 jours pour perte d'emploi de sa propre faute. D'ailleurs, dès qu'une appréciation humaine entre en jeu, des différences sont inévitables. Si un assuré considère qu'il est trop sévèrement puni, il a le droit d'adresser un recours jusqu'au Tribunal fédéral des assurances.

Une première analyse semble mettre en évidence que les chômeurs de la Suisse romande et italienne sont traités avec plus de clémence que ceux de la Suisse alémanique et que les caisses privées appliquent ce principe de manière moins sévère que les caisses publiques. Il appartient à l'autorité de surveillance de veiller à diminuer ces divergences.

Une question a été posée à la commission, celle de savoir s'il n'y avait pas lieu de fixer dans la loi la durée de la suspension du droit à l'indemnité, et par la même occasion de la diminuer. La commission a estimé qu'il n'était pas souhaitable de répondre positivement à cette question: cela nous conduirait à une casuistique impossible à mettre en pratique. D'ailleurs, le système de suspension en vigueur actuellement a été repris pratiquement sans modification de l'ancien droit et, dans son ensemble, a donné satisfaction durant plusieurs décennies.

M. **Delamuraz**, conseiller fédéral: Le président-rapporteur et le rapporteur de langue française ont cité le rapport de l'OFIAMT concernant l'article 30, de sorte que je n'ai pas à y revenir.

J'ajoute simplement que l'application des prescriptions concernant la mesure des suspensions varie très sensiblement d'une caisse à l'autre. De l'avis du Conseil fédéral, cela ne doit pas être corrigé par une révision des prescriptions contenues à l'article 30, mais par un contrôle plus sévère que l'OFIAMT s'efforcera d'exercer, afin d'éviter les dérapages, aussi bien vers le haut que vers le bas.

Art. 31 Abs. 1 Bst. a, Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 31 al. 1 let. a, al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 32 Abs. 2, 3

Antrag der Kommission

Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 3

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Mauch, Rolf, Fankhauser, Longet, Nabholz, Pitteloud, Stocker)

Streichen (= geltenden Text beibehalten)

Art. 32 al. 2, 3

Proposition de la commission

Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 3

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Mauch, Rolf, Fankhauser, Longet, Nabholz, Pitteloud, Stocker)

Biffer (= maintenir le texte actuel)

Abs. 2 – Al. 2

Angenommen – Adopté

Abs. 3 – Al. 3

Mauch Rolf, Sprecher der Minderheit: Ich äussere mich bei Artikel 32 zur «Knacknuss» Schlechtwetterentschädigung, insbesondere zu den wetterbedingten Kundenausfällen wegen Schneemangels. Ich spreche dabei für den Antrag der Kommissionsminderheit zu Absatz 3, unterstützt von einer knappen Mehrheit der freisinnigen Fraktion. Ich bemühe mich, in der gebotenen Zeit die Notwendigkeit dieses Antrages möglichst differenziert – ich unterstreiche: differenziert – zu begründen, weil ich nicht möchte, dass Sie mir Unverständnis gegenüber dem Fremdenverkehr und der Bergbevölkerung vorwerfen können, was ganz und gar nicht zutrifft, wie Sie wohl wissen. Wir können aber – das gilt umfassend – die Arbeitslosenversicherung für Erwerbsausfallentschädigung nicht als Instrument der Strukturpolitik einsetzen, sondern müssen sie neutral einsetzen.

Im Zentrum steht hier die Frage, ob das geltende Prinzip, Arbeitsausfälle nur dann zu vergüten, wenn vorhandene Arbeit infolge schlechten Wetters nicht ausgeführt werden konnte, durch die Uebernahme des Kundenrisikos abgelöst werden sollte.

Das Vernehmlassungsverfahren zur vorliegenden Gesetzesrevision hat seinerzeit eine recht breite Unterstützung des Vorschlages auf vollständige Streichung der Schlechtwetterentschädigung überhaupt gezeitigt. Dafür waren Gründe der Praktikabilität, der Ungleichheiten, der Abgrenzungsschwierigkeiten und der damit verbundenen und entstandenen Reibereien verantwortlich.

Der bundesrätliche Entwurf verfolgte zu Recht eine restriktive Stossrichtung. Er schaffte die Schlechtwetterentschädigung nicht ab, aber er verfolgte eine restriktive Linie und lehnte eine geforderte Ausdehnung der Schlechtwetterentschädigung auf die Tourismus- und Freizeitbranche ab. Die Entschädigung soll auch aus unserer Sicht auf jene Ausfälle beschränkt werden, die unmittelbar durch das Wetter verursacht werden. Wir sprechen uns daher für das Beibehalten der geltenden Regelung aus und lehnen die Ausdehnung der Schlechtwetterentschädigung auf die Tourismusbranche ab.

Aufgrund dieser Ueberlegung erweist sich auch die vorgeschlagene Regelung, im Rahmen der Kurzarbeitsentschädigung die Berücksichtigung von indirekt wetterbedingten Arbeitsausfällen, nämlich Kundenausfälle wegen Schneemangels – der Artikel wurde im frühen Winter beschlossen –, vorzusehen, als grundsätzlich systemwidrig. Nach Auffassung des Bundesrates soll eine Regelung angestrebt werden, wonach

Kosten für Arbeitsunterbrüche, die auf wetterbedingte Kundenausfälle zurückzuführen sind, von der Versicherung übernommen werden können, wenn sie nicht dem gewöhnlichen Unternehmerrisiko zugerechnet werden können.

Die Voraussetzungen für die Kurzarbeitsentschädigung wurden nun aber bereits im Ständerat dahingehend gelockert, dass der Arbeitsausfall nicht nur bei vollständiger Einstellung, sondern auch bereits bei einer erheblichen Einschränkung des Betriebes anrechenbar ist. Damit läuft man Gefahr, dass das Institut der Kurzarbeitsentschädigung beliebig und willkürlich ausgedehnt wird.

Aufgrund dieser Ueberlegung können wir der Bestimmung nicht zustimmen. Die wirksamste Vereinfachung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wäre die ersatzlose Streichung der Bestimmungen über die Schlechtwetterentschädigung aus dem Gesetz. Aber ich gehe nicht so weit. Man müsste eigentlich in diesem Sinne Antrag stellen. Es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, dass die Wirtschaft insgesamt wetterbedingte Ausfälle einer einzelnen Branche deckt. Vielmehr wäre diesen Branchen zuzumuten, gemeinsam, solidarisch sinnvolle Selbsthilfemassnahmen zu treffen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch erwähnen, dass gerade die Statistik des vergangenen Touristikjahres, die veröffentlichte offizielle Statistik der Hotellerie 1989/90, die zweitbeste Wintersaison, die je erlebt wurde, ausgewiesen hat unter dem Titel: «Trotz Schneemangel zweitbeste Wintersaison». Das Wallis – das für meine lieben Walliser Freunde – dürfte sogar das absolute bisherige Rekordjahr verzeichnen. Nach den Prognosen der Schweizerischen Verkehrszentrale wird das nächste Fremdenverkehrsyear 1990 das neue absolute Rekordjahr werden, was – nach Aussagen eines ausgewiesenen Fachredaktors – nach den gegebenen Voraussetzungen und Umständen auch eintreffen dürfte, worüber wir uns alle nur freuen können.

Wenn wir eine überprofessionelle Solidarität gegen wetterbedingten Arbeitsausfall einführen wollen, geraten wir damit ins Uferlose und in reine Zufälligkeiten, also in eine kasuistische Gesetzgebung, was immer eine schlechte Gesetzgebung ist. Was machen wir dann, wenn zuviel oder am falschen Ort Schnee liegt? Dieselbe Frage stellt sich auch in bezug auf die gesamte Freizeitindustrie und die Landwirtschaft, d. h. für alle vom Wetter abhängigen Betriebe. Man sollte sich auf die restriktive Regelung der Schlechtwetterentschädigung beschränken und witterungsbedingte Kundenausfälle dem normalen Unternehmerrisiko anlasten. Sonst müssen Sie an allen Ecken und Enden nachgeben und flicken, so dass wir allmählich zu einer Allwetterversicherung in vollem Umfange gelangen würden.

Ich betone abschliessend, dass die Kritik der Tourismusbranche in bezug auf die Schlechtwetterentschädigung zum Teil berechtigt und verständlich ist.

Die Abgrenzung der Anspruchsberechtigung ist tatsächlich willkürlich. Die von der Fremdenverkehrswirtschaft begehrte Ausdehnung der Schlechtwetterentschädigung würde die Abgrenzungsprobleme nicht beseitigen, da auch andere Branchen das wetterbedingte Ausbleiben der Nachfrage kennen.

Ich möchte Sie deshalb bitten, auf die ursprüngliche Regelung, wie sie vor der Revisionsvorlage gegolten hat, zurückzukommen und dem vorliegenden Gesetzestext zuzustimmen, welcher lautet (Abs. 3): «Der Bundesrat regelt die Anrechenbarkeit von Arbeitsausfällen, die auf behördliche Massnahmen oder auf andere, vom Arbeitgeber nicht zu vertretende Umstände zurückzuführen sind.» Damit konnten bisher sämtliche Härtefälle zur Befriedigung, und zwar besser als mit einer rein kasuistischen, zufälligen Gesetzgebung, gelöst werden.

Ich danke Ihnen für die Zustimmung zur Regelung, wie sie bisher bestanden hat.

Seiler Hanspeter: Ich freue mich, dass wir von einem guten Touristikjahr sprechen können, und in einem guten Touristikjahr – da kann ich Herrn Mauch beruhigen – werden ganz sicher auch keine Ansprüche von den Betrieben gestellt, die tatsächlich profitieren konnten, und dazu gehörte vor allem auch

die Hotellerie, das ist unbestritten. Wenn wir eine andere Regelung wollen, so ist sie nicht vor allem auf die Hotellerie zugeschnitten – ich nehme an, dass das Herr Mauch bestens weiss. Die Neufassung dieses Artikels 32 gemäss ständerätlicher Fassung berücksichtigt ein jahrelang geltend gemachtes Anliegen der Tourismuswirtschaft. Dies kann – ich betone: kann – zu einer zum vornherein eingeschränkten Ausdehnung nur für einzelne Berufsgruppen führen. Die Fassung ist aber an sich schon so restriktiv, dass man nicht befürchten muss, es müssten Riesenbeträge aufgebracht werden. Und die Sondermassnahmen des Bundesrates im letzten Winter berücksichtigten wirklich nur ausgesprochene Härtefälle, zudem mit langen Karenzzeiten. Wer nun behauptet, diese Massnahme sei strukturerhaltend, verkennt wirtschaftspolitische Realitäten. Wohl niemand glaubt im Ernst, dass man mit der Ausrichtung von Arbeitslosenentschädigungen die Strukturen, die Produktion, das Ueberleben von Industriebetrieben, zum Beispiel etwa im Zürcher Oberland, hätte retten können. Die Strukturen eines Betriebes, eines Wirtschaftszweiges werden von ganz anderen volkswirtschaftlichen Kräften und Einflüssen bestimmt, ganz sicher aber nicht durch das Instrument des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Es geht doch vielmehr darum, die Arbeitsplätze oder ein paar dieser Arbeitsplätze im Berggebiet sozial besser abzusichern, das Vertrauen in diese sozialpolitische Absicherung zu erhöhen und damit der Entleerungstendenz entgegenzuwirken.

Interessenvertreter der Arbeitnehmer haben die Zustimmung zu diesem Artikel 32 Absatz 3 und damit zur besseren sozialen Absicherung von Arbeitnehmern im Berggebiet davon abhängig gemacht, dass der Rat, und insbesondere der bürgerliche Teil dieses Parlamentes, den von ihnen beantragten Verbesserungen in den vorherigen Artikeln auch zustimme. Es handelt sich um die Taggeldkürzung in Artikel 22 Absatz 3, die sogenannte Degression, und die Erhöhung der Anzahl Höchsttaggelder in Artikel 27.

Ich habe volles Verständnis dafür, dass sich Gewerkschaftsvertreter für eine bessere soziale Absicherung ihrer Arbeitnehmer einsetzen. Ich habe aber etwas Mühe zu verstehen, dass man für das Gros der Arbeitnehmerschaft vornehmlich im industriellen Bereich eine Besserstellung, also ein Mehr, fordert und gleichzeitig einer kleinen Minderheit von Arbeitnehmern einzelner Berufsgruppen im Berggebiet sogar die Anspruchsberechtigung grundsätzlich verweigern will, also gewissermassen Interessen grosser gegen Interessen kleiner Arbeitnehmergruppen ausspielt: Dem einen mehr, dem andern nichts oder nur dann etwas, wenn der eine mehr bekommt. Wo bleibt da die politische Verhältnismässigkeit, wo die vielgerühmte Solidarität? Ich bitte speziell die Vertreter der SP, ihre Haltung zu diesem Artikel in diesem Sinne noch zu überprüfen.

Es zählt bekanntlich zu den Stärken unseres Staatswesens, sich berechtigten Anliegen von Minderheiten nicht zu verschliessen. Diese Haltung ist auch im Falle der Arbeitnehmer in der Tourismusbranche des Berggebietes angebracht. Auch bei ihnen kann die Unmöglichkeit der Berufsausübung eintreten, genauso wie in Industrie und Gewerbe. Auch bei ihnen kann daraus Verdienstaussfall entstehen, genau gleich wie in Industrie oder Gewerbe. Die Ursachen mögen zwar verschieden sein, nicht aber die Auswirkungen. Es geht um Arbeitnehmer, um die Milderung ihrer möglichen Einkommenseinbussen, genau gleich wie in den bisher berechtigten Wirtschaftsgruppen. Es geht nicht um die touristische Unternehmung, um den Unternehmer, genau gleich, wie es auch in den anderen Fällen nicht um die industrielle Unternehmung, den Industriellen selber geht, sondern um diejenigen, die in einer Unternehmung, einem Betrieb als Arbeitnehmer ihr tägliches Brot verdienen oder einem existentiell notwendigen Zusatzverdienst nachgehen müssen.

Der Vorschlag des Ständerates ist ausgewogen, auf Härtefälle beschränkt, und auch unsere Debatte wird den Bundesrat ganz bestimmt zu einer restriktiven Handhabung, zum Beispiel auch bezüglich geografischer Abgrenzung, verpflichten. Ich bitte Sie, dem Antrag der Mehrheit im Interesse einer kleinen Arbeitnehmerschaft, vor allem von Berufsgruppen im Touristikbereich, zuzustimmen.

Schmid: Als vor etwa zwei Jahren Vertreter aus Fremdenverkehrsregionen erstmals Vorstösse für Schlechtwetterentschädigungen einreichten, konnte man sich darüber nur wundern und darin einen schlechten Scherz sehen. Inzwischen wird diesem Anliegen sogar vom Bundesrat entsprochen, selbstverständlich vom Ständerat und leider auch von einer Mehrheit der nationalrätlichen Kommission. Und jetzt kann man sich darüber nur noch ärgern. Wundern muss man sich überhaupt nicht mehr. Es ist nur die unnatürliche Konsequenz, dass die Kur- und Verkehrsdirektoren, nachdem sie eintrachtig mit den Bergbahnunternehmen Landschaft für ihre Zwecke umgemodelt haben, auch an das Wetter erhöhte Ansprüche stellen. Am liebsten wäre es diesen Kreisen, es fände überhaupt kein Wetter statt und sie könnten selber nicht bloss Frau Holle, sondern lieber gleich den Petrus spielen. Da dies aber noch seine Zeit dauern wird, greift man, wie so oft, wenn einem die eigenen Ideen für einen sinnvollen Tourismus bei veränderten klimatischen Verhältnissen fehlen, einmal mehr zur Bundeskasse.

Wenn es um Schneekanonen geht, pocht man auf regionale Eigenständigkeit und weniger Bund. Wenn es darum geht, vom selben Bund Geld locker zu machen, dann ist man für weniger Region und mehr Bund. Es wird nicht einmal mehr berücksichtigt, dass die Hotellerie trotz letztjährigem schneearmem Winter ihre zweitbeste Saison verbuchen konnte. Das lässt doch darauf schliessen, dass es offenbar dem grössten Teil der Feriengäste gelingt, auch bei schlechtem Wetter, lies: Sonne ohne Schnee, dank eigener Phantasie den Aufenthalt in den Bergen gut zu verbringen und sich dabei auch prächtig zu erholen. Es wäre darum jetzt wichtig, auch die Kur- und Verkehrsdirektoren von ihrem Touristenklischee des plastikverpackten Pistenrasers zu befreien und ihnen die Chance zu geben, auch andere Arten von Erholungssuchenden in ihre langfristige Planung einzubeziehen. Sie können nicht früh genug damit beginnen, denn wer weiss, vielleicht müssen wir künftigt bis in ansehnliche Höhen hinauf von den Bilderbuchwintern Abschied nehmen und die Schneekanonen zu Kuhglocken umgiessen.

Ich empfehle Ihnen deshalb, die sogenannten «wetterbedingten Kundenausfälle» aus den anrechenbaren Arbeitsausfallentschädigungen zu streichen. Es ist nämlich nicht auszudenken, wer da alles noch solche Entschädigungsansprüche stellen wird. Für irgendeine Berufsgruppe gibt es immer schlechtes Wetter. Aber das gute wie das schlechte Wetter ist, so meine ich, im grossen und ganzen gerecht verteilt.

Ich bitte Sie im Namen der grünen Fraktion, den Antrag der Minderheit zu unterstützen.

Blatter: Ich spreche hier als Vertreter der Berggebiete, der Touristikwirtschaft, also für eine Minderheit, für ein Randgebiet. Das Berggebiet verfügt nur über eine schmale und eingeschränkte Auswahl von Arbeitsplätzen. Es ist zudem sehr konjunkturrempfindlich. Nicht nur die Exportwirtschaft hat Mühe mit einem hohen Frankenkurs. Nein, auch das Ferienland Schweiz und vor allem das Berggebiet, zusätzlich belastet durch das Problem der schneearmen Winter. Mir geht es in erster Linie um die Arbeitnehmer in unseren Bergtälern. Sie sind darauf angewiesen, dass sie mit einem sicheren Einkommen rechnen können, dies vor allem im Winter, da gerade in der Wintersaison zahlreiche Bergbauern und Handwerker als Skiliftangestellte ihr Einkommen verdienen. Für zahlreiche Berufe im Berggebiet bildet das Einkommen im Winter eine existentiell notwendige Nebenbeschäftigung, auf die nicht verzichtet werden kann. Es handelt sich weitgehend um die unteren Einkommensschichten, für die ein Ausfall, der nicht durch eine andere Beschäftigung kompensiert werden kann, hart ist. Ich verstehe nicht, dass man ausgerechnet aus den Kreisen der Sozialdemokraten diesen Anspruch auf eine Entschädigung bekämpfen kann. Die Entschädigung kommt nicht dem Unternehmen oder der Organisation zugute. Nein, es ist ein persönlicher Beitrag an den Direktbetroffenen, der keinen Verdienst hat und dringend auf eine Ersatzleistung angewiesen ist. Es ist eine Entschädigung ausschliesslich an den Arbeitnehmer. Es sind Leute, die hart arbeiten und die die 42-Stunden-Woche nicht kennen. Diese Leute wollen keine Almosen. Sie wollen

lediglich die soziale Sicherheit, die zum Beispiel im Baugewerbe seit vielen Jahren praktiziert wird.

Der Hinweis von Herrn Kollega Mauch auf gute Uebernachtungszahlen ist nicht stichhaltig und glaubwürdig, da die Schneeverhältnisse regional und zeitlich sehr verschieden sind. Herr Mauch, Sie sind nicht glaubwürdig. Warum stellen Sie in diesem Saal nicht den Antrag, die Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe zu streichen, wenn ein Bauunternehmer einen hohen Geschäftsgewinn ausweist?

Noch ein Wort zu den Argumenten der Umstrukturierung. Wir sind nicht gegen eine Umstrukturierung. Wir wollen nicht Anlagen um jeden Preis erhalten. Der Beweis dafür ist doch die vom Bundesrat im letzten Winter getroffene Regelung, die genau festlegt, dass ein Ausfall des Betriebes mindestens 80 Prozent betragen muss, was einer praktischen Stilllegung entspricht. Und dies – die entscheidende Bedingung – im Vergleich der letzten fünf Jahre respektive der letzten fünf Winter. In Höhenlagen, die in den letzten fünf Jahren keinen Schnee hatten, wurden gemäss dieser Regelung keine Beträge an die Arbeitnehmer bezahlt, da der verlangte Nachweis nicht erbracht werden konnte. Hier werden die Betriebe trotz der ALV-Regelung eindeutig umstrukturieren müssen, was in der Praxis weiss Gott nicht leicht sein wird.

Ich finde, die Lösung des letzten Winters hat uns klar gezeigt, dass es möglich ist, dort sinnvoll zu helfen, wo es wirklich nötig ist, und ich bitte Sie im Namen der CVP-Fraktion dringend, der Fassung der Kommissionmehrheit und des Ständerates zuzustimmen und den Antrag der Minderheit Mauch klar abzulehnen.

Mme Pitteloud: Une partie des socialistes soutiennent la proposition de minorité et je tiens à m'en expliquer.

Ce matin, nous avons constaté que la majorité de ce conseil était bien peu perméable aux problèmes que rencontraient les chômeurs de longue durée et qu'elle n'a pas accepté la suppression de la dégressivité des indemnités. Or, tout à coup, on voudrait nous faire croire que c'est par égard pour les salariés de son secteur que le lobby des cafetiers-restaurateurs et des hôteliers de montagne réclame la prise en charge, par l'assurance-chômage, des risques inhérents à ses entreprises. Certes, dans ce secteur, on engage du personnel pour la saison et celle-ci peut être plus ou moins bonne ou mauvaise. Néanmoins, lorsqu'elle est bonne, les bénéficiaires vont dans les seules poches des personnes concernées et, lorsqu'elle est mauvaise, il faudrait que la collectivité, par le biais des indemnités en cas d'intempéries, prenne en charge ce personnel alors qu'il incombe aux employeurs de financer ces salaires.

Nous constatons là un changement radical d'option chez des gens qui, en général, sont des tenants de l'économie libérale et qui, d'habitude, sont prompts à nous parler des beautés et des risques de la libre entreprise. Or, ils semblent oublier bien facilement ce credo lorsqu'il s'agit de leurs intérêts.

On introduit ici un cas d'espèce et on a pu à juste titre faire remarquer, en commission, que bien d'autres secteurs, les piscines, par exemple, qui engagent aussi du personnel inoccupé en cas de mauvais temps, ou encore les golfs, se trouvent dans une situation identique. On a aussi parié des fameux marchands de parapluies. Bien d'autres secteurs encore pourraient se réclamer de telles indemnités.

Le Conseil fédéral a d'ailleurs avancé une argumentation assez alambiquée, puisqu'il a précisé qu'il ne voulait pas prendre en compte les difficultés en relation avec les conditions météorologiques et qu'il introduit l'idée d'une relation indirecte avec le temps, par le biais des réductions d'horaire. Il prévoit aussi toute une série de restrictions, car il se rend compte de l'étrangeté de cette disposition.

Le professeur d'économie radical Peter Tschopp s'étonnait, à juste titre, de ce genre de disposition, dans un commentaire intitulé «Même plus de neige!», et il disait: «Est-ce que la Suisse pourra encore verser demain quelques poignées de millions de subventions à une industrie touristique en manque de neige qui doit avouer, six mois après ses lamentations, qu'elle vient de réaliser la meilleure saison de tous les temps? La réponse est non.» Car, en plus, il n'est pas du tout dit que ces subventions soient justifiées. Effectivement, ce secteur a

connu cette année, ou l'on a manqué de neige, des chiffres et un succès absolument étonnants.

Un deuxième facteur nous a également incités à soutenir la proposition de minorité: c'est le fait que, durant plusieurs années, dans ces régions, on s'est axé uniquement sur le sport d'hiver, sur une construction souvent surdimensionnée et que, maintenant, on assiste à une série de changements climatiques, dont les régions de montagne ne sont certainement pas responsables, qui nécessiteront probablement des adaptations structurelles. En effet, Monsieur Blatter, ces régions devront peut-être renoncer à l'apport important fourni par les sports d'hiver, ou imaginer une exploitation plus limitée du tourisme d'hiver!

En outre, il est contradictoire de demander des indemnités de chômage en arguant du fait qu'on ne pourra pas occuper le personnel à disposition et de réclamer en même temps de plus grands contingents de travailleurs étrangers. Il serait donc bien d'engager moins de personnel étranger et de faire marcher cette industrie de façon moins surdimensionnée et plus respectueuse de l'environnement, en admettant la nécessité d'effectuer des reconversions. Tous les experts en tourisme sont d'avis qu'il y a eu surdimensionnement et nous ne voyons pas pourquoi, si des adaptations structurelles ont pu être effectuées dans le secteur de l'horlogerie, par exemple, il n'en serait pas de même dans le cas présent.

Par conséquent, nous vous demandons de refuser l'accord d'indemnités en cas d'intempéries.

Hildbrand: Praktisch jede und jeder in diesem Saal ist in der glücklichen Lage, zu jedem Monatsende seine Lohntüte wohlgefüllt entgegennehmen zu können – ganz gleich, ob das Wetter gut oder schlecht war. Ich habe Verständnis dafür, dass allen diesen Kolleginnen und Kollegen die Vorstellung nicht leichtfällt, in einer witterungs- und wetterabhängigen Branche das tägliche Brot verdienen zu müssen.

Ich hingegen komme aus einer Region, die grösstenteils vom Tourismus lebt. Und diese Branche ist, um erfolgreich sein zu können, nun einmal wie kaum eine andere vom Wetter und der Witterung abhängig.

Ein Schutz der in dieser Branche Tätigen durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz hingegen entfällt weitgehend. Bis heute sind die meisten Berufe des Tourismus vom Bezugsrecht praktisch ausgeschlossen, obwohl sie beitragspflichtig sind. Die Ungerechtigkeit dieser Situation kann wohl von niemandem bestritten werden. Dabei ist der Einbezug der Tourismusberufe in den Kreis der Bezugsberechtigten für die ganze Branche und insbesondere für die Arbeitnehmer von entscheidender Bedeutung, von derselben Bedeutung nämlich, wie sie der Tourismus – das Alpengebiet kennt keine Alternativen dazu – für die Bergregionen hat. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt – wir alle wissen es – ist äusserst angespannt. Der ausgetrocknete Arbeitsmarkt wirkt sich auch auf den Tourismus aus. Doch wer wollte auch vom Einheimischen im Berggebiet verlangen, im Tourismus zu arbeiten, wenn er nur Lohn erhält, wenn zufällig das Wetter mitspielt? Oder andersherum gefragt: Wer will es dem Bergler verargen, dass er alles unternimmt, um ein möglichst sicheres Einkommen zu erzielen?

Verbesserung dieser Situation: In diese Richtung zielt mein Postulat vom Februar 1988, das die Schlechtwetterentschädigung für Skilift- und Luftseilbahnangestellte fordert.

Der Bundesrat hat sich bereit erklärt, den Vorstoss anzunehmen. Er hat sich also einmal mehr progressiver gezeigt als der Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes, der das Postulat bekämpfte, vielleicht deshalb, weil sein Lohn in Zürich halt gesichert ist, ob die Sonne scheint oder ob es regnet und stürmt, ob es Schnee hat oder keinen. Für Städter mag es ja wirklich paradox klingen, wenn Schneemangel unter den Begriff «schlechtes Wetter» fallen soll. Aber im Sinne der entsprechenden Verordnung heisst «schlechtes Wetter» nichts anderes als die Unmöglichkeit, wegen bestimmten klimatischen Voraussetzungen und Verhältnissen eine Arbeit auszuführen. Fällt kein oder wenig Schnee, ist dieses Faktum für Skilift- und Seilbahnangestellte ebenso gegeben wie für Bau- oder andere Arbeiter, die umgekehrt durch Kälte, Regen und Schnee an der Arbeitsausführung gehindert werden.

Auch in diesem Saal hört man immer wieder die weise Empfehlung, Landwirtschafts- und Kleingewerbebetriebe im Berggebiet sollen aufstocken. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Mauch und Mitunterzeichner, sind gegenwärtig daran, diese Empfehlung auszuhöhnen, denn eine wichtige Aufstockungsmöglichkeit liegt darin, Bergbauern und Kleingewerblern einen Nebenverdienst bei Skiliften und Bergbahnen zu verschaffen. Dieser Nebenverdienst darf aber nicht lotteriemässig sein und davon abhängen, ob das Wetter mitspielt oder nicht. Die Teilzeitangestelltenverhältnisse dürfen nicht einfach dem Wetterzufall überlassen werden. Sie bedürfen unseres Schutzes. Schützen wir Sie über das Arbeitslosenversicherungsgesetz! Andernfalls wird nichts erreicht als eine zusätzliche Abwanderung aus den Berggebieten. Wollen Sie das wirklich? Eine Kette ist doch bekanntlich nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Wollen wir also eine starke Schweiz, brauchen wir ein möglichst starkes Kettenglied «Alpenkantone».

Wer sich mit der vorliegenden Problematik befasst, kennt natürlich auch alle Gegenargumente. Auch in diesem Bereich beschränken sie sich, offenbar weil bessere fehlen, fast ausschliesslich auf die Angst vor Missbräuchen. Warum, meine Damen und Herren mit anderer Auffassung, sind Sie derart verängstigt? Es geht doch wirklich nicht darum, Seidenhemdenfabrikanten zu unterstützen, wenn die Seidenraupen von einer Seuche geplagt werden. Und sollte eine rätselhafte Krankheit die Regenwürmer hinwegraffen, hat deswegen auch kein Regenschirmfabrikant Anspruch auf Entschädigung. Deshalb ist auch der Vorwurf, die Revision diene lediglich der Sanierung und Unterstützung von Hotels, Seilbahnen usw., unangebracht. Die Beiträge werden ganz klar an Arbeitnehmer ausbezahlt und nicht an Unternehmungen. Sollte das eine oder andere Unternehmen daraus indirekt einen gewissen Nutzen ziehen, wäre dies – volkswirtschaftlich gesehen – letztendlich auch gar nicht so schlecht. Gesunde Unternehmen sind nicht nur im Berggebiet Grundlage und Rückgrat unserer Wirtschaft. Und mit der Regelung der Problematik des Wintertourismus im Berggebiet kann nicht nur seinen Bewohnern, sondern der gesamten schweizerischen Volkswirtschaft am besten geholfen werden.

Deshalb empfehle ich Ihnen, der Mehrheit der Kommission zu folgen.

M. Philipona: Je vous demande de soutenir la majorité de la commission. Il s'agit là en premier lieu d'une question d'équité. Au terme de la loi actuelle sur l'assurance-chômage et la réglementation y relative, le versement d'indemnités en cas d'intempéries n'est prévu que pour l'industrie du bâtiment et quelques autres secteurs secondaires. Les secteurs économiques rattachés au tourisme, comme celui de l'hôtellerie, des transports par câble, des écoles de ski, n'ont pas été pris en considération ou, plus exactement, ont été oubliés. Pour le paiement des cotisations, ils n'ont pas été oubliés, mais sans avoir droit à la contrepartie logique, c'est-à-dire les prestations.

Dans les stations touristiques, de nombreux employés temporaires n'ont pu gagner le revenu d'appoint ces dernières années. Ceci concerne principalement de modestes travailleurs des régions de montagne où le tourisme représente le seul développement possible. Les entreprises de remontées mécaniques ne peuvent supporter à elles seules les salaires des employés qui sont réduits au chômage et pour lesquels elles paient l'assurance-chômage.

Finalement, ce sont bien les travailleurs qui seront les bénéficiaires de cette révision. Ils pourront bénéficier de contrats de travail stables, d'une certaine durée, puisque le risque sera ainsi réparti.

Dans la situation actuelle, ce sont les travailleurs qui sont exposés au chômage total, sans indemnité. Il y a dans cet article un phénomène d'équité qui demande à soutenir la solution de la majorité de la commission et du Conseil des Etats.

Hari: Ich glaube, das Anliegen ist von beiden Seiten ausführlich dargelegt worden, aber die Voten von unsern Kollegen Mauch und Schmid haben mich doch noch ans Pult treten lassen.

Es geht hier nicht nur um Hotellerie und Gastwirtschaftsbetriebe, sondern eben hauptsächlich um die Angestellten der Skilifte und Wintersportanlagen. Dazu gehören natürlich auch die Skilehrer. Die Arbeit im Touristikbereich – dies an die Adresse von Herrn Mauch – bedeutet für die meisten dieser Betroffenen bereits eine willkommene Selbsthilfemassnahme zur Verbesserung des oft recht kargen Einkommens der Bergbevölkerung.

Und ich frage nun Kollege Mauch – und das würde mich interessieren – was er für ein Rezept hat: Mit welcher Selbsthilfemassnahme, mit welcher anderen Arbeit, die ohne unzumutbare Arbeitswege erledigt werden könnte, könnten diese Leute dasselbe erreichen? Das möchte ich noch gerne wissen. Ich ersuche Sie dringend, der Mehrheit zuzustimmen und den Antrag der Minderheit Mauch abzulehnen.

Mme Paccolat: L'égalité de traitement et l'esprit de solidarité sont les principes clés qui doivent éclairer l'appréciation de l'article 32 qui suscite une divergence. Vouloir tenter par ce biais le procès d'une croissance touristique qui, dans le passé, a parfois péché par le surdimensionnement, me paraît inadapte. Aujourd'hui, le secteur du tourisme a réellement pris conscience que la qualité des prestations, la diversification, la créativité, la restructuration sont des orientations inéluctables vers la «station des quatre saisons». C'est ainsi que le tourisme pourra faire face aux aléas climatiques et surtout à l'évolution des socio-styles de la clientèle touristique. Mais, je vous en prie, Monsieur Schmid et Madame Pitteloud, laissez-leur le temps de faire ce virage important.

Les branches touristiques sont exclues du droit aux indemnités en cas d'intempéries. Or, qu'est-ce qui justifie qu'un maçon soit mis au bénéfice de l'indemnité pour intempéries et que le perchman d'un ski-lift ne reçoive aucune indemnité, alors que tous deux et leur employeur s'acquittent des primes obligatoires d'assurance-chômage? Je souscris à la solution, qui est une solution intermédiaire, du Conseil fédéral, améliorée par le Conseil des Etats, qui consiste à régler les pertes de travail indirectement causées par les conditions atmosphériques dans le cadre de l'indemnité en cas de réduction d'heures de travail.

Le principe de l'indemnisation comporte véritablement un aspect de sécurité sociale des travailleurs dans les régions de montagne. De ce fait, je m'étonne, dans le cas présent, de l'opposition des habituels tenants d'une politique sociale. Elle me paraît pécher d'un illogisme et d'une ambiguïté. En effet, cette inégalité de traitement pour les prestations d'assurance-chômage contribue à affaiblir le statut social et l'attractivité des professions du tourisme. Le statut social du personnel représente un facteur de sécurité et d'attrait tout aussi important pour les branches du tourisme que pour le secteur du bâtiment en plaine et en montagne, et ce d'autant plus dans le contexte actuel de manque de main-d'oeuvre.

Les premières victimes des arrêts de travail sont les employés engagés à titre temporaire (pour certaines régions des frontaliers) qui se retrouvent sans travail, sans salaire et ne touchant aucune indemnité de chômage. Cette inégalité de traitement pénalise le pluri-actif alors que, nouveau paradoxe, la pluri-activité est encouragée dans les concepts de développement régional et dans la loi, actuellement en révision, sur les crédits d'investissements en régions de montagne, que le Conseil des Etats vient d'accepter en début de semaine.

Les indemnités en cas de réduction de l'horaire de travail qui affecteraient tant les entreprises de remontées mécaniques, les écoles de ski, les restaurants d'altitude, ne sont ni des aumônes, ni des subventions, ni, comme vous le dites, Madame Pitteloud, une assurance-risque pour l'entreprise. En fin de compte, se sont les employés qui reçoivent cette indemnité: ce sont des prestations qui reviennent de droit aux entreprises pour compenser les pertes de gain. Des mesures d'urgence prises cette année par le Conseil fédéral pour répondre aux conséquences économiques et sociales de l'absence de neige ont permis justement de tester l'application de l'indemnité pour la réduction du temps de travail. Nous devons nous garder de préjuger que le droit à l'indemnité va endormir l'esprit de libre entreprise et d'initiative.

Le canton du Valais, qui est représentatif du secteur touristique, a estimé son ardoise pour la saison hivernale passée à 500 000 francs, alors que le montant global estimé aujourd'hui par l'OFIAMT est d'environ 5 millions de francs. Aussi, au nom de l'égalité de traitement, de la solidarité et de la sécurité sociale des travailleurs des branches du tourisme, je vous invite à voter la proposition de la majorité de la commission.

Dietrich: Nachdem ich seit 30 Jahren beruflich im Tourismus tätig bin, gestatte ich mir einige Bemerkungen aus dieser Sicht. Zuerst einmal zu Herrn Mauch: Er hat dreimal von Schlechtwetterentschädigung gesprochen. Das stimmt nicht, wir haben eingesehen, dass dies nicht drinliegt, obwohl der Tourismus nicht seit zwei Jahren, sondern seit Bestehen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes versucht hat, mit den übrigen Branchen gleichgestellt zu sein. Ich rede jetzt nur von der Vorlage, wie sie vom Bundesrat und von der Kommissionenmehrheit unterstützt wird. Zur heutigen Situation: Man kann zwar die Frage, ob das Huhn oder das Ei zuerst da war, stellen – nicht aber bei Schnee und Skisport. Wenn kein Schnee da ist, ist kein Skifahrer da; wenn kein Schnee da ist, werden keine Lektionen von Skilehrern erteilt; wenn kein Schnee da ist, muss im Berggebiet auch kein Schnee geräumt werden, und die Arbeit für jene Leute ist nicht da, die im Sommer vorwiegend im Landwirtschaftssektor tätig und auf diesen Nebenwerb angewiesen sind. Wir sind dem Bundesrat für die Härtefall-Lösung des letzten Jahres dankbar. Damals ging schon ein ordnungspolitisches Geschrei durchs Land, es würde 40 oder 50 Millionen Franken kosten. Die Entschädigungen, die ausgerichtet wurden, betragen rund 4.5 Millionen Franken. 70 Prozent dieses Geldes kam Mitarbeitern von Bergbahnen und Skiliften zugute. Die Hotellerie hat praktisch nichts erhalten. Vor allem die Skilifte und die Bergbahnen in den tieferen Lagen wurden hier berücksichtigt. Es ist nicht etwa der Finanzplatz Zürich, der diese Bergbahnen und Skilifte finanziert; es sind die Einheimischen, Bauern, Gewerbetreibende, Hoteliers, die das Geld für diese Anlagen aufgebracht und diese Infrastruktur geschaffen haben, um eben einen Verdienst im Winter zu haben. Wenn der Hotellerie ein gutes Jahr gelungen ist und sie im Winter Alternativen hat bieten können, dann zeugt das doch von einer gewissen Innovationsfähigkeit der Branche, zeigt auch, dass man anderes tun kann. Wir hoffen, dass es wieder Schnee gibt. Für den Skisport in der Schweiz braucht es nichts anderes als den Schnee.

Zu Herrn Schmid möchte ich noch etwas sagen: Er hat zum Rundumschlag gegen den ehrenwerten Verband Schweizerischer Kur- und Verkehrsdirektoren ausgeholt. Ich muss ihm sagen, dass ich in den sechziger Jahren zusammen mit Professor Krippendorf tage- und wochenlange Kurse durchgeführt habe. Dort wurde bereits von Ökologie und Umweltschutz gesprochen, lange bevor man allgemein darüber sprach. Der oberste Werber für die Schweiz, die Schweizerische Verkehrszentrale, hat in den sechziger Jahren die Aktion «Zurück zur Natur» durchgezogen. Ich bitte Sie auch, das schweizerische Tourismuskonzept zu lesen. Die Tourismusbranche ist sich durchaus bewusst – bei allen Auswüchsen und Uebertreibungen, die vorgekommen sind –, dass sich der Tourismus selbst zerstören kann. Sobald das Bulletin vorliegen wird, werde ich eine Kopie dem Verband Schweizerischer Kur- und Verkehrsdirektoren zustellen, und der wird nicht versäumen, Ihnen eine sehr gastfreundliche Einladung zu einem Gespräch zu senden.

Ich bitte Sie, der vorgeschlagenen Lösung des Bundesrates, der Kommissionenmehrheit zuzustimmen. Es geht nicht um Strukturhaltung, die Massnahmen sind nicht systemwidrig. Es geht um eine sozialpolitische Absicherung von Arbeitnehmern im Berggebiet, dies ist eine echte flankierende, regionalpolitische Massnahme. Und als Postskriptum darf ich noch anfügen: Der Wetterbericht prophezeit schon für übermorgen Schneefall bis auf 2000 Meter.

Mme Antille: En tant que représentante d'un canton alpin directement concerné par les pertes de travail dues aux conditions météorologiques, je voudrais apporter mon soutien à la

version du Conseil des Etats et de la majorité de la commission.

Si l'on part du principe que la loi sur l'assurance-chômage est basée sur la solidarité, il faut éviter à tout prix les inégalités de traitement. Je rappelle à ce sujet comme l'ont fait bien d'autres avant moi que certaines branches professionnelles telles que celle du bâtiment bénéficient d'indemnités en cas d'intempéries alors que d'autres, comme les professions du tourisme, ne sont pas prises en compte. Et que penser d'une assurance qui encaisse des primes et ne verse pas d'indemnités en cas de chômage? Je comprends parfaitement que dans le cas qui nous occupe il faille éviter tout laxisme, mais entre laxisme et inéquité il y a place, me semble-t-il, pour une base légale capable de tenir le juste milieu. La proposition du Conseil des Etats va tout à fait dans ce sens.

Je me permets également de rappeler le message du Conseil fédéral qui souhaite, dans le cadre de cette révision, élaborer une réglementation des cas de rigueur selon laquelle les interruptions de travail causées par les pertes de clientèle en raison des conditions météorologiques seraient prises en charge par l'assurance lorsque leur ampleur et leur durée seraient importantes.

Certains cantons, dont le mien, font de sérieux efforts en matière de formation pour attirer les jeunes Suisses vers des professions à caractère touristique. Il serait donc souhaitable que des entraves telles que celles que nous connaissons en matière d'assurance-chômage entre autres ne viennent plus contrer ces efforts.

J'en appelle donc à votre esprit d'équité et de solidarité et je vous invite à soutenir l'article 32 selon la version du Conseil des Etats et de la majorité de la commission.

Allenspach, Berichtersterter: In der Eintretensdebatte haben wir darauf hingewiesen, dass verschiedentlich verlangt wurde, die Touristikbranchen den Baubranchen gleichzustellen und ihnen ebenfalls Schlechtwetterentschädigung auszurichten, wobei schlechtes Wetter in diesem Falle mitunter auch gutes, schönes Wetter bedeutet hätte. Der Bundesrat hat dieses Begehren abgelehnt, weil das Institut der Schlechtwetterentschädigung Kundenaufträge voraussetzt, die wegen schlechten Wetters nicht ausgeführt werden können. Dieser Tatbestand ist in der Touristikbranche kaum je gegeben. In der Kommission und im Rat hat auch niemand den Antrag gestellt, die Touristikbranche in die Schlechtwetterentschädigung einzubinden und damit die Schlechtwetterentschädigung grundsätzlich umzugestalten.

Ich möchte noch einmal auf den fundamentalen Unterschied zwischen der Schlechtwetterentschädigung und der Kurzarbeit hinweisen, denn er ist in vielen Voten eher verwischt als geklärt worden. Insbesondere das Votum von Herrn Hildbrand hat dies deutlich gezeigt. Er hat versucht, mir so nebenbei eins auszuwischen. Er wird mir nicht böse sein, wenn ich mit gleicher Münze zurückzahle und ihm ironisch mit der altrömischen Weisheit entgegne: Hättest du geschwiegen, wärest du ein Philosoph geblieben. Dann wäre nämlich nicht sichtbar geworden, dass er den Unterschied zwischen Schlechtwetterentschädigung und Kurzarbeit nicht erfasst hat. Ich begreife, dass er das Postulat, das er vor mehr als einem Jahr gestellt hat, hier wieder in Erinnerung rufen möchte. Er hat aber das Postulat falsch gestellt, denn er wollte damit die Touristikbranchen in die Schlechtwetterentschädigung einbinden, und genau das haben wir als falschen Weg abgelehnt. Bundesrat, Ständerat und Kommissionmehrheit wollen einen anderen Weg gehen. Infolgedessen würde die Annahme des Postulates Hildbrand auf einen falschen Pfad weisen.

Wir müssen diese Unterscheidung zwischen Schlechtwetterentschädigung und Einbezug der wetterbedingten Kundenausfälle in die Kurzarbeit ganz deutlich machen. Wir betrachten – wie der Bundesrat – die Arbeitslosigkeit infolge wetterbedingter Kundenausfälle als einen Sonderfall der Kurzarbeit. Kurzarbeit wird im Grundsatz dann entschädigt, wenn sie als Folge nicht voraussehbarer konjunktureller Arbeitsausfälle angeordnet wurde und die Aufsichtsbehörden die Anordnung der Kurzarbeit genehmigt hatten.

Gemäss Artikel 32 Absatz 3 kann der Bundesrat auch Arbeitsausfälle, die «auf behördliche Massnahmen» zurückzuführen sind, als bei der Kurzarbeit anrechenbar erklären. Zudem kann er Arbeitsausfälle anrechnen lassen, die «auf andere vom Arbeitgeber nicht zu vertretende Umstände zurückzuführen sind.» Es hat sich im Vorfeld der Gesetzesrevision die Frage gestellt, ob das Problem der Touristikbranchen mit ihren wetterbedingten Kundenausfällen nicht über diesen Passus im Gesetz – «andere vom Arbeitgeber nicht zu vertretende Umstände» – gelöst werden könnte. In den Materialien zum Gesetz von 1982 kommt aber deutlich zum Ausdruck, dass dieser Passus nur eingeschränkt ausgelegt werden kann und meines Erachtens nicht ausreicht, wetterbedingte Kundenausfälle in die Kurzarbeit einzubeziehen. Aus diesen Gründen habe ich auch die gesetzliche Abstützung der Sonderlösung für den Winter 1989/1990 als höchst problematisch erklärt und die Auffassung vertreten, dass hiezu die notwendigen Gesetzesgrundlagen nicht in ausreichendem Masse vorhanden seien. Es geht heute darum, die notwendigen Gesetzesgrundlagen zu schaffen. Wir brauchen in Artikel 32 Absatz 3 die ausdrückliche Erwähnung der wetterbedingten Kundenausfälle, wenn man diese in die Kurzarbeit einbeziehen will. Weil es sich um Ausnahmetatbestände zu allgemeinen Regeln handelt, bestimmt der Bundesrat die Voraussetzungen und Bedingungen dieser Anrechenbarkeit.

Es stellt sich die Frage, ob sich wetterbedingte Kundenausfälle überhaupt in ein System der Kurzarbeit einordnen lassen, das von der Nichtvoraussehbarkeit der Arbeitsausfälle ausgeht. Wieweit lassen sich wetterbedingte Kundenausfälle voraussehen? Das ist eine ganz entscheidende Frage. Dass es im Winter bisweilen schneit und stürmt, gehört zu den normalen Wettererscheinungen. Derartige Kundenausfälle sind branchen- und betriebsüblich und nicht in die Kurzarbeit einzubeziehen, denn das normale Unternehmerrisiko darf nicht auf die Arbeitslosenversicherung abgewälzt werden. Wer im Mittel- und im Skilift betreibt, muss damit rechnen, dass es schneearme oder gar schneelose Winter gibt. Er kann deshalb nicht unbedingt verlangen, dass diese Ausfälle in die Kurzarbeit einbezogen werden.

Der Einbezug der wetterbedingten Kundenausfälle in das System der Kurzarbeitsentschädigung darf auch nicht dazu führen, dass der Unternehmer die voraussehbaren Wetterbedingungen missachtet, bei günstigen Betriebsbedingungen die Erträge einstreicht und sich bei ungünstigem Wetter die Mitarbeiterlöhne von der Arbeitslosenversicherung bezahlen lässt. Die genauen Grenzen zwischen systemgemässem Einbezug und Missbrauch lassen sich erst in der Verordnung definieren. Der Bundesrat hat in der Botschaft dargelegt und in der Kommission unterstrichen, dass nicht jeder wetterbedingte Kundenausfall Ansprüche auslösen kann. Er will die Anspruchsberechtigung nicht ausufern lassen. Insbesondere sollen gemäss Botschaft Karenzfristen bis zu 14 Tagen vorgesehen werden.

Die Kommissionmehrheit geht von diesen Zusicherungen aus. Sie waren ausschlaggebend dafür, dass die Kommissionmehrheit diesen bundesrätlichen Vorschlägen zugestimmt hat. Der Einbezug der wetterbedingten Kundenausfälle in das System der Kurzarbeit ist aber keine Entschädigung des Arbeitgebers, des Skiliftbesitzers oder des Finanziers von Skiliften. Die Kurzarbeitsentschädigung kommt dem Arbeitnehmer zugute. Dabei hat der Arbeitgeber auch bei dieser Kurzarbeitsentschädigung eine Reihe von kostenbelastenden Bedingungen zu erfüllen. Kurzarbeit soll Entlassungen vermeiden helfen. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen ist der Einbezug der wetterbedingten Kundenausfälle in die Kurzarbeit zu verantworten: wir können damit in den wirtschaftlich nicht allzu starken Touristikregionen Winterarbeitslosigkeit vermeiden helfen.

Der Antrag der Minderheit Mauch Rolf will die wetterbedingten Kundenausfälle unter keinen Umständen ins System der Kurzarbeitsentschädigung aufnehmen. Er beantragt deshalb, am bisherigen Text von Artikel 32 Absatz 3 festzuhalten. Er befürchtet, dass sich mit der Uebernahme der wetterbedingten Kundenausfälle die Touristikbranchen auch in wenig geeigneten Regionen ausbreiten könnten. Die Kommissionmehrheit

teilt diese Befürchtung nicht, weil die bundesrätlichen Zusicherungen und die Rahmenbedingungen soiches nicht zulassen. Der Ständerat hat dem Antrag des Bundesrates zu Artikel 32 Absatz 3 diskussionslos zugestimmt und bezüglich der Anwendung sogar noch eine Erleichterung zugunsten der Touristikbranchen eingebaut. Die nationalrätliche Kommission hat der ständerätlichen Fassung, der sich auch der Bundesrat angeschlossen hat, zugestimmt und den Antrag der Minderheit mit einem Stimmenverhältnis von 11 zu 6 Stimmen eindeutig abgelehnt.

Wir bitten Sie, dem Antrag der Kommissionsmehrheit zuzustimmen. Sie vermeiden dadurch auch Differenzen zum Ständerat.

Mme Déglise, rapporteur: L'article 32 règle les pertes de travail à prendre en considération.

Je vous ferai remarquer tout d'abord qu'à l'alinéa 2 le Conseil fédéral propose de réduire le temps d'attente d'un jour à une demi-journée, proposition acceptée par le Conseil des Etats et par notre commission.

La minorité de la commission demande de biffer l'alinéa 3 proposé par le Conseil fédéral et adopté par le Conseil des Etats. La nouvelle disposition du Conseil fédéral à cet alinéa 3 fait intervenir dans les pertes de travail à prendre en considération les pertes de clientèle dues aux conditions météorologiques. Dans ces cas-là, le Conseil fédéral peut prévoir des délais d'attente plus longs, dérogeant à la disposition du deuxième alinéa, et arrêter que la perte de travail ne peut être prise en compte qu'en cas d'interruption complète de travail dans l'entreprise.

Le Conseil des Etats a apporté deux modifications à ce texte: d'une part, il l'a renforcé en limitant expressément l'application de cette disposition aux cas de rigueur; d'autre part, il a introduit un léger assouplissement puisqu'il n'a pas uniquement pris en compte les cas d'interruption complète de travail dans les entreprises mais aussi les cas de réduction importante de travail.

Notre commission a discuté très longuement de cet article et a décidé par 11 voix contre 6 d'adopter la version du Conseil des Etats. La majorité de la commission a estimé en effet qu'il ne s'agissait pas là d'une subvention aux entreprises ni d'une manière de venir en aide au secteur privé et de limiter sa responsabilité et sa part au risque. Elle a par contre admis qu'il s'agit là d'une question d'équité et d'égalité de traitement par rapport aux autres secteurs de l'industrie, qu'ils soient de plaine ou de montagne. En effet, les personnes touchées par ces dispositions ont payé une cotisation. Il paraît dès lors injuste que le secteur du bâtiment puisse bénéficier si facilement des indemnités alors que l'on refuse à la branche du tourisme toute indemnisation, même si les pertes subies, dues indirectement aux conditions météorologiques, sortent totalement de l'ordinaire. De plus, ce sont les travailleurs cotisant à l'assurance-chômage qui seront les réels bénéficiaires de cette disposition et non pas les entreprises.

La perspective de pouvoir délivrer de telles indemnités va certainement encourager les employeurs à signer avec leurs employés des contrats de travail stables. En outre, il s'agit de travailleurs ayant besoin d'une activité durant l'hiver. Sans un minimum de sécurité, ils seront obligés de quitter leur région durant l'hiver pour trouver du travail en plaine.

Je ne crois pas qu'il y aura un abus de demandes d'indemnisation, étant donné que c'est le Conseil fédéral qui doit prendre la décision et qu'il ne peut le faire que dans les cas de rigueur. Je vous prie donc, au nom de la majorité de la commission, de refuser la proposition de minorité et d'adopter la version du Conseil des Etats.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: C'est une alliance politique multicolore qui constitue la minorité entraînée par M. Rolf Mauch qui m'apparaît un peu comme le Träger des «Fähnleins der sieben Aufrechten»; in diesem Fall sind es zwar nur sechs. Voyez-vous, nous avons actuellement prévu dans la réglementation l'indemnisation en cas d'intempéries

pour les pertes de travail imputables au mauvais temps, surtout dans le secteur de la construction. A l'intérieur de la minorité, personne ne me paraît contester cette forme d'indemnisation dans ce secteur. Or l'évidence nous montre – en ce qui concerne en particulier le secteur touristique et hôtelier de la montagne – qu'il est juste et nécessaire de trouver une réglementation qui ne soit pas fondée sur une indemnisation directe, lorsque les effets de la météo agissent sur l'activité, mais sur des cas de rigueur indirectement liés aux conditions météorologiques par le fait que l'on perd de la clientèle. Le Conseil des Etats a d'ailleurs lui-même encore «rigorise» cette disposition que prévoyait le Conseil fédéral.

Je confirme le plus solennellement du monde ici que le gouvernement fera usage de cette nouvelle compétence dans le sens que les pertes imputables aux risques normaux d'exploitation resteront à la charge de l'employeur. Et pour pouvoir définir, d'une manière précise, sans abus, ce que nous appelons les cas de rigueur – je répète ce que je disais hier dans le débat d'entrée en matière – nous exigerons premièrement un délai d'attente prolongé avant de nous déterminer. Alors que dans les autres secteurs de l'économie le régime des indemnités joue immédiatement, dès qu'il y a réduction de l'horaire de travail, ici nous observerons un délai de carence qui permettra d'y voir clair et d'avoir le recul nécessaire à l'analyse rigoureuse du cas. Deuxièmement, nous n'interviendrons qu'en cas d'interruption de l'exploitation ou de réduction très importante de celle-ci, en dessous du niveau de 20 pour cent. Les cas bagatelles, fluctuants ou brièvement conjoncturels ne seront donc pas pris en compte. Troisièmement, la détermination du début de la saison, à savoir quand normalement dans cette station et dans cette région peut commencer une exploitation d'hiver, sera établi en se fondant sur une période de référence de trois, quatre ou cinq ans, probablement plutôt cinq ans, de manière à éviter clairement et nettement une indemnisation excessive en faveur d'installations construites dans des régions qui se prêtent manifestement peu ou pas aux sports d'hiver.

D'autre part, cette rigueur et l'application de ces trois critères devrait nous éviter d'effectuer à la sauvette – et en quelque sorte par camouflage – des transformations structurelles. Le but de la loi sur l'assurance-chômage n'est en effet pas de conduire à de telles transformations. Et il ne saurait être question par le biais de cet outil de vouloir, en quelque sorte, perpétuer des entreprises non viables là où elles ont été installées. Par ce projet nous ne pratiquons nullement la charité à l'égard des zones d'altitude. Nous les traitons tout simplement avec équité car que je sache, Madame Pitteloud, on y paie aussi des cotisations d'assurance-chômage. C'est bel et bien ce fonds et non pas la collectivité ou la communauté qui versera les indemnités.

La foi libérale ardente de M. Mauch – que je partage – n'est vraiment pas blessée par le projet. Les risques de l'entrepreneur du tourisme en montagne ne seront en aucun cas plus pris en charge que ceux de l'entrepreneur artisan ou industriel par le biais du fonds de l'assurance-chômage. Nous pouvons être certains que, par les règles que le Parlement est en train de forger, le Conseil fédéral ne dérapera pas. Il pourra enfin traiter de manière équitable et correcte un secteur jusqu'à maintenant complètement oublié.

En terminant, je m'adresse aux composantes de gauche de la minorité joyeusement multicolore en leur disant: «C'est faux ce que vous avez prétendu ici à la tribune en affirmant que nous étions en train de céder au lobby des hôteliers et restaurateurs et de faire la pelote des employeurs.» Pas du tout! Ce sont bien les employés qui recevront du fonds, via leur employeur, les indemnités voulues pour la diminution de la durée du travail. Et puis, le fait de pouvoir recevoir ces indemnités encouragera les employeurs, dans un secteur socialement pas toujours très bien ficelé, à passer des contrats durables avec leurs employés qui sont une condition au versement des dites indemnités. Vous voyez donc que les employés sont les grands gagnants de cette transformation. Je vous invite donc à méditer la dimension sociale de cette proposition. Il faut suivre le Conseil des Etats et la majorité de votre commission.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 99 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 29 Stimmen

Art. 33 Abs. 3 (neu); 34 Abs. 2 2. Satz; 35 Abs. 1; 37 Bst. b, c; 39 Abs. 2; 41 Abs. 1 2. Satz; 42 Abs. 1 Bst. a; 43 Abs. 1, 3, 5; 43a; 44; 45 Abs. 1 – 3; 48 Abs. 2; 51 Bst. b (neu), c; 52 Abs. 1 3. Satz (neu); 52 Abs. 1; 58; 62 Abs. 2 Bst. c (neu); 63

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 33 al. 3 (nouveau); 34 al. 2 2e phrase; 35 al. 1; 37 let. b, c; 39 al. 2; 41 al. 1 2e phrase; 42 al. 1 let. a; 43 al. 1, 3, 5; 43a; 44; 45 al. 1 – 3; 48 al. 2; 51 let. b (nouvelle), c; 52 al. 1 3e phrase (nouvelle); 52 al. 1; 58; 62 al. 2 let. c (nouvelle); 63

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 66 Abs. 2, 3 (neu), 4 (neu)

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 66 al. 2, 3 (nouveau), 4 (nouveau)

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

M. Etique: Je me permets d'intervenir au sujet de l'article 66 parce que, dans un postulat, j'avais exprimé ma préoccupation concernant une catégorie particulière de chômeurs, ceux dont le placement est difficile en raison de leur âge surtout, parfois d'un handicap et quelquefois d'antécédents professionnels difficiles. Je relève quelles sont les difficultés qu'éprouve un chômeur âgé à retrouver un emploi: mobilité professionnelle plus faible, plus grandes difficultés à s'initier aux nouvelles technologies et, enfin, le deuxième pilier de notre sécurité sociale qui introduit la progressivité des cotisations en fonction de l'âge des cotisants. D'où l'idée que j'exprimais dans ce postulat de libérer les employeurs de la part patronale aux cotisations pour les assurances sociales en vue de les encourager à conclure des contrats d'initiation au travail, notamment pour les chômeurs dits âgés.

En réponse à mon postulat, le Conseil fédéral a déclaré l'accepter mais il s'est refusé à l'intégrer dans la révision de la loi: une pratique, il faut le dire, assez habituelle dans notre système parlementaire. En effet, le Conseil fédéral estime que l'objectif que je poursuis dans le postulat est atteint par le doublement de la durée des prestations au titre des allocations d'initiation au travail. Je ne suis pas d'accord, Monsieur le Conseiller fédéral, avec cette manière de voir. Je concède – et je la salue au passage – que la nouvelle disposition de l'article 66, alinéa 2, constitue un progrès pour les chômeurs dont le placement est difficile, mais je relève que cette disposition n'a de loin pas un caractère aussi incitatif que ma proposition qui introduirait pour les employeurs un avantage financier direct sous forme d'une exonération des cotisations sociales et qui inciterait par conséquent les entreprises à engager plus volontiers qu'aujourd'hui des chômeurs âgés. Je rappelle qu'est considéré comme chômeur âgé celui qui est âgé de 55 ans et plus.

Je ne suis pas non plus d'accord avec l'argument que vous invoquez dans le message lorsque vous dites: «Ce remboursement de cotisations entraînerait toutefois un surcroît important de tâches administratives pour les caisses d'assurance qui devraient tenir compte du taux de cotisation de chaque assureur.» On croit rêver lorsqu'on lit une telle affirmation.

Il y a en Suisse, bon an mal an, environ 300 personnes qui sont concernées par les dispositions touchant l'initiation au travail, 300 personnes pour toute la Suisse. Comment réaliserait-on l'opération de remboursement des cotisations patronales aux assurances sociales? Simplement en envoyant le décompte

desdites cotisations avec un bulletin de versement. Un apprenti de commerce en troisième année, en un jour de travail par semaine, pourrait régler le problème pour les quelque 300 personnes concernées par cette question. Je ne peux donc pas accepter l'argument qui m'est opposé, un argument de type administratif.

Je relève en passant ce que j'ai entendu ce matin à la radio: le gouvernement français vient de décider d'exonérer de toute cotisation aux assurances sociales les entreprises qui sont d'accord d'engager des chômeurs. Alors, si on arrive à régler le problème sur le plan administratif au niveau français, je vois mal comment on ne pourrait pas le régler sur le plan suisse alors qu'il y a à peu près 300 personnes qui sont concernées. Je suis donc déçu par la réponse qui est donnée dans les faits à ce postulat. Je renonce à présenter une proposition d'amendement car je ne me fais pas d'illusions quant à la suite qui y serait donnée mais je me réserve. Monsieur le Conseiller fédéral, en fonction de l'évolution de la situation sur le marché du travail, de revenir sur ce type de proposition dont l'objectif est d'encourager les entreprises à occuper et à recycler des chômeurs âgés.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: La vigueur de M. Etique est aussi grande l'après-midi que le matin et je m'en réjouis car en réalité il aborde là certainement une question importante, et j'irai jusqu'à reconnaître dans une confession publique qui sera saluée que l'argumentation du Conseil fédéral n'était pas la meilleure qui soit.

En réalité de quoi s'agit-il? Comme je l'ai dit ce matin il s'agit en effet de tout faire pour non pas prolonger indéfiniment les temps de chômage mais, au contraire, pour trouver tous les moyens possibles et imaginables afin de permettre à ceux qui l'ont perdu de retrouver du travail. Ces mesures incitatives, ces mesures de formation doivent être encouragées. Le Conseil fédéral est cohérent puisqu'il propose dans cet article 66 de doubler la durée de la couverture des allocations d'initiation, passant de six à douze mois et cela, M. Etique ne l'a pas salué avec suffisamment d'enthousiasme, je le fais donc à sa place. Pour le reste, on pourrait imaginer, en effet, qu'on trouve un système permettant de prendre en charge la part patronale des assurances sociales obligatoires et le postulat de M. Etique les cite les unes après les autres, c'est une véritable forêt de sigles: AVS, AI, APG, AC, AF, LPP, LAA – c'est français – et ce système-là pourrait être en effet envisagé. Je considère avec lui que l'argument selon lequel ce serait administrativement surhumain est un mauvais argument. Je pense, d'accord avec lui, que ce n'est pas seulement un apprenti de troisième année, mais même un apprenti de deuxième année qui pourrait établir en un jour de travail ce décompte. Je lui dirai que la botte secrète du Conseil fédéral, en l'occurrence, est de comprendre l'examen d'une telle proposition, non pas dans le cadre de la présente, mais dans le cadre de sa révision de la LPP (loi sur la prévoyance professionnelle). Cela nous paraît mieux être le lieu de la réflexion pour que l'on n'ait pas des dispositions relatives aux cotisations sociales éparpillées dans plusieurs textes, dont le texte sur l'assurance-chômage, ce qui serait une situation un peu étrange, mais qu'on les ait systématiquement dans la même construction.

Ce n'est pas un argument que je choisis pour filer par la tangente, c'est la réalité, c'est l'intention et c'est la volonté du Conseil fédéral de prendre votre postulat, qui a été accepté d'ailleurs à l'examen dans le cadre de la révision de la LPP.

Angenommen – Adopté

Art. 72; 75 Abs. 1; 83 Abs. 1 Bst. c

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 72; 75 al. 1; 83 al. 1 let. c

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 102*Antrag der Kommission***Abs. 1**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Beschwerdeberechtigt sind ausserdem:

a.

b. die kantonale Amtsstelle, das Biga und die Kassen gegen Beschwerdeentscheide kantonaler Rekursinstanzen.

Art. 102*Proposition de la commission***Al. 1**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

Ont en outre qualité pour former recours:

a.

b. L'autorité cantonale, l'OFIAMT et les caisses contre les

Allenspach, Berichterstatter: Anlässlich der Totalrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zu Beginn der achtziger Jahre wurden den Arbeitslosenkassen die juristische Persönlichkeit und auch die finanzielle Selbständigkeit entzogen. Sie sind zu Zahlstellen des Biga geworden. Da sie im Leistungsreich keine kasseneigenen Interessen mehr zu vertreten hatten, wurde Ihnen auch das Beschwerderecht gegenüber Rekursentscheiden der kantonalen Versicherungsgerichte oder Rekurskommissionen genommen. Nach Auffassung des Bundesrates hat sich diese Regelung bewährt. Nach Auffassung der Kommission ist eine Verstärkung der Position der Kassen notwendig. Die Kommission hat dem Antrag zugestimmt, der den Kassen wiederum das Beschwerderecht gegen kantonale Rekursentscheide einräumen will.

Wir sind der Auffassung, die Kassen müssten wieder in das System eingebunden werden und die Möglichkeit besitzen, gegen kantonale Rekursentscheide Beschwerde zu führen. Das kann sich sowohl im Interesse der Versicherten wie auch der Versicherung als notwendig erweisen. Die Kommission war der Auffassung, es sei nicht sinnvoll, sondern eher unwürdig, dass eine Kasse in einem solchen Fall an das Biga gelangen müsse und das Biga jeweils inständig zu bitten habe, eine Beschwerde an das Versicherungsgericht weiterzuleiten. Es geht darum, dass wir die Position der Kassen stärken, rechtlich und auch psychologisch. Wir sind der Auffassung, dass diese Stärkung der Kassen der Kantone und der Berufsverbände gerechtfertigt sei.

Deshalb bitten wir Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Mme Déglise, rapporteur: L'article 102 traite des droits de recours. La commission a apporté une modification à cet article dans le sens qu'elle apporte aux caisses un droit de recours aussi bien qu'à l'autorité cantonale et à l'OFIAMT. Lors de la révision de la loi sur l'assurance-chômage en 1982, le droit de recours des caisses de chômage a été supprimé. En effet, ce dernier se justifiait par le fait que sous l'ancien régime les caisses étaient autonomes de par leur personnalité juridique et avaient de propres intérêts financiers à défendre. Or, dans le nouveau régime établi en 1982, elles ne bénéficient plus de la personnalité juridique. Par conséquent, en tant qu'organe d'exécution de l'assurance, les caisses n'ont pas pour mission de former un recours en faveur d'assurés, tâche qui revient aux assurés eux-mêmes ou à leurs associations professionnelles.

Quant aux intérêts de l'assurance, c'est à l'organe de compensation qu'échoit leur défense, dès le moment où ils sont lésés par les autorités cantonales. Enfin, s'agissant des caisses publiques, il convient de noter qu'elles sont soumises administrativement, dans un certain nombre de cantons, aux autorités cantonales compétentes. Il est dès lors difficile d'envisager une éventuelle action contre une autorité à laquelle la recourante est subordonnée.

La commission a décidé par 7 voix contre 2 d'accorder aux caisses de chômage le droit de recourir contre des décisions sur recours des autorités cantonales de recours, faculté dont bénéficient déjà l'OFIAMT et les autorités cantonales. La com-

mission a en effet estimé que de par leur position, les caisses étaient les mieux à même d'apprécier l'intérêt général et de connaître les tenants et les aboutissants d'une affaire lorsqu'un recours est pendante. C'est pourquoi il a été décidé d'attribuer aux caisses la qualité pour agir.

Angenommen – Adopté

Ziff. II*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes

94 Stimmen
(Einstimmigkeit)

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse gemäss Seite 1 der Botschaft

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires selon la page 1 du message

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

89.062

**Arbeitslosenversicherungsgesetz.
Revision
Loi sur l'assurance-chômage. Révision**

Siehe Seite 67 hiervor - Voir page 67 ci-devant
Beschluss des Nationalrates vom 19. September 1990
Decision du Conseil national du 19 septembre 1990

Differenzen - Divergences

Art. 22 Abs. 4

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 22 al. 4

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Hunziker. Berichterstatter: Beim Arbeitslosenversicherungsgesetz hat es zwei eher geringfügige Differenzen gegeben. Die erste beim Artikel 22 Absatz 4. Es ist einmal zu vermerken, dass der Nationalrat gleich wie unser Rat eine Abschaffung der Degression abgelehnt hat, hingegen ist eine Formulierung dazugekommen, die Sie auf der Fahne sehen, wonach der Bundesrat für weitere Gruppen von schwervermittelbaren Arbeitslosen anordnen kann, dass das Taggeld nicht gekürzt wird.

Es gibt bereits jetzt sieben bestehende oder beschlossene Ausnahmen von der Degression. Vor allem sind das ältere und invalide Arbeitslose. Gemäss Angabe der Arbeitsämter könnten nun als weitere Ausnahmekategorien folgende in Frage kommen: einmal Kader, deren versicherter Verdienst über dem arbeitsmarktlich noch erzielbaren Verdienst liegt, dann Arbeitslose mit schlechten beruflichen Voraussetzungen, dann Ausländer mit Sprachschwierigkeiten und Arbeitslose, die bisher körperliche Arbeit verrichtet haben, aber dazu gesundheitlich nicht mehr in der Lage sind. Die wichtigste Gruppe, bei der der Bundesrat von einer Taggeldkürzung absehen könnte, umfasst alleinerziehende Mütter, Suchtkranke und Straftlassene. Ich präzisiere: Der Bundesrat hat die Möglichkeit, unter solchen Kategorien weitere Ausnahmen zu schaffen. Wer künftig darunter fällt, steht nicht zur Diskussion. Zuerst muss das Gesetz verabschiedet sein. Das ist lediglich eine Liste, die die Arbeitslosenkassen bzw. die Arbeitsämter erstellt haben.

Unsere Kommission beantragt Ihnen einstimmig, dieser neuen Fassung des Nationalrates zuzustimmen.

Angenommen - Adopté

Art. 102 Abs. 2

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 102 al. 2

Proposition de la commission
Adhérer à la décision du Conseil national

Hunziker. Berichterstatter: Bei Artikel 102 Absatz 2 geht es um das Beschwerderecht. Neu hat der Nationalrat auch die Arbeitslosenkassen zur Beschwerde gegen Entscheide der kantonalen Rekursinstanzen legitimiert.

Bei den anderen Sozialversicherungen ist das bereits der Fall. Es gibt zwei Ausnahmen: die Militärversicherung - die befindet sich ja im Moment in Revision - und dann eben dieses Gesetz, die Arbeitslosenversicherung.

Es schien unserer Kommission sinnvoll, hier ebenfalls den Kassen die Aktivlegitimation in solchen Streitfällen zu geben. Sie beantragt Ihnen deshalb einstimmig, dem Nationalrat zu folgen.

Angenommen - Adopté

89.062

89.062

**Arbeitslosenversicherungsgesetz.
Revision
Loi sur l'assurance-chômage. Révision**

Siehe Seite 699 hiervor – Voir page 699 ci-devant
Beschluss des Nationalrates vom 19. September 1990
Décision du Conseil national du 19 septembre 1990

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes 42 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Nationalrat – Au Conseil national

89.062

**Arbeitslosenversicherungsgesetz.
Revision**

Loi sur l'assurance-chômage. Révision

Siehe Seite 1441 hiervor – Voir page 1441 ci-devant
Beschluss des Ständerates vom 5. Oktober 1990
Décision du Conseil des États du 5 octobre 1990

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes 127 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral
